

AIB

D7426E

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Nr. 6/Juni 1984

DM 2,50

Reagans Aufwertung des Pazifik



US-Flotte

Südafrika ● Türkei
Nikaragua
Palästina

Inhalt

Aktueller Kommentar Abgesang der Friedensbewegung?	3
Pazifik Kriegsvorbereitungen im Pazifik Japans Rolle in der US-Pazifikstrategie Chinas Standort nach der Reagan-Visite	4 8 14
Türkei „Demokratisierung“ zweiter Akt	16
Palästina Gespräch mit Vertretern der palästinensischen Linken über die Krise der PLO Aden-Kommuniqué der palästinensischen Linken	18 20
Nikaragua Von der Verminung zur Invasion?	28
Honduras Machtwechsel auf US-Geheiß	31
Südafrika Der Widerstand im Innern Die Verurteilten von Rivonia 1964	34 38
Kultur Agostinho Neto: Poesie und Politik	40
Südliches Afrika: Symposium „Bildung zur Befreiung“	42
Rezension Augenzeugenbericht von Robben Island	43
Lesermeinungen, Standpunkte	44
Infodienst zur Solidarität	45
Kurzinformationen: Südliches Afrika, Panama, Bolivien, El Salvador, Ecuador, Brasilien, Dominikanische Republik, Afghanistan, Iran	46



Pazifik S. 4

Ronald Reagans China-Besuch signalisiert einmal mehr die weltpolitische Aufwertung der Region Pazifik/Ostasien. Wir beginnen in diesem Heft eine Artikelreihe zu ihrer Rolle im US-Atomkriegs- und Interventionskonzept. Japan, Korea, China und die Philippinen sind aus dem Blickwinkel Washingtons die maßgeblichen Vorposten.

Nikaragua S. 28

Reagan läßt die Häfen Nikaraguas verminen. US-Kriegsmanöver laufen in Honduras. Die „Contras“ starteten eine Großoffensive. Die Friedensbemühungen der Contadora gerieten in die Sackgasse. Was steckt hinter dem Machtwechsel in Honduras? Ist die US-Invasion Nikaraguas noch abzuwenden?

Südafrika S. 34

Südafrikas Botha-Regime hat handfeste Gründe für sein außenpolitisches Taktieren. Mehr noch als die Wirtschaftskrise macht ihm der Volkswiderstand im Innern zu schaffen. Dessen Stärkezuwachs und Zusammensetzung beschreibt W. Barrell.

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönner, Bernd Gäbler, Prof. Günter Giesenfeld, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Werner Stürmann, Elisabeth Thölke-Sommer, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Rainer Falk, Pia Grund, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Hans-Erich Schäfer, Ludger Schmitz

Ständige Mitarbeiter: Georg Diederichs, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzalez, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fiaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Hans Mayer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Christoph Sodemann, Rainer Werning.

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: A. J. Arndt, D. Falk, I. Flach, U. Kampmann, D. Knabe, C. Koeve, U. Nettelbeck, J. Paz, E. Schneider, E. Thölke-Sommer, H. Wagner, U. Wöhrmann.

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M., oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Redaktionsschluß: 14. 5. 1984

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg, Telefon 064 21/2 46 72

Jahresabonnement (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM, Luftpost Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 5,- DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November. Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Namentlich gezeichnete **Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Anzeigen: EAST, Anti-Apartheid-Bewegung, MOZ, new outlook, DVZ/tat-Einhefter, Horizont, Antimilitarismus Information, Weltkreis Verlag

Aktueller Kommentar: Abgang der Friedensbewegung?

Georg Paul Hefty von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) war dabei als am 5./6. Mai in Köln die 6. Aktionskonferenz der Friedensbewegung stattfand.

In der FAZ vom 8.5. — also ausgerechnet am Jahrestag der Befreiung vom Faschismus — enthüllt er: „Die Friedensbewegung hat die SS 20 vergeben und vergessen“. Auch seine profunden Kenntnisse der Psychologie enthält Hefty uns nicht vor: Die Aktionsplanung für dieses Jahr und die ersten Diskussionen über Großaktionen im Frühjahr 1985 seien „eine willkommene Ablenkung von der Einsicht, daß man sich gegenseitig nicht austehen kann“. Schuld an der Misere der Friedensbewegung sind „pädagogisch geschulte DKP-Vertreter“ — nebst „Umfeld in allen Schattierungen“.

Alles klar: Das Messer im geklauten Schafspelz verborgen, haben die bolschewistischen Wölfe und ihre hiesigen Hundesöhne Haß und Zwietracht gesät, um die gutgläubigen Friedenslämmer vom hehren Ziel des Kampfes gegen die SS 20 wegzulocken.

Bleibt Heftys bang-erwartungsvolle Eingangsfrage: „War das die letzte Aktionskonferenz der Friedensbewegung?“

Parallel zur Europawahl findet am 17. Juni vor vielen Wahllokalen eine Abstimmung im Rahmen der Volksbefragungskampagne zur Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles statt.

Auftakt der beschlossenen Herbstaktionen 1984 ist der Antikriegstag am 1. September. Im Fulda Gap — „Hier könnte der Dritte Weltkrieg beginnen“, heißt es in der Anfangsszene der US-amerikanischen Fernseh-Produktion „The Nuclear Battle Field“, während die Kamera langsam über Fulda schwenkt — und in Hildesheim sollen Aktionen zu den NATO-Herbstmanövern stattfinden.

Abschluß soll ein Menschennetz im Fulda-Gap sein, das die Dichte der militärischen Infrastruktur in dieser Region zeigt. Vorbereitet durch Aktionstage sollen am 20. Oktober drei regionale Großaktionen stattfinden.

Für den 3. November ist ein bundesweiter Tag der Solidarität mit Nicaragua, gegen den unerklärten US-Krieg in Mittelamerika geplant.

Mit dem Beginn der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles im Herbst letzten Jahres, hat die Friedensbewegung ein zentrales Ziel, eben diese Stationierung zu verhindern, nicht erreicht. Die Ostermärsche 1984 und die Beschlüsse der Aktionskonferenz machen deutlich, daß es kein Abfinden mit der Stationierung geben kann. Die in allen einschlägigen Gazetten lautstark verkündete Regierungs-Hoffnung, daß sich die Friedensbewegung mit dem Stationierungsbeginn auflöst, oder daß es in ihren Reihen wenigstens schwer kriselt und sie sich „ausgewogeneren“ Themen zuwendet, ist nicht aufgegangen. Oder, wie Hefty es ausdrückte: Selbst in der „Resolution zu den sowjetischen Rüstungsmaßnahmen ... wird eindeutig eine 'Politik der Stärke' der 'USA und der NATO' als 'Hauptgrund für den Rüstungswettlauf und die damit verbundene Kriegsgefahr' gebrandmarkt.“

Nein zur NATO-Kriegführung

Die USA bemühen sich gegenwärtig darum, die AirLand-Battle-Doktrin zur offiziellen NATO-Strategie zu machen (siehe AIB-Sonderheft 2/1984). Die Bundesrepublik hat den „großen Bruder“ als bisher einziges NATO-Mitgliedsland durch die Unterschrift des Inspektors des Heeres der Bundeswehr unter AirLand-Battle 2000 Schützenhilfe geleistet. Mit dem „Geist der Offensive“ soll durch den „integrierten Einsatz“ von konventionellen, chemischen, atomaren und elektronischen Waffen, der Kampf um Rohstoffe und Energiequellen auf den weltweiten Schlachtfeldern des nächsten Jahrtausends von der „westlichen Allianz“ siegreich beendet werden.

Vor dem Hintergrund der AirLand-Battle-Pläne wird die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in der Bundesrepublik in ihrer umfassenden militärischen Bedeutung sichtbar: Die hier stationierten Mittelstreckenraketen können Kommando- und Kontrollzentren sowie Raketensilos in der Sowjetunion erreichen, aber auch Tripolis, Algerien, Damaskus und die ägyptische Küste. „Das Ziel der Operation ist nicht

auf nationale Interessen beschränkt. Deshalb ist multinationale Interoperabilität genauso wichtig wie das Zusammenwirken von Land-, Luft- und Seestreitkräften.“ (AirLand-Battle 2000)

Das kann morgen heißen: Der Krieg um das Öl am Golf soll auch dadurch „führbar und gewinnbar“ gemacht werden, daß gegebenenfalls durch den Einsatz der hier stationierten Pershing II das Schlachtfeld multinational erweitert wird.

Das heißt schon heute — Originalton Wörner auf der 20. Internationalen Wehrkundetagung in München: „Die Bedrohung der westlichen Sicherheit kommt nicht nur aus dem Osten, sondern auch aus den Krisenzonen des Nahen und Mittleren Ostens... Wir haben unter anderem durch das Wartime-Host-Nation-Support-Abkommen 93.000 US-Soldaten von logistischen Aufgaben in Europa entlastet.“

„Schluß mit Hunger, Folter, Mord“

Unter dieser Überschrift wurde eine Resolution „Frieden für Mittelamerika“ auf der Aktionskonferenz verabschiedet. Darin heißt es:

„Eine offene US-Militärintervention wie gegen Grenada würde nicht Frieden, sondern verschärften Krieg mit noch mehr Toten bedeuten. Frieden kann in Mittelamerika nur heißen: soziale Gerechtigkeit, Agrarreform, Alphabetisierung, Umstellung der Wirtschaft, Entmachtung der herrschenden Diktaturen, direkte Beteiligung der Bevölkerung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Für diesen Prozeß steht die sandinistische Revolution in Nicaragua, dafür kämpfen die Befreiungsbewegungen in El Salvador und Guatemala.“

Von der Bundesregierung wird die sofortige Einstellung jeglicher Militär- und Wirtschaftshilfe für die augenblicklichen Regierungen von El Salvador, Guatemala und Honduras gefordert, sowie die sofortige Auszahlung der zugesagten Wirtschaftshilfe und die Fortsetzung der Entwicklungshilfe an die Regierung von Nicaragua.

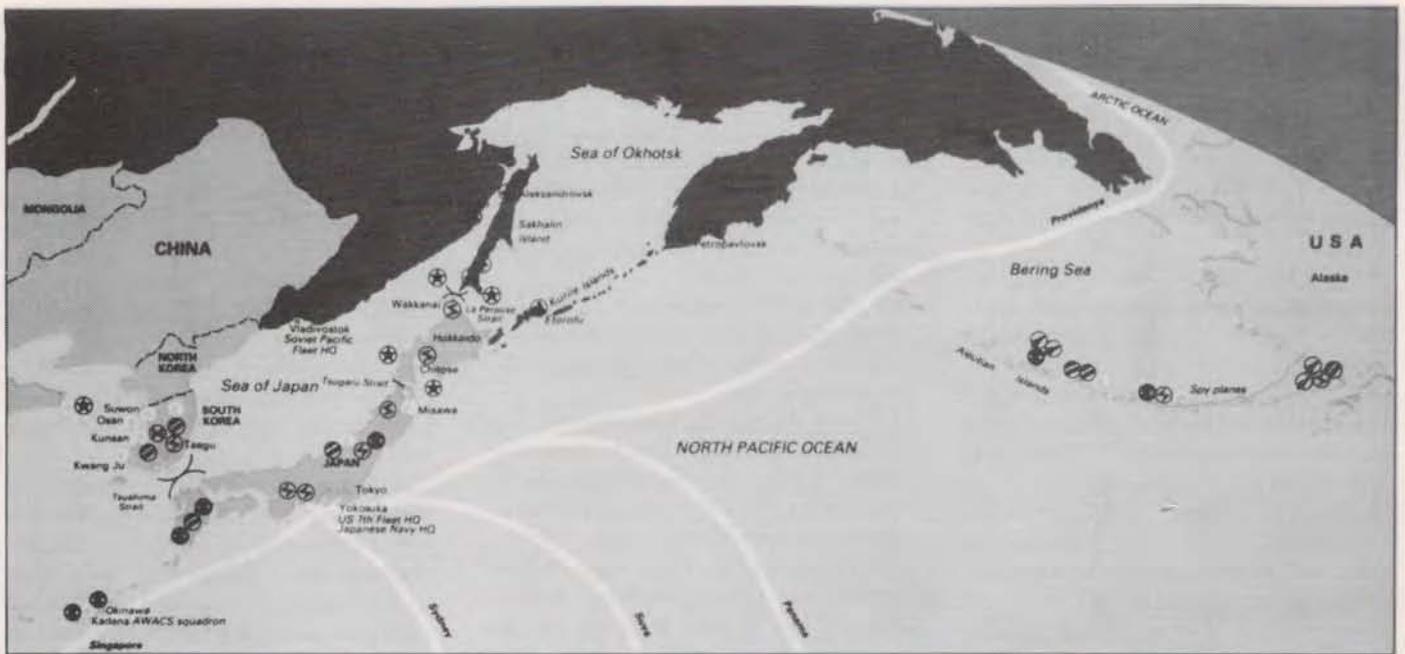
Ebenso einstimmig wurde eine Protesterklärung gegen die Einladung Bundeskanzler Kohls an den Premierminister des Apartheidsstaates Südafrika, Botha, verabschiedet.

Weiter ruft die Aktionskonferenz auf zur Zusammenarbeit mit den Solidaritätskomitees und zur Beteiligung an deren Aktionen.

Die Friedensbewegung singt nicht ab, sie singt internationaler.



Elisabeth Thölke-Sommer



Walden Bello/Peter Hayes/Lyueba Zarsky
Ausbau der US-Marine unter Reagan
Kriegsvorbereitungen im Pazifik

Wieder einmal wirft das Schreckgespenst des Krieges seinen langen Schatten über „das Meer des Friedens“.

Die dünne Linie zwischen provokatorischen Manövern und bewaffneter Auseinandersetzung wird gegenwärtig in den USA kaum wahrgenommen. Dort sind die Augen der Friedensbewegung meist auf Westeuropa gerichtet – dem Ort einer dramatischen Auseinandersetzung zwischen einem Pentagon, das fest entschlossen ist, Cruise Missiles und Pershing II zu stationieren, und antiatomaren Kräften, die gleichermaßen entschlossen sind, dies zu verhindern.

Dieses Muster ist nicht neu. In den vergangenen 40 Jahren hat sich die Bewegung oft auf Europa konzentriert, nur um dann von der Nachricht aufgerüttelt zu werden, daß US-Militär in der asiatisch-pazifischen Region gelandet ist. Während die Frontlinie zwischen „Ost“ und „West“ in Europa unverändert blieb, schürten die USA im Pazifikraum zwei blutige offene Kriege, in Korea (1950-53; d. Red.) und Vietnam (1964-73; d. Red.), und waren die Drahtzieher einer Reihe schmutziger verdeckter Kriege im Pazifik.

Führe einen Scheinangriff im Westen, schlage im Osten zu. Ist das gleiche Szenarium dabei, sich heute zu entfalten? Es gibt zwei wahrscheinliche Flamm- punkte im asiatisch-pazifischen Raum:

Nordostasien und der Indische Ozean. In beiden Regionen sind die USA mit einer schnellen militärischen Aufrüstung beschäftigt und in provokatorische Manöver verwickelt. Und in beiden ist es die Strategie der Vereinigten Staaten, den einen militärischen Arm, der immer noch eindeutige Überlegenheit genießt – die Marine –, gegen das schwächste Glied im sowjetischen Verteidigungssystem, die sowjetische Flotte, aufmarschieren zu lassen.

Die US-Marine betrachtet den Pazifik als ihr Jagdrevier. Als der vielleicht reaktionärste Teil der Streitkräfte hat sie sich ständig jeglichen Versuchen, die amerikanische Militärpräsenz in der Region zu reduzieren, entgegengestellt.

So widersetzte sie sich vor dem 2. Weltkrieg mit der Begründung, die Verteidigung der Vereinigten Staaten beginne „3000 Meilen westlich von San Francisco“, der Entlassung der Philippinen in die Unabhängigkeit. Unmittelbar nach dem Krieg wollte die Marine unter der Führung von Admiral Chester Nimitz, dem „Architekten des Sieges im Pazifik“, Mikronesien völlig annektieren. Dabei stellte sie sich gegen die Pläne der Liberalen, es als „strategisches Treuhandgebiet“ durch die Vereinten Nationen zu kontrollieren.

Durch die Zerstörung der kaiserlichen japanischen Marine in der Schlacht im

Golf von Leyte im Oktober 1944 gewann die US-Marine die Vorherrschaft auf See, zu der sie ihr bedeutendster strategischer Denker, Alfred Mahan, geführt hatte. Aber die Jahre seit dem Golf von Leyte waren Jahre der Unzufriedenheit in der Marine.



Test einer seegestützten Cruise-Missiles im Pazifik

Zuerst mußte sie den Vorstoß der Luftwaffe abwehren, sie in einer strategischen Nachkriegssituation, die von Atombomben, Langstreckenbomben und Raketen bestimmt war, in die Rolle einer untergeordneten Waffengattung zu drängen.

Dann mußte sie, zusammen mit den anderen Waffengattungen, die Last der Niederlage in Vietnam und die Verachtung einer von antimilitaristischen Gefühlen beherrschten Öffentlichkeit tragen. „Der Anteil der Marine an den Kosten des Vietnamkrieges“, erklärte ein Admiral, „war der Verlust einer Generation neuer Schiffe.“

Aber im Unterschied zur Armeeführung, die sich weniger sträubt, ihre Verantwortung für das Debakel in Vietnam einzugestehen, hält die Marine weiterhin an dem Mythos fest, daß die Niederlage in Indochina und andere Fehler der US-Politik im Pazifikraum nur eine Ursache haben: den Mangel an Mut liberaler Politiker, die ganze Spannweite der militärischen Macht der USA einzusetzen (zur US-Kriegführung in Vietnam siehe: AIB 11-12/1983, S. 18-23; d. Red.).

Diese Ansicht wurde von Admiral Ulyses Grant Sharp, Chef des US-Pazifikkommandos, während des Krieges äußerst scharf formuliert: „Es wäre verhältnismäßig einfach gewesen, den Sieg zu erringen. Alles, was wir hätten tun müssen, um zu siegen, war, von unserer vorhandenen Stärke in der Luft Gebrauch zu machen – richtig Gebrauch zu machen. Wir hatten ein enormes Potential innerhalb eines günstigen Einsatzbereiches von Nordvietnam – auf Flugzeugträgern im Golf von Tonking und in

Südvietnam. Doch im gesamten Verlauf des Krieges haben wir unsere Luftmacht kein einziges Mal voll eingesetzt.“

Das Mißtrauen der Marine gegenüber „liberalen Beschwichtigungspolitikern“ vertiefte sich noch in den Jahren nach Vietnam, als nachfolgende Administrationen die zahlenmäßige Stärke der Flotte von über 1.000 Schiffen Mitte der 70er Jahre auf 400 im Jahre 1979 beschnitten.

Für die Admirale konnte die Tatsache, daß die neueren Schiffe schneller, wirksamer und beweglicher waren als alles, was ihnen bisher zur Verfügung gestanden hatte, den zahlenmäßigen Rückgang nicht wettmachen. Sie wehrten sich energisch, wobei sie geltend machten, daß sie mit einer „Eineinhalb-Marine“ einen „Krieg auf drei Meeren“ führen sollten.

Gegnerische Flotten auslöschen

Vor allem aber beschworen sie das Gespenst der „großen sowjetischen Ausrüstung der Marine“.

Admiral Gorschkow, so warnten sie, habe nicht nur eine sowjetische „Hochseeflotte“ geschaffen, sondern auch die strategischen Vorstellungen der sowjetischen Marine von bloßer Küstenverteidigung in „Vorwärtsverteidigung“ oder Kontrolle auf See umgewandelt, d.h. – so die US-Admirale – in eine strategische Position, die derjenigen der US-Marine sehr ähnlich ist. (...)

Großbritannien setzte im 18. und 19. Jahrhundert die Seeherrschaft wirksam zur Vernichtung verschiedener Festlandmächte ein. Heute, so behaupten die Verfechter der Marine, komme diese Rolle den Vereinigten Staaten zu, die als „Bollwerk“ auf den Weltmeeren dienen.

In einer Zeit atomaren strategischen Gleichgewichts und Parität der sowjetischen Landstreitkräfte versetzt die Überlegenheit auf See die USA in die Lage, verhältnismäßig ungehindert enorme Kräftepotentiale an Punkte ihrer Wahl entlang dem Gebiet der Auseinandersetzung, an den Rand der Weltinseln (d.h. des euroasiatischen Festlands), zu verlegen. Der effektive Einsatz dieser Offensivkräfte von See aus erfordert eine Flotte, die hauptsächlich aus schnellen Flugzeugträgerkampfgruppen mit einer hohen Luft-See-Schlagkraft besteht.

Diese geopolitischen Faktoren, argumentiert Admiral Thomas Moorer, früherer Befehlshaber der US-Streitkräfte im Pazifik, gebieten „den künftigen Vorrang einer Marinepolitik in der US-Strategie“.

In der von Antimilitarismus und Budgeteinschränkungen geprägten Zeit nach

Vietnam weckten die Sorgen der Marine kein großes öffentliches Interesse. Frühestens die sowjetische Intervention in Afghanistan 1979 bot jedoch den Rechten und Militärs die Gelegenheit, eine neue Runde antisowjetischer Hysterie einzuläuten.

Mit ihrem Machtantritt Anfang 1981 entfesselte die Reagan-Administration alle angestauten Frustrationen und kriegerischen Ambitionen der US-Marine. Auslöser für diesen Prozeß war die Berufung von John Lehmann...

Die Reagan/Lehmann-Doktrin

Die grundlegende Aussage dessen, was als „Lehmann-Doktrin“ bekannt wurde, ist die Erlangung der „völligen Seeüberlegenheit (der US-Marine) über jegliche Macht oder Mächte, die versuchen könnten, die Benutzung der Meere durch uns und die Verfechtung unserer Lebensinteressen weltweit zu vereiteln“.

Die Marine Reagans, versichert Lehmann, „wird in ihrer Orientierung deutlich offensiv sein und diese offensive Stärke wird mehr auf die ganze Flotte verteilt werden“. Kurz: „Im Falle einer Herausforderung werden wir in der Lage sein, jeden Gegner zu versenken.“

Lehmann verkündet das strategische Ziel der Marine auf die klassische Art MacKinders (britischer Marinedenker; d. Red.): „Wir müssen die russische Marine auslöschen... Wir müssen die Sowjetunion zu einer isolierten Insel machen.“ Der Ausbau der Marine erfolgte in einem forcierten Marsch. In knapp 2 Jahren, von 1981 bis 1983, erhöhte sich die Zahl der Schiffe der einsetzbaren Kampfgruppe von 479 auf 506. Bis 1988 wird die Flotte 610 Schiffe umfassen – das Minimum, das nach Ansicht der Admirale die Überlegenheit auf See sichern wird.

Die Hauptstützen der verbesserten Marine werden 15 Flugzeugträger sein, die – so versichert ein ehemaliger hoher Pentagon-Mitarbeiter unter der Carter-Administration – nicht in erster Linie die traditionelle Aufgabe der Marine, die Überwachung der Meere, erfüllen. „Durch die Ausrüstung mit F-14- und F-18-Kampfflugzeugen und Jagdbombern sowie die sie begleitenden Aegis-Kreuzer für den Anti-Bomberraketen-Abschuß sind sie in erster Linie für Angriffe auf Ziele auf sowjetischem Territorium eingerichtet – unter anderem, um die sowjetische Flotte in ihren Heimatstützpunkten kampfunfähig zu machen.“

Die Stärkung des Pazifikkommandos (PACOM) – des einzigen vereinigten Kommandos, in dem die Marine unbestrittene Vorherrschaft hat – ist von äußerster Vorrangigkeit für die Marine. Die Zahl der im West-Pazifik stationierten Soldaten erhöhte sich von 140.000



im Jahre 1980 auf 147.500 Ende 1982. Nimmt man das mit Cruise Missiles bestückte Schlachtschiff „New Jersey“ und den neuesten atomgetriebenen Flugzeugträger „Capl Vinson“, der in Kürze zu den drei derzeit in Dienst stehenden Flugzeugträgern stoßen wird, hinzu, dann ist die gewaltige 7. Flotte, die im West-Pazifik und im Indischen Ozean patrouilliert, so aggressiv wie seit Jahren nicht.

Stärkung der Pazifikkommandos

Rechnet man die Schiffe der 3. Flotte, die den Ost-Pazifik abdeckt, hinzu, so umfaßt das PACOM heute fast die Hälfte der US-Seestreitkräfte in Friedenszeiten. Der Schwerpunkt der Planung des Pazifikkommandos „für unvorhergesehene Fälle“ hat sich von Operationen im Indischen Ozean – dem großen Sorgenkind der späten 70er Jahre – nach Nordostasien verlagert. Ausgelöst wurde dies durch die offizielle, vom Kommandanten der 7. Flotte zum Ausdruck gebrachte Einschätzung der Marine, daß, während „wir im Indischen Ozean ... und im Südchinesischen Meer im Vorteil sind, sich das Gleichgewicht im Nordwest-Pazifik, wo die Sowjets die ganze Bandbreite von landgestützten Flugzeugen, U-Booten, Kurz- und Langstreckenraketen in dem Gebiet, das ihnen teuer ist, zum Einsatz bringen können, deutlich zu verlagern begonnen hat...“

Viele Mitglieder des US-Verteidigungsestablishments stimmen dem nicht zu.

Der vielleicht Maßgeblichste unter ihnen ist der frühere Verteidigungsminister Harold Brown.

In einer kürzlichen Einschätzung des Kräftegleichgewichts in dieser Region stellte Brown fest, daß das Bündnis USA-Japan-China „für die Sowjets wirklich ein Alptraum sein muß, und die bescheidenen Schritte zu einer Zusammenarbeit in den Jahren 1975-80 ... haben das politisch-militärische Gleichgewicht in einem solchen Maße zuungunsten der Sowjetunion umgestoßen, daß dies die Vorteile bei weitem übersteigt, die ihnen aus ihrer beträchtlichen militärischen Aufrüstung in dieser Region in den späten 60er und den 70er Jahren unseres Jahrhunderts erwachsen.“

Sogar auf der rein militärischen Ebene sind die USA überlegen. Ein Teil dieser Überlegenheit ergibt sich aus der Geographie: das heimische Gewässer der sowjetischen Pazifikflotte ist das fast vollständig von Land umschlossene Japanische Meer.

Die Sowjets „einzwängen“

Durch den Ausbau ihrer Streitkräfte im Nordwest-Pazifik hofft die US-Marine, die Sowjets in ihrer bedeutendsten Operationsbasis „einzuzwängen“ und sie damit des Bewegungsspielraumes, den das offene Meer bietet, zu berauben.

Wie es die Vereinigten Stabschefs der USA in ihrem neuesten jährlichen „Verteidigungsdokument“ formulierten, liegt ein wesentlicher Vorteil der USA



Reagan an der konfliktrichtigen innerkoreanischen Grenze

„in der Fähigkeit amerikanischer Streitkräfte – einschließlich derjenigen in Japan und Korea –, die sowjetische Pazifikflotte bei Wladiwostok einzuschließen“.

Konfrontiert mit den ständig wachsenden US-Streitkräften würden die Sowjets, so kalkuliert man, davon abgehalten, größere Kampfverbände anderswo hinzuschicken. Und auf diese Weise würde der US-Marine die unangefochtene Kontrolle über den Rest des Pazifiks und den Indischen Ozean überlassen.

Diese Strategie der äußersten Konfrontation ist natürlich begleitet von Kriegsplänen, die absichern sollen, daß man im Falle eines „Zwischenfalls“ vorbereitet ist. Entsprechend der Doktrin der US-Marine ist es bei weitem vorzuziehen, den Feind an einer Stelle auszumanövrieren und zu überwältigen, als ihn überall auf dem offenen Meer zu bekämpfen.

K.o.-Schlag im Japanischen Meer?

Im Falle eines Konflikts im Nordwest-Pazifik könnten die USA und Japan mit Leichtigkeit alle fünf Meeresstraßen – die breiteste von ihnen mißt nur 100 Meilen – verminen, welche die sowjetischen Schiffe passieren müssen, um in den offenen Pazifik zu gelangen. Die „eingekesselten“ russischen Kriegsschiffe würden dann von Jagdbombern, die von Stützpunkten in Südkorea und Japan sowie von Flugzeugträgern der 7. Flotte im offenen Pazifik aus operierten, vernichtet.

Als Vorbereitung für die Möglichkeit eines solch schnellen K.o.-Schlages im Japanischen Meer findet gegenwärtig ein massiver Aufmarsch von Streitkräften in der Region statt. Ein Element dieser strategischen Neuorientierung war die Aufrüstung der anderen Waffengattungen des Pazifikkommandos. So wurden z.B. die taktischen Luftstreitkräfte im Pazifik durch die Zuteilung von 36 moder-



US-Marineflugzeug bei der Verfolgung eines sowjetischen U-Boots im Japanischen Meer



nen F-16-Jagdbombern an Korea und der bevorstehende Einsatz von weiteren 48 in Japan qualitativ verstärkt.

Ein zweites Element ist der regelmäßig erfolgende Aufmarsch mehrerer Flugzeugträgerkampfverbände im Nordwest-Pazifik, wo früher normalerweise nur ein Kampfverband operierte. Ein Beispiel aus jüngster Zeit ist die Entsendung der „Enterprise“ und der „Midway“ an die südkoreanische Küste während der gewaltigen „Operation Peace Spirit“-Manöver.

Zangenbewegung mit Japan, China

Eine dritte Entwicklung in der US-Strategie ist die direkte Herausforderung der sowjetischen Flotte in ihrer Hauptoperationsbasis durch den regelmäßigen Einsatz eines Flugzeugträgers im Japanischen Meer und das häufige Abhalten von Manövern in diesem Gebiet und im Ochotskischen Meer vor der sowjetischen Küste.

Viertens haben die Streitkräfte Japans und der USA begonnen, alle 24 Stunden in wenigstens drei der fünf Meeresstraßen, die aus dem Japanischen Meer hinausführen, zu patrouillieren, wobei Japan sich verpflichtet hat, die Meeren im Fall einer Konfrontation zu blockieren oder zu verminen.

Und schließlich ist das Pentagon dabei,



Japanischer Trinkspruch bei der Auslieferung des ersten US-Flugzeugs zur U-Boot-Bekämpfung

China in seine Kriegspläne zu integrieren.

Die Volksrepublik China, so der Militärbericht der Vereinigten Stabschefs für 1984, „trägt als Gegengewicht zur sowjetischen Landmacht in Asien indirekt zur globalen und regionalen Sicherheit der USA bei“.

Die Verteidigungs-Leitlinien für 1985-89, die vor kurzem an die Presse durchgesickert sind, sind sogar noch genauer. Sie drängen auf ein „kontinuierliches Programm von Kontakten zwischen Militärs und umsichtiger Hilfe hinsichtlich der Verteidigungswaffen“. Darüber hinaus enthalten sie die Empfehlung, die USA sollten „logistische Unterstützung“ für „chinesische Militärmanöver zur Lahmlegung der sowjetischen Pazifikflotte, taktische Luftgeschwader und ihre ca. 50 Armeedivisionen an der chinesisch-sowjetischen Grenze im Falle eines Krieges“ zur Verfügung stellen.

Der sowjetische Alptraum

In einer Schlacht in oder über dem Japanischen Meer und dem nahegelegenen Ochotskischen Meer können die USA vier Flugzeugträgerkampfgruppen der 7. Flotte im Kampf einsetzen und auf drei weitere Flugzeugträger der 3. Flotte im Ost-Pazifik rechnen.

Die Sowjets haben in diesem Gebiet nur einen Hubschrauberträger im Einsatz, was sie zwingt, sich auf Marschflugkörper abfeuernde Überwasserschiffe und landgestützte Flugzeuge zu stützen.

Die 7. Flotte sowie die in Japan und Südkorea stationierten Luftwaffen- und Marinelufteinheiten können zusammen fast 440 Angriffsflugzeuge – viele von ihnen atomar bestückbar – gegen die Sowjets zum Einsatz bringen. Durch eine Verstärkung durch die auf den Philippinen stationierte 13. Luftwaffe steigt die Anzahl der direkt einsetzbaren Flugzeuge auf 490. Und mit Unterstützung durch die 3. Flotte erhöht sich die Gesamtzahl der Flugzeuge, die in den Kampf einbezogen werden können, auf 780.

Die Sowjets verfügen zwar über eine kleine zahlenmäßige Überlegenheit bei den Flugzeugen, doch werden diese allgemein als unterlegen angesehen. Ein US-Admiral z.B. ist zuversichtlich, daß das Rückgrat der sowjetischen offensiven Luftwaffe, die schweren Bomber „Bear“, in einer Kriegssituation „nicht in der Lage wären, näher als 1.000 Meilen“ an eine US-Kampfgruppe heranzukommen. Das sowjetische Jagdflugzeug und Jagdbombergegenstück kann es mit dem „enfant terrible“ der US-Luftwaffe, dem mit Atomwaffen bestückbaren F-16-Bomber, nicht aufnehmen.

AIB-Sonderhefte



3/84: Guatemala

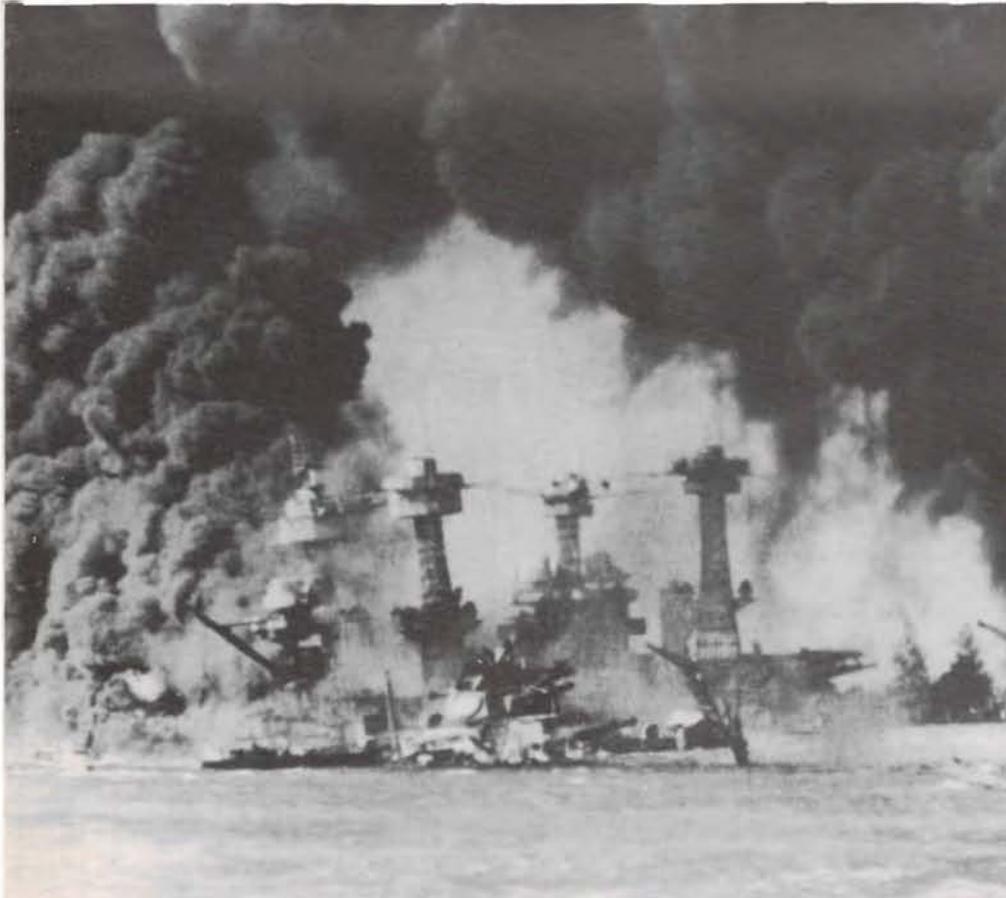


2/84: AirLand Battle und die Rolle der Bundesrepublik



1/84: Generalprobe Grenada

Sonderheft 1/84 und 3/84: 24 S., 2 DM
Sonderheft 2/84: 60 S., 4 DM
Porto: 0,60 DM je Heft. Ab 10 Ex. 33%
Rabatt. Bestellungen unter 10 DM nur gegen
Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken).



Japanischer Angriff auf Pearl Harbor 1941

Zählt man die von den USA ausgerüstete Luftwaffe Japans und Südkoreas hinzu, so verschiebt sich das Gleichgewicht weiter bedeutend zuungunsten der Sowjets. Demgegenüber veranlaßt die Luftwaffe ihres einzigen möglichen Verbündeten, der Demokratischen Volksrepublik Korea (die bei ihrem Vorgehen Chinas Reaktionen in ihre Überlegungen einbeziehen müßte), den Oberbefehlshaber der in Japan stationierten 5. US-Luftwaffe zu folgender Bemerkung: „Die Flugzeuge Nordkoreas sind ziemlich alt und verfügen nur über eine beschränkte Reichweite... Wir glauben, wir können sie ziemlich schnell ausschalten.“

Die sowjetische Unterlegenheit geht jedoch über Zahl und Qualität der Schiffe hinaus. Die Sowjets sind durch eine defensive Ausrichtung eingeschränkt, die auf der Tatsache beruht, daß ihre Luftwaffe in dem Gebiet in erster Linie für eine Unterstützung der Bodentruppen im Kriegsfall ausgerüstet ist. Es muß bezweifelt werden, daß ihre Flugzeuge in der Lage wären, eine offensive Kräfteverlagerung aufrechtzuerhalten oder einen längeren Einsatz über dem Japanischen Meer durchzustehen.

Kurzum, es ist unwahrscheinlich, daß die sowjetische Pazifikflotte große Hilfe aus der Luft erwarten kann, und Stärke in der Luft ist ein entscheidender Faktor bei Seeschlachten.

Dieser Ausbau der Marine im Nordwest-Pazifik wurde von Säbelrasseln seitens der USA begleitet. Beispielsweise erzählte der (bis Mitte 1983 amtierende; d. Red.) Chef des Pazifikkommandos,

Admiral Robert Long, einem staunenden Korrespondenten: „Meiner Meinung nach ist es am wahrscheinlichsten, daß es in dieser Region (im Pazifik) zu einer Auseinandersetzung mit der Sowjetunion kommen wird.“

Die Sorge vieler Menschen ist es, daß es sich dabei nicht um bloßes Säbelrasseln handelt, sondern um die Frustrationen von Männern, die, könnten sie es ungestraft tun, einen Präventivschlag ausführen würden.

Freilich ist eine Umkehrung von Pearl

Harbour (Überfall Japans 1941 auf US-Pazifikflotte, der mit Kriegserklärung an USA und Großbritannien einherging; d. Red.) verlockend, oder wie es Minister Lehmann formuliert: „Derjenige, der zuerst das Zeichen zum Feuern erhält, wird sich eines enormen taktischen Vorteils erfreuen können.“

Gefahr eines Präventivangriffs

Die Gefahr eines Präventivangriffs wird dadurch noch erhöht, daß die Administration offensichtlich glaubt, daß ein Krieg auf einem Schauplatz – auch wenn taktische Atomwaffen zum Einsatz kommen – möglich sein könnte, ohne in einen allgemeinen strategischen Atomkrieg zu eskalieren. „Ich kann mir eine Situation vorstellen“, hat Präsident Reagan festgestellt, „in der es zu einem atomaren Schlagabtausch kommen kann, ohne daß daraus notwendigerweise ein größerer Krieg wird.“

Aber gerade so wie der Golf von Leyte in das Gedächtnis der US-Marine eingegraben ist, ist sich die sowjetische Flotte der Lehren aus der Schlacht von Tsushima bewußt, als die Ostseeflotte des russischen Zaren von der aufstrebenden japanischen Marine in einer der Meerengen des Japanischen Meeres vernichtet wurde.

Diese flüchtige Mischung von gegenwärtiger Provokation und Erinnerung an die letzte Lektion macht es unwahrscheinlich, daß ein Seegefecht in Nordostasien „begrenzt“ bleiben könnte.

(Quelle: CounterSpy, Washington, Jg. 8, Nr. 1, September-November 1983, S. 19-23)



Protestaktion gegen den vor Tokio kreuzenden US-Flugzeugträger „Midway“



Japanische Marinehubschrauber

Rainer Werning

Japans Rolle in der US-Pazifikstrategie

Gerade ein Jahr im Amt, sah sich Japans Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone zur Parlamentsauflösung und am 18. Dezember 1983 zur Abhaltung vorgezogener Unterhauswahlen genötigt.

Dies geschah, weil die Oppositionsparteien die Parlamentsberatungen boykottiert hatten. Ursache dafür war die Weigerung der seit Kriegsende fast ununterbrochen regierenden Liberaldemokratischen Partei (LDP), eine oppositionelle Resolution zuzulassen, welche auf die Mandatsniederlegung von Nakasones stärkstem Verbündeten, dem wegen Bestechung (Lockheed-Skandal) verurteilten Expremier Kakuei Tanaka, pochte. Für einen mit den Spielregeln japanischer Politik einigermaßen Vertrauten hätte eine solche Resolution keine zwingenden Konsequenzen für Tanaka, wohl aber dessen Gesichtsverlust zur Folge gehabt.

Aderlaß Nakasones

Den allerdings hat Nakasone selbst erleiden müssen. Seit Dezember 1983 plagt er sich mit einer ihm spöttisch angeflackten Vorsilbe herum; „Tanakasone“ wird es schwer haben, auf dem in wenigen Monaten stattfindenden Kongreß seiner Partei zu bestehen. Ein Verlust seines Parteivorsitzes käme dem Ende seiner Ära gleich.

Mit dem Dezember-Aderlaß von 36 Mandaten büßte Nakasone die absolute Mehrheit seiner Partei ein. Mit 8 rasch rekrutierten „Unabhängigen“ gelang ihm zunächst jedoch die Bildung eines neuen Kabinetts.



Topverbündete Reagan und Nakasone (r.)

Niederschmetternd mußte auf ihn die Tatsache gewirkt haben, daß Tanaka in seiner Heimat, der westjapanischen Präfektur Niigata, annähernd doppelt so viele Stimmen wie bei der letzten Wahl 1980 erhielt. Zwar gehört er der LDP nicht mehr an, kontrolliert als „Unabhängiger“ aber dessen stärksten Flügel.¹ In seinem eigenen Wahlkreis errang Nakasone, denkbar ungewöhnlich, hinter seinem Rivalen Takeo Fukuda nur den zweiten Platz.

Zwar vermochten die Sozialisten und die buddhistische Sauberkeitspartei Komeito einen beträchtlichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen, doch die Bemühungen der Sozialisten, einen gemeinsamen Gegenkandidaten der Opposition aufzustellen, blieben im Ansatz stecken. So sehr die Wahlschlappe für Nakasone

einem persönlichen Debakel gleichkam, so wenig lassen sich daraus Anzeichen einer politischen Neuorientierung Tokios ableiten. Eher scheint das Gegenteil zuzutreffen.

Während Nakasone darauf bedacht ist, das Haushaltsdefizit bei gleichzeitig anvisierten Aufstockungen im Rüstungs-etat einzuschränken, stehen die Grundzüge seiner Ostasienpolitik außer Frage, welche nach dem Ende des Indochinakrieges (1975) mehrere Konstanten aufweist.

Pazifischer „Ordnungsfaktor“?

Bereits im November 1969 war auf dem Hintergrund der amerikanischen Rückschläge in Indochina und des wirtschaftlichen Erstarkens Japans das Sato-Nixon-Kommuniqué als Ausdruck der „neuen Asienpolitik“ Washingtons formuliert worden.

Gesprochen wurde seinerzeit vom Ende der „Nachkriegsära“, wobei gleichzeitig betont wurde, daß die „pazifische Region“ nunmehr als ganze eine „neue Ära“ betreten habe. Das Neue sollte darin bestehen, Japan – ganz im Einklang mit der von Präsident Nixon kurz zuvor auf der Insel Guam verkündeten „Nixon-Doktrin“ („Asiaten gegen Asiaten kämpfen zu lassen“) – zunehmend Aufgaben zu übertragen, die vorm von den USA erfüllt worden waren. Nicht zufällig folgte Premier Eisaku Sato dieser Interpretation und hob die Notwendigkeit hervor, durch die Sicherheit und Stabilität in Taiwan und Südkorea die eigenen Sicherheitsbelange zu regeln.

Ferner war es kein Zufall, daß mit der 1970 erfolgten Veröffentlichung des ersten japanischen „Weißbuches für nationale Verteidigung“ Zungenschläge laut wurden, die in auffälligem Einklang mit der „Nixon-Doktrin“ standen. „Drei Grundpfeiler“ der Verteidigungspolitik Tokios waren in diesem „Weißbuch“ verankert, deren Kernpunkte wie folgt lauteten: (a) „Marine und Luftwaffe müssen die Vorherrschaft in der Umgebung als Lebensnerv Japans sichern“; (b) „die Aggression soll im Anfang ausgeschaltet werden“ und (c) gilt es, „der indirekten Aggression entgegenzutreten.“

In all diesen Punkten kam über die begriffliche Schwammigkeit hinaus ein Rechtfertigungsschema zum Tragen, das geeignet ist, expansionistischen Tendenzen den Anschein legaler Selbstverteidigung zu geben.

Sicherheitspolitik à la Washington

Im Juli 1976 wurde die Gründung eines gemeinsamen Verteidigungsausschusses beschlossen, der praktisch die Aufgaben eines integrierten Generalstabs zwischen amerikanischen und japanischen Truppenverbänden wahrnimmt.

Kurz nach seinem Amtsantritt empfing Präsident Carter seinen japanischen Kollegen Takeo Fukuda in Washington (März 1977). Gleich seinem Vorgänger Gerald Ford, der einige Zeit zuvor in seiner Ostasien- und Pazifik-Deklaration die Rolle Japans hervorgehoben hatte, stufte Jimmy Carter dessen Stellung in Fernost als „besondere“ ein und wertete den zwischen beiden Ländern bestehenden Sicherheitsvertrag als „fest und unerschütterlich“.

Hier gilt es stets im Auge zu behalten, daß Japan und Südkorea als eine einzige strategische Einheit mit einem der Kontrolle Washingtons unterworfenen gemeinsamen Luftraumwarnsystem unterliegen. Überdies sind alle drei genannten Länder durch das sog. militärische Dreierallianzsystem² miteinander verbunden. Dabei wird Japans Einbettung in das strategische Kalkül der Vereinigten Staaten durch Zielsetzungen verlängert, wonach Südkorea als – wie bereits im Sato-Nixon-Kommuniqué erwähnt – „wesentlicher Bestandteil japanischer Sicherheitspolitik“ gilt.

Eine solche Wortwahl tauchte bezeichnenderweise erst zu der Zeit auf, da sich das Verhältnis Tokio-Seoul zu normalisieren und noch aus kolonialer Vergangenheit herrührende koreanische Ressentiments langsam abzuklingen begannen. Die Besonderheit der Nachkriegsbeziehung zwischen Tokio und Seoul hatte in der auch für Japan günstigen Interventionspolitik Washingtons in Korea (nach 1945; d. Red.) bestanden,

während direkte Verbindungen schmal-spurig verliefen und erst mit der in den 60er Jahren einsetzenden Kredit-schwemme intensiviert wurden.

Seit seinem Amtsantritt Ende 1982 hat Nakasone diese skizzierten, mehr allgemeinen Charakter tragenden (militär-)strategischen Gemeinsamkeiten konkretisiert.

Während seines Amerika-Besuches im Januar 1983 erklärte er gegenüber der Washington Post: „...der gesamte japanische Archipel ... sollte einem unsinkbaren Flugzeugträger gleichen, der ein gewichtiges Verteidigungs-Bollwerk gegen die Infiltration (sowjetischer) Backfire-Bomber bildet. Diese Bomber an der Durchdringung dieser Mauer zu hindern, sollte unser erstes Ziel sein. Zweitens sollte die vollständige Beherrschung der vier Seewege angestrebt werden, welche zwischen den japanischen Inseln verlaufen, so daß ein Passieren sowjetischer Unterseeboote und ihre (der Sowjetunion) anderen Aktivitäten zur See ein Ende finden. Das dritte Ziel liegt in der Sicherung und Aufrechterhaltung der Seeweg-Kommunikationslinien.“³

Der gesamte Pazifik gilt folglich in Tokios Sicht als ein „Schutz“gebiet mit einer integrierten Kommandostruktur. Sich in letzter Zeit häufende japanisch-amerikanische Armee- und Marinemanöver und bereits bestehende Pläne, wonach Japan den USA bei der Blockade der ins Japanische Meer mündenden Zufahrtswege mit einer Zerstörerflotte beizustehen hat, weisen in diese Richtung.

Ausbau der Streitkräfte

Japan fällt somit einerseits die Rolle zu, Luft- und Marinestreitkräfte im Nordwest-Pazifik – vor allem für das von unterstellter sowjetischer Bedrohung als verwundbar eingestufte Südkorea – bereitzuhalten, während es andererseits den USA die Entsendung von Truppenkontingenten nach Südost- oder Südwestasien bei gleichzeitiger Sicherung seiner Nordostasien-Flanke ermöglicht. Hiermit ist erstmalig ein aktives militärisches regionales Engagement seitens Tokios formuliert bzw. übernommen worden, was sich zudem nahtlos in das offensive unter der Reagan Regierung forciert betriebene Eingreiftruppen-Konzept⁴ einfügt. In Ostasien entspräche das nun der konkreten Einlösung des vielbeschworenen amerikanischen Wunsches nach Entlastung ihrer „Aufgaben“ durch die Bündnispartner.

Japans Rolle wird somit schrittweise und stromlinienförmig der auf amerikanische Dominanz im Pazifik insistierenden Strategie angepaßt.

Das mag durch die 1978 vom japanisch-amerikanischen Konsultativkomitee für

Sicherheitsfragen erarbeiteten und 1982 durch Tokio finanziell abgesicherten Richtlinien für Japans Selbstverteidigungsstreitkräfte (SDF) verdeutlicht werden, deren Erfüllung auf 1987 veranschlagt ist.

Die Kernpunkte dieser Richtlinien sprengen die vormaligen engen Grenzen des bilateralen Sicherheitsabkommens und beinhalten im einzelnen folgende Aufgaben:

- Japanische Streitkräfte werden eine defensive Rolle ausüben, während amerikanische Streitkräfte dabei Unterstützung leisten und offensive Operationen durchführen.

- Die Kooperation zwischen den USA und Japan dient (1) der Verhütung von Aggression; (2) im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen Japan oder (3) falls irgendwo in Fernost die Sicherheit Japans bedroht ist.

- Die beiden Nationen kooperieren in den Bereichen Logistik, Operation und Aufklärung.

- Die Vereinigten Staaten halten den Nuklearschirm über Japan aufgespannt und unterhalten Kampf- und andere Truppen, die in Vorwärtspositionen gebracht werden können.

- Beide Seiten entwickeln und tauschen untereinander ein für die Verteidigung Japans notwendiges Aufklärungssystem aus.

- Die japanischen Streitkräfte werden begrenzte kleinere bewaffnete Angriffe abwehren. Bei einem Großangriff auf Japan fallen den SDF vorrangig defensive Operationen innerhalb wie außerhalb japanischen Territoriums zu.

- Die amerikanischen Streitkräfte führen Operationen durch, welche die Fähigkeiten der SDF übersteigen.⁵

Die Tragweite dieser Richtlinien wird ersichtlich, wenn in die Betrachtung die von Tokio 1981 übernommene Verpflichtung der Absicherung eines 1.000 Meilen (annähernd 1.700 km) umfassenden „Verteidigungs“-Perimeters einbezogen wird.

Die Forderung nach Flugzeugträgern und Truppentransportern zur Erhöhung der Mobilität ist in Militärkreisen verstärkt erhoben worden. Gegenwärtig gilt die 250.000 Mann starke SDF als noch ungenügend ausgerüstet, um längerwährende Militäroperationen außerhalb Japans durchzuführen.

Wird der 1982 beschlossene Aufrüstungsplan eingehalten und bis 1987 verwirklicht, so bedeutete das eine qualitative wie quantitative Aufrüstung der SDF: Die Seestreitkräfte dürften dann über 178 Schiffe und 185 Flugzeuge, die Luftstreitkräfte über 138 Kampfbomber vom Typ F-15, 58 F-1-Bomber und 35 andere Flugzeugtypen und die Bodestreitkräfte über 1.314 Panzer, 418 Flug-

zeuge und anderweitige Waffensysteme verfügen.⁶

Damit einher ginge freilich eine spürbare Stärkung der Rüstungsindustrie, welche die noch weitgehend tabuisierte Debatte über die Änderung des Artikels 9 der Nachkriegsverfassung (Wiederaufrüstungs- bzw. Remilitarisierungsverbot) entfachen und auf die Revision des 1976 erneuerten Waffenexportverbots drängen wird.⁷

Nakasone, zu Beginn der 70er Jahre selbst einmal Chef der SDF (im Lande als Generaldirektor der Selbstverteidigungsbehörde bezeichnet), gilt nicht nur als Befürworter dieser Ambitionen. Er legt sich für sie wie keiner seiner Amtskollegen vor ihm ins Zeug.

Prinzipiell unterstützt er die Forderung, die Rüstungsausgaben über die als Obergrenze festgelegte 1%-Marke des Brutto-sozialprodukts (BSP) anschwellen zu lassen. Und er tritt als Advokat notwendiger Verfassungsänderungen auf.

Während einer Sondersitzung des Parlaments erklärte er nach seinem Washington-Besuch: „Haben wir nach 37 Jahren nicht den ursprünglichen Elan verloren, mit dem wir uns für die Erlangung von Demokratie und Freiheit einsetzen? Haben wir deren Segnungen nicht als selbstverständlich hingenommen und dabei vergessen, sie zu schützen und zu vertiefen? ... Ich hoffe, daß darüber in der Bevölkerung eine aktive Debatte in Gang kommt, die sich im Geist demokratischer Prinzipien und losgelöst von etablierten Maßstäben vollzieht. Und ich werde mich mit Nachdruck darum bemühen, unsere Institutionen zu reformieren und ihr Funktionieren im Lichte einer neuen Vision für das 21. Jahrhundert zu verbessern.“⁸

Für das am 1. April eröffnete Fiskaljahr 1984 sind 12,5 Mrd US-Dollar für das Militärbudget vorgesehen, eine Summe,

die um 1 Mrd Dollar über dem Vorjahresniveau und noch bei 1% des BSP liegt.⁹

Sichtlich befriedigt äußerte sich US-Verteidigungsminister Caspar W. Weinberger im Namen der Regierung Reagan über die inflationsbereinigte 4,8%-Erhöhung des japanischen Rüstungsetats. Im Vergleich zu den NATO-Partnern, so Weinberger, nehme sie sich günstig aus und stelle im Sinne der von Tokio selbst gesteckten Ziele einen Fortschritt dar.¹⁰

Weinberger sichtlich zufrieden

Es tut dies, indem es den Zielen Washingtons durch Übernahme seiner „Verpflichtungen“ im Nordwestpazifik und in Nordostasien, wengleich nicht unbedingt durch Abkommandierung eigener Bodentruppen, entgegenkommt.

Dies, gekoppelt mit dem laufenden Aufrüstungsprogramm der SDF und der Möglichkeit, aufgrund des technologischen Know-how quasi aus dem Stegreif eine Rüstungskonversion im umgekehrten Sinne zu betreiben, läßt die Gefahr eines neuerlichen – im Kontext amerikanischer Globalstrategie eingebetteten – Militarismus als keinesfalls unbegründet erscheinen.

Mit ihren weiträumigen Basen z.B. in Yokosuka, Iwakuni, Futenma, Naha und Kadena¹¹ verfügen die USA mit ungeteilter Billigung Tokios über die bedeutsamsten, als unverzichtbar eingestuften Nordglieder einer militärstrategischen Kette, deren südliche und westliche Enden zu den Philippinen/Australien bzw. bis hin nach Diego Garcia im Indischen Ozean reichen.¹²

Zusammengefaßt ergibt sich folgendes Bild: Obgleich der Großteil der Japaner militaristische Abenteuer ablehnt, hat der politische Konsens in Tokio (insbesondere innerhalb der Regierung Nakasone) eine Verschiebung erfahren, welche auf Einordnung in die weitgespannte Fernost- und Pazifik-Strategie Washingtons abzielt. Da die bestehenden bilateralen Verträge gemeinsame Interventionen bei einer Bedrohung der Sicherheit Japans vorsehen – ein im übrigen leicht vorstellbarer Fall oder herstellbarer Vorwand angesichts der Tatsache, daß es den Löwenanteil seiner Rohstoffe aus der Region bezieht und durch bzw. aus Südostasien gut 90% seiner Ölimporte abgewickelt werden –, schließt Tokio sich der auf Vorwärtsverteidigung gerichteten US-Strategie an.

Welche Konsequenzen hat all das für Japans Nachbarländer, insbesondere für die Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN), diesem 1967 in der thailändischen Hauptstadt Bangkok geschaffenen Regionalbündnis? ¹³

Zunächst gilt es festzuhalten, daß Wa-

shington parallel zum Dahinsiechen der offen militärischen Charakter tragenden Südostasiatischen Vertragsorganisation (SEATO), die bis zu ihrer Auflösung im Jahr 1977 als östliches Pendant zur NATO galt, eine Reaktivierung der bis dahin unbedeutenden ASEAN anstrebte. Gleichzeitig schuf dies Perspektiven für eine engere US-amerikanisch-japanische Kooperation in der Region.

Als gemeinsamer Nenner bot sich ein massives Aufstocken von Wirtschaftshilfen und/oder Kapitalinvestitionen an, um zweierlei sicherzustellen: die herrschenden Regimes zumindest mittelfristig zu stützen und ein Abdriften dieser Länder aus dem westlichen Lager bzw. ihre Hinorientierung zur Bewegung der Nichtpaktgebundenen zu unterlaufen. Japan hatte dabei für die Sicherstellung finanzieller „Bürden“ zu sorgen.

Bereits 1976 erhielt die ASEAN 957 Mrd Yen (1 Yen = 0,01 DM; d. Red.) bzw. 40,7% des Gesamtetats des japanischen Offiziellen Entwicklungshilfe-Programms (ODA). Gleichzeitig ging weit über die Hälfte aller vergebenen Kredite der Asiatischen Entwicklungsbank, die in Manila beheimatet und maßgeblich mit japanischem Kapital ausgestattet ist, an die ASEAN.

Die Fukuda-Doktrin...

Ergänzt wurden diese Zahlungen durch finanzielle Engagements des Internationalen Währungsfonds (IMF), der Weltbank und der Privaten Investmentbehörde für Asien (PICA). Ende 1977 hatte Tokio in der ASEAN-Region 4,6 Mrd US-Dollar investiert. Heute ist diese Summe auf über 10 Mrd Dollar angewachsen.

1980 importierte Japan aus diesen Ländern Rohstoffe im Werte von 36 Mrd Dollar, was etwa einem Viertel der japanischen Importe entsprach. Es exportierte Industrieprodukte im gleichen Wert in diese Region, was 37,7% seiner Gesamtausfuhr ausmachte.¹⁴

Anläßlich seiner Teilnahme an der ASEAN-Gipfelkonferenz in Malaysias Hauptstadt Kuala Lumpur (1977) verkündete der damalige japanische Ministerpräsident Takeo Fukuda die nach ihm benannte „Fukuda-Doktrin“.

Kernpunkt war die Absicht Tokios, sich entwicklungspolitisch stärker denn je zu engagieren und als Geste der Freundschaft 1 Mrd Dollar in Yen-Krediten zur 70%-Finanzabdeckung der ersten gemeinsamen fünf Industrieprojekte des Bündnisses beizusteuern.¹⁵

Als Nakasone diesen Ländern im April/Mai 1983 einen Besuch abstattete, harrten diese Projekte noch immer der Fertigstellung bzw. sie waren aus dem Planungsstadium nicht herausgekommen.



Manöver am Fuße des Fujiama

Tokio hat sich das Recht vorbehalten, die Wirtschaftlichkeit der Projekte zu prüfen und sie gegebenenfalls zu modifizieren.

Eine genauere Analyse japanischer Hilfeleistungen in der Region läßt allerdings erkennen, daß die hehren Vorsätze der „Fukuda-Doktrin“ in Wirklichkeit unterlaufen wurden und normalen Kapitalverwertungsinteressen wichen. Exemplarisch kann das auf den Philippinen verdeutlicht werden.

Erst nach 13jähriger Verweildauer¹⁶ in den Schubladen des ehemaligen philippinischen Kongresses trat der philippinisch-japanische Freundschafts-, Handels- und Schiffsverkehrsvertrag in Kraft. Präsident Marcos ratifizierte den Vertrag per Dekret, nachdem er im Herbst 1972 das Kriegsrecht verhängt hatte.

Was dann einsetzte, war in der Tat phänomenal: Tokios Investitionen wuchsen zwischen 1969 und 1974 um beachtliche 1.200%. 1979 betrug der japanische Anteil am Gesamtvolumen ausländischer Investitionen im Lande bereits 23%. Nur die USA lagen mit einem 35%-Anteil vor den Japanern.

In auffälligem Kontrast zu amerikanischen Investoren, die an extrem niedrigen Arbeitslöhnen interessiert waren, setzten Tokios Geschäftsleute auf die Schaffung und Ausweitung eines lokalen Marktes wie auf die gesicherte Rohstoffversorgung.

...und das philippinische Beispiel

Als wirksames Instrument dieser Strategie diente letztlich auch die im Juli 1981 von reichlich 100 japanischen Unternehmen gegründete Japan-ASEAN Investment Company (JAI), die in ein Joint Venture (Gemischtunternehmen; d. Red.), die ASEAN-Japan Development Corporation (AJDC), investiert, um die Entwicklung kleiner und mittlerer Betriebe im ASEAN-Raum zu fördern.¹⁷ In Taiwan und Südkorea ist ähnliches bereits Jahre zuvor höchst erfolgreich praktiziert worden – mit dem Ergebnis, daß lokale Betriebe sukzessiv von japanischem Kapital aufgesogen bzw. ihm organisatorisch unterstellt wurden.

„Unser einheimischer Partner“, so zitierten David und Tsuda einen japanischen Manager auf den Philippinen, ist bei einem Gemeinschaftsunternehmen in Wirklichkeit kein eigentlicher Geschäftsmann. Doch als Beschaffer von Rohstoffen ist er unerlässlich. Wir brauchen eine Person, die, obgleich sie über keine eigenen Finanzmittel verfügt, jung und skrupellos genug ist, um die von uns gewünschten Resultate zu erzielen. Niemand, der über Geld verfügte, würde so bereitwillig einen 'Yakuza' (Gangster)-Job ausüben. Wir sind froh, einen

solch sorgfältigen Partner zu haben.“¹⁸ Zu Beginn der 70er Jahre repatriierte Tokio einen nur geringen Teil seiner Profite, da seinen Geschäftsleuten an der Expansion gerade errichteter Firmen gelegen war. Ende der 70er Jahre wandelte sich das Bild. Zwischen 1977 und 1981 wies das philippinische Zahlungsbilanzdefizit gegenüber Japan knapp 553 Mio Dollar aus. Davon bildeten den Großteil Zinszahlungen samt Tilgungen auf gewährte Kredite und Kapitaltransfers zwischen Firmen.

Als wohl schmutzigste Schaumkrone offizieller japanischer Entwicklungshilfe gilt die Sinteranlage der Kawasaki Steel Corporation in Nordmindanao (Südphilippinen), welche die größte, zu 100% in japanischem Besitz befindliche Einzelinvestition auf dem Archipel darstellt. Zunächst als ein mittels Kapitalhilfen aus Tokio zu schaffendes Fundament einer eigenständigen philippinischen Stahlindustrie gepriesen, werden hier nunmehr die umweltschädlichsten Prozesse der Stahlerzeugung getätigt.

Eisenerze werden aus Brasilien und Australien bezogen, und die Miet- und Steuerzahlungen Kawasakis sind minimal, da die von Manila gewährten Investitionsanreize für ausländisches Kapital enorm verlockend sind. Im allerhöchsten Falle sind für 2.000 Menschen Arbeitsplätze geschaffen worden, wobei die negativen Folgen – Landvertreibungen für Kleinbauern und Pächter, Hungerlöhne und Umwelterstörung¹⁹ – auch hier überwiegen.

Die Umweltschäden haben in der japanischen Präfektur Chiba, wo Kawasaki vorher ansässig war, Tote gefordert und die umliegende Bevölkerung auf die Barrikaden getrieben. Das Kawasaki-Management fackelte nicht lange und wich wenig später auf Villanueva in der südphilippinischen Provinz Misamis Oriental aus...

Friktionen der Marktkonkurrenten

Ähnlich gelagerte Fälle sind Legion in den anderen ASEAN-Ländern, wobei anzumerken ist, daß Malaysia durch Tokios Brille als äußerst interessantes Investitionsland gesehen wird und prozentual den größten Anteil sog. japanischer Entwicklungshilfe auf sich vereinigt.²⁰

Eine relativ gute Infrastruktur, generöse Investitionsanreize, weitgehendes Fehlen auswuchernder Korruption und Bürokratie und nicht zuletzt die von Premierminister Mahathir Mohamad verfolgte „Look East“-Politik (Schau nach Osten; d. Red.) werden als positive Gewichte in die Waagschale geworfen.

Der Annahme des von der ASEAN als ernsthaften Beitrag japanischer Entwicklungshilfepolitik klassifizierten STA-



US-Militärbasis auf Okinawa

BEX-Plans, eines Preisstabilisierungsschemas für Rohstoffe, hat sich Tokio allerdings hartnäckig widersetzt.²¹

Trotz Japans konsolidierter Stellung in Südostasien und seiner verstärkten regionalen Kooperation mit Washington ist sein Verhältnis zu beiden nicht frei von Widersprüchen und Belastungen.

Einmal war in jüngster Zeit außer der von der ASEAN geforderten Verbesserung der Terms of Trade (Preisschere zwischen Rohstoffexporten und industriellen Importwaren; d. Red.) zunehmend der Ruf nach japanischen Waffenlieferungen zu hören. Konkrete Wünsche in dieser Richtung äußerten wiederholt Indonesien und Thailand, die am Erwerb japanischer Patrouillen-Schnellboote bzw. Maschinenpistolen interessiert sind.

Der Regierung in Tokio ist es nicht verborgen geblieben, daß seit Mitte der 70er Jahre die militärische Zusammenarbeit unter den ASEAN-Ländern (Indonesien-Philippinen; Indonesien-Malaysia und Malaysia-Thailand) zum Zweck der Eindämmung der potentiellen „Subversion“ auffallend zugenommen hat. Und da ihr an stabilen innenpolitischen Verhältnissen in den betreffenden Ländern gelegen ist, entsteht für sie ein Dilemma, auf das sie sehr bald zu reagieren gezwungen sein wird.

Desweiteren ist sich Tokio der Risiken bewußt, die aus seiner extremen Rohstoffabhängigkeit von der ASEAN resultieren. Seit 1980 sind denn auch diesbezüglich Szenarien für ihre schrittweise Überwindung entworfen worden.²²

Ressourceneinsparung, Drosselung der Rohölimporte und Innovationen im Technologie-Sektor stecken dabei das Terrain ab, dem Tokio künftig absoluten Vorrang einräumt.

Tendenziell widerspiegelt sich dies bereits in seiner Außenhandelsentwicklung. Im Gegensatz zu den Warenexporten sind die Importe seit 1981 nicht nennenswert gewachsen. Mit 143,2 Mrd Dollar lagen sie in dem Jahr lediglich 1,9% über dem Niveau von 1980. Dies war weniger als Folge der Wechselkursentwicklung, als vielmehr der Konjunkturschwäche und des einsetzenden Strukturwandels zu begreifen, was sich in einem Rückgang der Rohstoffimporte – insbesondere der Rohöleinfuhren – ausdrückte. Die mengenmäßigen Einfuhren waren um 2,1% gesunken.

Trotz dieses allmählichen Rückgangs der Roh- und Brennstoffimportabhängigkeit, teils durch eine rezessive Entwicklung in den rohstoffintensiven Grundstoffindustrien vermittelt, bleibt sie vorerst noch wegen unzureichender Substitutionsmöglichkeiten sehr hoch.²³

Zum anderen sind Friktionen mit den USA nach wie vor hauptsächlich wirtschaftlicher und erst in zweiter Linie militärischer Natur.

Tokios Außenhandelsüberschuß gegenüber den USA dürfte auch in diesem Jahr über 15 MRD Dollar liegen. Unter dem Druck handelspolitischer Forderungen seitens Washingtons und der EG beschloß Japan zwar die freiwillige Einschränkung seiner Video- und Automobilexporte.

„Heißes Eisen“ Waffenexporte

Doch die zentrale Forderung des Auslands nach durchgreifenden Maßnahmen zur Öffnung des japanischen Importmarktes bleibt noch unerfüllt. Sie konzentriert sich auf die Beseitigung tarifärer Bestimmungen bezüglich mehrerer Warengruppen (darunter Computer, Fahrzeugteile, Bauelemente, Fleisch, Zitrusfrüchte, Lederwaren) sowie auf den Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse, z.B. administrativer Art.

Während seines Japan-Besuchs im November 1983 hat US-Präsident Reagan u.a. zwei für Japan sensible Themenkreise angesprochen: den Waffentechnologieexport und die Teilnahme Tokios an UN-Militäraktionen.

Eigentlich hat die japanische Regierung Waffen- und Waffentechnologieausfuhren seit 1967 mit einem Bann belegt. Doch nunmehr ist sie gewillt, das Rüstungsexportverbot in diesem Sonderfall gänzlich aufzuheben, da die US-Streitkräfte in Japan (ca. 45.000 Mann) laut Artikel 12 des „Japan-U.S. Status of

Forces Agreement“ und Art. 3 des Sicherheitsvertrages von dem Ausfuhrverbot nicht berührt werden. Opposition dagegen hatte sich in erster Linie im Ministerium für Internationalen Handel und Industrie (MITI) geregt, das den Verlust wertvollen technologischen Know hows an amerikanische Konkurrenten befürchtete.

Seit dem Frühjahr 1980 hat Japan mehrmals an multinationalen „Rimpac“-Manövern teilgenommen, in deren Verlauf seine Marineeinheiten auch das erste Mal südlich des 20. nördlichen Breitengrades aufkreuzten. Was Japans Teilnahme an weltweiten sog. UN-Friedensmissionen betrifft, so besteht darüber derzeit weder ein Konsens zwischen Tokio und Washington, noch innerhalb der japanischen Regierung selbst.

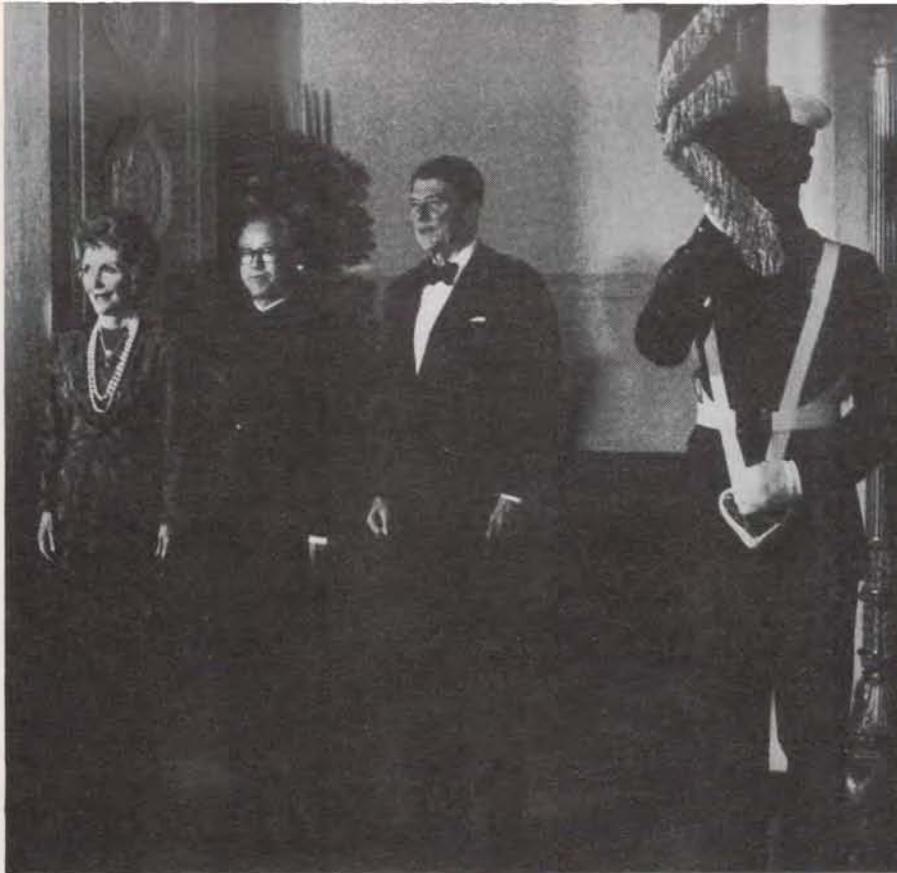
Washingtons Drängen in diese Richtung ist eine Sache, während das japanische Außenministerium nach zunächst signalisierter Bereitschaft, ihm im letzten Herbst öffentlich entgegenzukommen, dieses „heiße Eisen“ vorerst auf Eis legte.²⁴ Die innenpolitische Diskussion darüber dürfte brisant werden und auch dazu führen, andere Aspekte der US-amerikanisch-japanischen Militärstrategie wie die ihr zugrundeliegende Logik kritisch zu überdenken.

Anmerkungen:

- 1) Die Tanaka-Fraktion bleibt die stärkste der LDP, deren diverse Flügel lose miteinander verknüpft sind und deren Führer nicht selten im Clinch liegen.
- 2) Dieses Dreierallianzsystem, unter dem die USA, Japan und Südkorea zusammengefaßt sind, beruht auf zwei Säulen: dem 1960 getroffenen „Japanisch-amerikanischen Kooperations- und Sicherheitsvertrag“ sowie auf dem am 1. Oktober 1953 unterzeichneten „Republik von Korea-US-Vertrag über gegenseitige Verteidigung“.
- 3) Vgl. Washington Post, 21.1.1983. Nakasone hatte eigentlich von „einem großen Flugzeugträger“ gesprochen, was durch einen Übersetzungsfehler fortan als „unsinkbarer Flugzeugträger“ Eingang in die Presse fand.
- 4) Siehe AIB-Sonderheft 2/1984, S. 12ff.; d. Red.
- 5) Vgl. Ampo, Tokio, 13.2. und 13.4.1981
- 6) Far Eastern Economic Review, Hongkong, 23.7.1982
- 7) Vgl. The Economist, London, 18.12.1982
- 8) Zit. nach: Jiji Press, 24.1.1983. Nakasones diesbezügliche Ausführungen kommen noch präziser in seinem „Foreign Policy and Constitutional Views“ betitelten Aufsatz zum Ausdruck, der erschien in: Journal of International Affairs, New York, 37,1, Sommer 1983, S. 1-4
- 9) International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 20.1.1984
- 10) IHT, 27.1.1984
- 11) Die beiden erstgenannten Stützpunkte liegen auf der Hauptinsel Honshu und die drei anderen auf Okinawa, das erst am 15. Mai 1972 nach 27jähriger Verwaltung durch US-Streitkräfte an Japan zurückgegeben wurde. Die legitimen Eigentümer erhielten etwa 10% des 1945 konfiszier-

ten Bodens zurück, während die besten Ländereien – 254 qkm, ein Fünftel der Insel – nach wie vor von US-Truppen besetzt sind. Okinawa beheimatet mit Sobue außerdem eine zur Nationalen Sicherheitsbehörde gehörende elektronische Aufklärungs- und Spionagestation, wird als potentieller Stützpunkt für Eliteeinheiten der „Green Berets“ in Erväug gezogen und dient höchstwahrscheinlich als der Region größte Lagerstätte für ABC-Waffen.

- 12) Es ist aufschlußreich, wie sehr in den USA jüngst akademische Debatten über die japanisch-amerikanische Partnerschaft mit päblichen „Vergeßlichkeiten“ durchtränkt sind. Wird die Bedeutung der US-Basen in Japan als Sprungbrett von Aggressionen (z.B. im Korea- und Vietnamkrieg) mit keinem Sterbenswort erwähnt, so erfreut sich die sowjetische Flottenpräsenz nahe den Wasserstraßen von Tsugaru, Tsushima und Soya gesteigerter Aufmerksamkeit, sei es auch nur, um die vertiefte militärische Kooperation zwischen Washington und Tokio zu legitimieren. Vgl. beispielsweise die Japan-Sondernummer des Journal of International Affairs, 37,1 und International Security, Cambridge/Mass., 8,3, Winter 1983/84
- 13) Der ASEAN gehören Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien, die Philippinen und neuerdings – seit 1983 – auch Brunei an. Zur neokolonialen Abhängigkeit der ASEAN und ihrer Rolle im Konfliktgeschehen um Kampuchea/Vietnam siehe: AIB 11-12/1981, S. 26ff.; d. Red.
- 14) Asahi Evening News, Tokio, 15.3.1982
- 15) Fukudas Teilnahme an der Konferenz war im März 1977 ein Treffen mit Präsident Carter in Washington vorausgegangen, bei dem ein gemeinsames Vorgehen gegenüber der ASEAN als zwingend eingestuft und Maßnahmen zur Stärkung ihrer Regierungen erörtert wurden.
- 16) Die endgültige Ratifizierung des Vertrages war aufgrund massiver Proteste immer wieder hinausgezögert worden.
- 17) Japan Times, Tokio, 9.7.1981
- 18) Zit. nach: Randolph S. David/Mamoru Tsuda, The Politics of Major Japanese-Filipino Joint Ventures: A Sociological View. Quezon City (Philippines), in: Third World Studies Center, University of the Philippines, Mai 1978, S. 12/13
- 19) Fischer haben wiederholt über magerer werdende Fänge geklagt, während einige Stahlarbeiter bereits mit Asthmaerkrankungen hospitalisiert werden mußten.
- 20) Joint Research Program Services 11, Japanese Direct Investment in Malaysia, Tokio 1979, S.12
- 21) Einen informativen Überblick über Japans Engagement in Südostasien siehe in: Southeast Asia Chronicle, Berkeley, Nr. 88/Februar 1983
- 22) Vgl. u.a. den am 17. März 1980 auf Ersuchen des Ministeriums für Internationalen Handel und Industrie (MITI) fertiggestellten Bericht des Japanese Industrial Structure Council, der mit „The Vision of MITI Policies in the 1980s“ betitelt ist.
- 23) Vgl. Manfred Pohl (Hrsg.), Japan 1981/82. Politik und Wirtschaft, Hamburg/Frankfurt/M. 1982, S. 121-125; Foreign Affairs, New York, 62, 1, Herbst 1983, S. 123-137 und Weltkonjunkturdienst. Die wirtschaftliche Lage in der westlichen Welt im Winter 1983/84, hrsg. vom HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, Dezember 1983, S. 43ff.
- 24) Far Eastern Economic Review – Asia 1984 Yearbook, Hongkong, S. 191



Beijinger Begegnung von Premier Zhao und den Reagans

Andreas Krajczek

Chinas Standort nach der Reagan-Visite

„Heute pulsiert Chinas Wirtschaft von der Dynamik des Wandels: die Vermehrung von individuellen Anreizen für die Bauern in einem neuen System der Verantwortung, neue Prämien für Arbeiter und diszipliniertere Betriebsführung in Kategorien von Gewinn und Verlust.“

Dissens in Sachen UdSSR...

Dieses „Lob“ stammt von „Kommunistenfresser“ Ronald Reagan, und entstand während seines kürzlichen China-Staatsbesuches. Der US-Präsident fügte hinzu, daß die USA auf diesem neuen Weg in der Wirtschaftspolitik der Volksrepublik China gerne „an Chinas Seite marschieren würde“¹.

Hier ist zu fragen, was es mit Chinas „Wandel“ wirklich auf sich hat? Und wie es um die Beziehungen der USA zu China steht angesichts der gewaltigsten US-Flottenpräsenz im Pazifik seit dem 2. Weltkrieg.

Reagans sechstägige Wahlturnee durch China, die vom 26. April bis zum 2. Mai d.J. dauerte, hatte einesteils die Aufwertung seiner Außenpolitik bei der US-

Bevölkerung zum Ziel.

Andernteils ging es ihm darum, China enger in den globalen US-Konfrontationskurs gegen die Sowjetunion an der Pazifikflanke einzubeziehen, d.h. erste Schritte in diese Richtung mit der chinesischen Führung zu vereinbaren. Der Aufruf des US-Präsidenten zum gemeinsamen Widerstand der USA und „seiner pazifischen Nachbarn“ von Hawaii aus weist klar in diese Richtung.

In der VR China jedoch wurde Reagans Tiraden gegen die Sowjetunion eine klare Absage erteilt. Die einschlägigen Passagen seiner Fernsehansprache wurden nicht gesendet. Auch gelang es ihm und seinen Beratern nicht, die Gespräche mit der chinesischen Führung auf Themen zu beschränken, in denen Übereinstimmung zwischen Washington und Beijing besteht.

Stattdessen trugen die chinesischen Gastgeber ihre Kritikpunkte vor. Ministerpräsident Zhao Ziyang unterstrich dabei, daß das Hauptanliegen für einen weiteren Ausbau der bilateralen Beziehungen weiterhin die Taiwan-Frage bleibt.

Zhao wiederholte die Forderungen an

Washington nach einem Stopp der Waffenlieferungen für Taiwan, der Aufgabe der „Politik der Zwei Chinas“ und der Einwirkung auf Taipeh, um dieses zur Änderung seiner ablehnenden Haltung gegenüber den Wiedervereinigungsvorschlägen der VR China zu bewegen.

Ronald Reagan hatte Zhaos Forderungen bereits während dessen USA-Aufenthalt am 9. Januar d.J. den Hinweis entgegengehalten, er wolle „alte Freunde“ nicht fallenlassen, um neue zu gewinnen. Diese Position Washingtons macht noch weitreichendere Fortschritte in dieser Frage und damit eine wesentliche Verbesserung des amerikanisch-chinesischen Verhältnisses noch unter der jetzigen Reagan-Administration unwahrscheinlich.

Die chinesische Führung mißbilligte weiterhin die US-Politik in Mittelamerika, im Südlichen Afrika und in Nahost. Dissens herrschte auch in der Koreafrage, in der Beijing die Forderung der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik nach Wiedervereinigerungsverhandlungen zwischen Pjöngjang, Seoul und Washington unterstützt.

Ein Novum stellt dagegen die chinesische Verurteilung der Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in Europa dar. Zhao forderte von Präsident Reagan den Stationierungsstopp und bezeichnete die Aufstellung der SS 20 als sowjetische Gegenmaßnahmen, deren Einstellung er ebenso erhoffte.

Gemeinsamkeiten der Reagan-Administration mit Beijing bestehen dagegen nach wie vor in Sachen Afghanistan, Vietnam und Kambodscha.

Das einzige konkrete Ergebnis, das Reagan mit nach Hause nehmen konnte, ist die Paraphierung eines Abkommens über atomare Zusammenarbeit. Als dessen Folgeerscheinung verspricht sich die US-amerikanische Wirtschaft Aufträge in Milliardenhöhe. Zudem wurden Gespräche über den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen geführt, wobei für US-Konzerne Sonderbedingungen, z.B. Steuervergünstigungen und bessere Möglichkeiten zum Kapitaltransfer, geschaffen werden sollen.

...Taiwan- und Koreafrage

Unklar ist dagegen noch, wie oder ob eine Rüstungskoooperation zwischen den USA und China zustandekommt. Eine Klärung dieser Frage dürfte frühestens nach der USA-Reise des chinesischen Verteidigungsministers Tschang Aiping möglich sein.²

Der Reagan-Besuch in China weist interessante Parallelen zum Besuch des japanischen Ministerpräsidenten Yasuhiro Nakasone Anfang 1984 auf.

Auch hier sind klare Ergebnisse auf wirtschaftlichem bzw. kulturellem Gebiet erzielt worden, Übereinkünfte über eine politische bzw. militärische Zusammenarbeit jedoch nicht zu verzeichnen gewesen. So gewährt Japan der Volksrepublik einen Kredit von 4,7 Mrd DM über einen Zeitraum von 7 Jahren. Diesen Kredit benötigt China zum Ausbau seiner Infrastruktur, u.a. des Eisenbahnnetzes und eines Hafens.

Die hierfür notwendigen Maschinen müssen in Japan gekauft werden. Zugleich wurde eine Zusammenarbeit im Kernenergiebereich vereinbart. Auch Japan ist zu verstärkter Investitionstätigkeit ermuntert worden. Ebenso forderte der Gast Sicherheiten zum Schutz japanischer Investoren.

Auf dem politischen Sektor dagegen blieb es im wesentlichen bei Unverbindlichkeiten. Die Gesprächspartner betonten zwar, daß die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern über das wirtschaftliche hinausgehen soll. Man beließ es aber bei den obligatorischen Beschwörungen gutnachbarlicher Beziehungen als Grundlage für Frieden und Stabilität in der Region und der Verurteilung der sowjetischen SS-20-Mittelstreckenraketen. Beides gehört zweifellos zum guten Ton bei China-Besuchen, doch blieb es bei einer einzigen Verpflichtung, der Gründung eines „Komitees für japanisch-chinesische Freundschaft im 21. Jahrhundert“.

Alle Optionen offenhalten

In außenpolitischen Fragen, hier besonders in der Koreafrage gab es keine Annäherungen. Und auf das japanische Angebot zu einem gegenseitigen Informationsaustausch über militärische Angelegenheiten der UdSSR reagierte Beijing zurückhaltend, d.h. es gab weder eine Zusage noch erteilte es eine Absage.³

Es zeigt sich, daß die VR China auf der einen Seite an einer Wirtschaftspolitik der „offenen Tür“ für das Auslandskapital festhält, wobei sie zu weitreichenden Zugeständnissen an investitionsfreudige Konzerne bereit ist. Auf der anderen Seite will sich Beijing in seiner Außenpolitik nicht festschreiben, sondern sich möglichst alle Optionen offenhalten.

Die chinesische Führung ist dementsprechend — wie sie immer wieder betont⁴ — grundsätzlich zur Zusammenarbeit mit jedem Land auf der Grundlage der sog. fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz bereit, nach denen auch der gegenseitige Nutzen von bilateralen Beziehungen gegeben sein muß.

Beijing läßt sich deshalb in der außenpolitischen Praxis häufig vom Utilitarismus, dem Nützlichkeitsstreben, leiten. Von der wirtschaftlichen Öffnungspoli-

tik, die Zhao Ziyang als langwierige Staatspolitik bezeichnet — auch um das Mißtrauen ausländischer Investoren zu beseitigen —, erwartet man die schnellstmögliche Anhebung des technologischen Standards. Die Öffnung ist aber auch, man denke an die Schaffung von besonderen Wirtschaftszonen mit kapitalistischer Struktur und die Zugeständnisse in der Hongkongfrage⁵, Beispiel für diesen Utilitarismus.

Profilierung als „Dritte Kraft“

Ähnlich steht es mit dem Opportunismus im Verhältnis zu den USA und der UdSSR. „Hier will Beijing aus den Widersprüchen zwischen den beiden „Supermächten“ Vorteile für seine eigenen hegemonialen Bestrebungen heraus schlagen.

Besonders deutlich wird dies an der chinesischen Haltung zur Stationierung der neuen US-Mittelstreckenraketen Pershing II und Cruise Missiles in Europa. Anfang November 1983 äußerte Deng Xiaoping gegenüber dem Präsidenten der EG-Kommission, Gaston Thorn, daß er die Stationierung für unvermeidlich halte.⁶ Während des Reagan-Besuchs brachte dagegen Beijing seine Befürchtung zum Ausdruck, daß die Aufrüstung in Europa die Einigkeit der NATO gefährden könnte.⁷

Dies würde den Interessen Chinas entgegenstehen. Denn nur wenn beide Militärbündnisse, die NATO und der Warschauer Pakt, kein eindeutiges Übergewicht erlangen, kann China weiterhin seine Politik des Gegeneinanderausspiels betreiben.

Das Endziel ist dabei, China zu einer politischen und wirtschaftlichen Großmacht in Asien aufzubauen, quasi als „Dritte Kraft“ zu den „etablierten Groß-

mächten“.⁸ In Fragen, die den hegemonistischen Zielen oder den Wiedervereinigungsplänen zuwiderlaufen, ist China denn auch unnachgiebig, wie in der Taiwan-, Afghanistan-, Kampuchea- und Koreafrage.

Hinsichtlich der gigantischen Aufrüstung der USA im Pazifikraum ist daher folgende Haltung der chinesischen Führung wahrscheinlich: Sie wird einerseits versuchen, die starke US-Militärpräsenz im Pazifik als Rückendeckung zur Durchsetzung ihrer territorialen Ansprüche in dieser Region auszunutzen. Ihr Eingehen eines Militärbündnisses mit den USA ist aber unwahrscheinlich. Außer dem gewaltigen Imageverlust als eigenständige „Dritte Kraft“ gegenüber der Dritten Welt, steht auf lange Sicht das Kräfteübergewicht der USA den Interessen Chinas entgegen.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 28.4.1984
- 2) Zum Reagan-Besuch vgl.: U.S. News & World Report, Washington, 30.4.1984; International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 28./29.4.1984; Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 29./30.4.1984; Le Monde Diplomatique, Paris, April 1984; Le Monde, Paris, 27.4.1984; Der Spiegel, 30.4.1984; Süddeutsche Zeitung (SZ), 2.5.1984
- 3) Zum Nakasone-Besuch vgl. u.a.: FAZ, 26.3.1984; SZ, 23.3.1984; IHT, 26.3.1984; Newsweek, New York, 2.4.1984; Far Eastern Economic Review, Hongkong, 5.4.1984; Le Monde, 27.4.1984
- 4) Vgl. Beijing Rundschau, Nr. 5-6/31.1.1984, S. 19 ff. Zhao Ziyang über Chinas Außenpolitik
- 5) China willigte u.a. ein, 50 Jahre nach Ablauf des britischen Pachtvertrages 1997 das gegenwärtige gesellschaftliche und wirtschaftliche System Hongkongs aufrechtzuerhalten (siehe AIB 3/1984, S. 51).
- 6) Die Welt, Bonn 7.11.1984
- 7) SZ, 2.5.1984
- 8) Siehe: AIB 4 und 5/1979, 1/1980 und 5 bis 7-8/1983



Barbara Bruch u. a.
Jedem das Seine
 Von der Teilung der Arbeit
 und der Teilung der Macht
Frauen in Lateinamerika — am Beispiel Guatemala
 Bremen 1984, 120 Seiten, zahlreiche Abbildungen, 12,80 DM

Gesa Köhler und Dorothea Nogga-Weinell
Azade
 Vom Überleben kurdischer Frauen
Bremen 1984, ca. 160 Seiten, zahlreiche Abbildungen, 16,80 DM

Gisela Fremgen
... und wenn du dazu noch schwarz bist
 Berichte schwarzer Frauen in der Bundesrepublik
Bremen 1984, ca. 120 Seiten, ca. 14,00 DM

CON edition — vertrieb — filmverleih
 Literatur und Filme zum Thema Dritte Welt und Ausländer in der BRD
 Westerdeich 38, 2800 Bremen 1, Tel. 0421 / 540012-13

Dieter Falk

„Demokratisierung“ zweiter Akt

Am 25. März 1984 fanden, rund 100 Tage nach dem Amtsantritt des vom Militär kontrollierten Ministerpräsidenten Turgut Özal, in der Türkei Kommunalwahlen statt.

Diese Kommunalwahlen können nach den Parlamentswahlen vom 6.11.1983 (siehe dazu AIB 9/1983 und 1/1984; d. Red.) als der zweite Akt einer unter dem Titel „Demokratisierung“ laufenden Tragikomödie angesehen werden.

Sie wird von ihren Autoren, dem türkischen Monopolkapital, dessen faschistischen Generälen und deren Hintermännern in Washington und nicht zuletzt auch in Bonn gegeben. Sie tun dies zum einen mit dem Ziel, eine gegenüber den Menschenrechtsverletzungen der türkischen Junta zunehmend kritische öffentliche Meinung in den NATO-Ländern zu beruhigen. Sie sind es, deren wirtschaftliche und militärstrategische Interessen das Regime wesentlich vertritt. Von daher rührt ihr Motiv, die umstrittene Kollaboration mit Ankara ungestört fortzuführen.

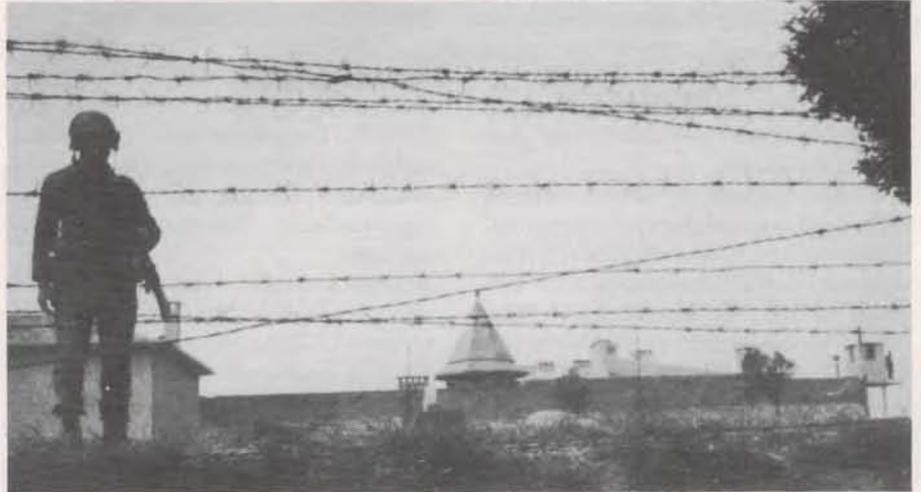
Evrens zivile Abwälzung

Zum anderen liegt der Aufführung dieses Stückes das Streben der türkischen Armeeführung zu Grunde, die Verantwortung für die absehbaren Folgen ihrer gegen die Lebensinteressen der Mehrheit der Bevölkerung gerichteten Politik auf zivile Kräfte abzuwälzen.

Die Armee, deren Offizierskorps über seine obligatorische finanzielle Beteiligung am OYAK-Konzern integraler Bestandteil der in der Türkei herrschenden monopolistischen Industrie- und Finanzbourgeoisie ist, hatte am 12.9.1980 gegen die Regierung der Gerechtigkeitspartei (AP) unter Ministerpräsident Suleiman Demirel geputscht.

Grund dafür war die Unfähigkeit der Regierung, das der Türkei vom Internationalen Währungsfonds (IMF) vorgeschriebene Wirtschaftsprogramm, das den Interessen der exportorientierten Teile des türkischen Kapitals entsprach, gegen den oft militanten Widerstand der Gewerkschaften und politischer Organisationen durchzusetzen.

Sie sah sich dazu nicht in der Lage, ob-



Militärgefängnis in Istanbul

wohl eine große Zahl der Provinzen des Landes bereits unter Kriegsrecht stand und die formal herrschende bürgerliche Demokratie schon weitgehend aufgehoben war.

Die faschistische Junta unter General Evren zerschlug mit äußerster Brutalität jeden revolutionären und sogar bürgerlich-demokratischen Widerstand gegen das Hungerprogramm des IMF und gegen die davon nicht zu trennende Einbeziehung der Türkei in die strategischen Pläne der NATO, die gleichermaßen gegen das sozialistische Lager und die nationale Befreiungsbewegung der Region gerichtet sind.

Es wurden während der dreijährigen Junta-Herrschaft mindestens 150.000 Menschen, fast ausnahmslos Demokraten und Revolutionäre, verhaftet. Tausende wurden gefoltert, Hunderte wurden entweder hingerichtet oder im Gefängnis bzw. auf der Straße einfach umgebracht. Die seit Gründung der Republik 1923 andauernde Unterdrückung des kurdischen Volkes, das mit 10 Mio Menschen rund 20% der Gesamtbevölkerung der Türkei stellt, wurde ganz besonders intensiviert. Hier verbindet sich nämlich der soziale Widerstand gegen eine besonders harte Ausbeutung mit dem nationalen Widerstand dieses Volkes gegen Zwangsassimilierung und internen Kolonialismus. Überdies hat Kurdistan eine besondere strategische Bedeutung für die NATO. Zwei Drittel der türkischen Armee sind denn auch hier stationiert.

Die blutige Unterdrückung jeglichen Widerstandes machte den Weg für die Durchsetzung des monetaristischen IMF-Programms frei.

Das Programm besteht – wie in anderen Entwicklungsländern auch – in einer Zurückdrängung des staatlichen Sektors, der verstärkten Öffnung des Landes für ausländische Kapitalanlagen, und vor allem in der Neuorientierung der Wirtschaft auf den Exportsektor. Diese Orientierung hat die Einengung des internen Marktes zur Voraussetzung, mit anderen Worten, die wachsende Verelendung der Werktätigen bis hin zu großen Teilen des Mittelstandes.

Daß diese Verelendung in der Tat eingetreten ist, wird auch von der bürgerlichen Presse nicht bestritten. Die von ihr dagegengehaltenen Erfolge bei der Inflationsbekämpfung und der Ausweitung der Exporte sind auch real. Sie haben aber bereits im vergangenen Jahr nachgelassen und versprechen, das Ende des irakisch-iranischen Krieges kaum zu überleben.

Denn der Irak und vor allem der Iran sind zusammen mit der BRD, deren Anteil an den Exporten schon seit 1980 ständig gefallen ist, mit Abstand die Hauptimporteure türkischer Waren.

Aus den anfangs erwähnten Gründen sah sich die faschistische Junta nach drei Jahren veranlaßt, die Tagesgeschäfte an eine Zivilregierung zu übergeben. Schon im November 1982 hatte sie jedoch der Türkei eine neue Verfassung

aufgezwungen. Diese stellt die zukünftige türkische „Demokratie“ in allen Bereichen unter die Aufsicht der im Dezember 1983 in „Präsidentenrat“ umbenannten Junta und des bis 1989 amtierenden Präsidenten Kennan Evren. Die Knebelverfassung offensichtlich als immer noch nicht ausreichend betrachtend, sorgte die Junta dafür, daß zu den Parlamentswahlen vom 6.11.1983 nur drei von ihr handausgelesene Parteien antreten durften. Das Ergebnis der Wahl war ein eindeutiger Sieg der Mutterlands-Partei (AnaP) unter dem Vorsitz von Turgut Özal.

Özal ist die Galionsfigur der türkischen Kompradorenbourgeoisie und des IMF. Als solcher war er bereits Wirtschaftsminister unter Demirel und wurde in dieser Funktion von der Junta übernommen. Dennoch war er nicht der Wunschkandidat der Junta, die auf die von ihrem Generalkollegen Sunalp geführte Partei der Nationalistischen Demokratie (MDP) setzte.

Der Sieg Özals bei den Novemberwahlen und die Tatsache, daß die von den Generälen als Repräsentant der sozialdemokratischen Strömung aus dem Hut gezauberte Populistische Partei (HP) mit 30% der Stimmen noch weit vor der MDP (23,3%) lag, wurde allgemein zurecht als eine klare Ablehnung der Bevölkerung gegenüber der Junta gewertet.

Daß die Wahl der AnaP an der grundsätzlichen Ausrichtung des Regimes nichts änderte, war dabei jedoch klar. Gerade im Hinblick auf die Verletzung der grundlegendsten Menschenrechte hat das die Zeit seit Antritt der Regierung Özal deutlich gemacht: neue politische Prozesse; fast alltägliche Überfälle von Armee und Polizei auf kurdische Dörfer; in mehreren Fällen wurden Protestaktionen der politischen Häftlinge in den Militärgefängnissen in Diyarbakir, Istanbul, Ankara und Erzurum, die sich gegen die angewandten Maßnahmen zur psychischen und physischen Vernichtung der Gefangenen wandten, im Blut ertränkt.

Zulassung unverdächtiger Parteien

So war es nicht einmal der bürgerlichen Presse möglich, ihrem Publikum aufgrund dieser Wahlen den nunmehr demokratischen Charakter der Junta und die demokratische Legitimität der Regierung Özal überzeugend zu verkaufen.

Diese Legitimität mußte sobald wie möglich erwiesen werden. Aus diesem Grund kam das Regime nicht umhin, zu den Kommunalwahlen drei weitere Parteien zuzulassen, die nicht im Verdacht standen, Produkte der Junta zu sein.

Die Sozialdemokratische Partei (SODEP) ist ungeachtet ihres Namens

die Nachfolgeorganisation des rechten Flügels der kemalistischen Republikanischen Volkspartei (CHP). Ihr sozialdemokratischer Flügel wird vom früheren Ministerpräsident Bülent Ecevit geführt, der sich an den März-Wahlen ostentativ nicht beteiligte.

Die Partei des rechten Weges (DYP) ist eine Nachfolgeorganisation der Gerechtigkeitspartei und repräsentiert wesentlich die gleichen Klasseninteressen wie die AnaP. Die Wohlstands-Partei (RP) schließlich ist Nachfolgerin der kleinbürgerlich-klerikalen MSP, die vor der Junta jeweils mit der CHP und der AP in der Regierung war.

Entpolitisierung der Wahlen

Die Kommunalwahlen haben folgende Ergebnisse erbracht: AnaP (41,5%), SODEP (22,93%), DYP (13,72%), HP (8,69%), MDP (7,07%), RP (4,73%), Unabhängige (1,36%).

Die bürgerliche Presse in der Türkei und außerhalb hat nicht gezögert, dieses Wahlergebnis als eine demokratische Legitimation für die AnaP und ihre Politik zu interpretieren. Dabei werden jedoch verschiedene wichtige Umstände außer acht gelassen:

1. Die Junta-Verfassung hat die Kommunalwahlen entpolitisiert, da die Bürgermeister nur noch Verwaltungsfunktionäre sind.

Die Stimme für einen AnaP-Bürgermeister drückt auch unter diesem Gesichtspunkt weniger eine Zustimmung zur Politik der Regierung Özal aus als vielmehr die Hoffnung, durch bessere parteipolitische Beziehungen zu den politischen Zentralen leichter Gelder für kommunale Belange lockermachen zu können.

2. Die „Oppositionsparteien“ – vor allem die SODEP – haben ihrem Charakter entsprechend und aufgrund von Drohungen, die teils durch Gewalttätigkeiten unterstrichen wurden, einen sehr „konstruktiven“ Wahlkampf geführt. Sie haben sich bewußt nicht als eine glaubhafte Alternative profiliert.

3. Die Bourgeoisie hat die DYP in Reserve gehalten, da ein Sieg der Opposition wahrscheinlich vorgezogene Neuwahlen mit einem schwer abzuschätzenden Risiko für die Stabilität des ihr ja insgesamt durchaus genehmen Regimes bedeutet hätte.

4. Die AnaP hat den Termin der Kommunalwahl bewußt so früh gelegt, daß die gesamten Folgen ihrer Politik noch nicht völlig enthüllt waren. Zudem hat sie demagogische Versprechungen gemacht, wie z.B. die an die Bewohner der Slumviertel der industriellen Zentren, sie könnten Eigentümer ihrer Gecekondus (illegal erbaute „Häuser“) werden. Solche Versprechen klingen aus dem Mund

einer Regierungspartei allemal interessanter als aus dem der Opposition.

5. Dennoch hat die AnaP gegenüber der Parlamentswahl 5% der Stimmen verloren. Und das, obwohl wahrscheinlich die 16%, die die MDP verloren hat, im wesentlichen ihr zugute gekommen sind. Sie hat demnach fast die Hälfte ihrer Wähler vom November 1983 verloren.

6. Die „offizielle“ Junta-Partei MDP ist fast auf das Niveau der zivil-faschistischen MHP zurückgefallen, die 1979 6,8% der Stimmen errungen hatte.

Ferner gilt es, die Tatsachen zu berücksichtigen, daß alle übrigen Parteien versucht haben, sich mehr oder weniger von der Junta abzusetzen und daß die programmatisch gegen den IMF-Kurs eintretenden Kräfte (SODEP, HP, RP, ein Teil der „Unabhängigen“) rund 38% der Stimmen erhalten haben. Schließlich gibt es in der Türkei und bei den Türken im Ausland noch ein beträchtliches Potential links von der Sozialdemokratie, das zur Zeit aus verschiedensten Gründen nicht an der Wahl teilnehmen durfte (Gefangene, Leute zwischen 18 und 21 Jahren, und solche, die das Wahrecht verloren haben) oder wollte.

Dies alles spricht dafür, daß angesichts der zu erwartenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation der eingeleitete Prozeß der „Demokratisierung“ eine Eigendynamik entfalten wird, die keineswegs beabsichtigt war. Diese Dynamik wird aufgrund der sozialen Gegebenheiten der Türkei den Rahmen der bürgerlichen Demokratie sprengen müssen, um nicht nach einer kurzen Übergangszeit abermals in den Faschismus zurückzufallen.

Kritisches Wörterbuch des Marxismus

herausgegeben von Georges Labica
unter Mitarbeit von Gérard Bensaïan
Herausgeber der dtscn. Fassung
Wolfgang Fritz Haug
Titel der Originalausgabe
Dictionnaire Critique du Marxisme
Presses Universitaires de France, Paris 1982
ISBN 3-98619-033-1

Im Oktober 1983 erschien der erste Band der deutschen Ausgabe des Kritischen Wörterbuchs des Marxismus. Das Gesamtwerk soll bis Ende 1985 geschlossen vorliegen. Es wird aus zwei Teilen bestehen:

1. Die deutsche Übersetzung des Dictionnaire critique du marxisme, das 1982 von Prof. Georges Labica (Universität Paris XI) unter Mitarbeit von Gérard Bensaïan im Verlag der Presses universitaires de France herausgegeben worden ist. Die Übersetzung beruht auf der in Vorbereitung befindlichen verbesserten und wesentlich erweiterten zweiten Auflage. Sie erscheint in 7 Bänden zu je ca. 200 Seiten bis Ende 1984. Über 60 marxistische Wissenschaftler Frankreichs, aus unterschiedlichen Generationen und von unterschiedlicher politischer Orientierung, bearbeiten über 400 Begriffe der marxistischen Theorie.
 2. Im Anschluß sollen 2 bis 3 Ergänzungsbände zur deutschen Ausgabe erscheinen. Die behandelten Stichwörter werden teils Lücken des französischen Werks ausfüllen, teils ergänzende Aspekte zu bereits behandelten Stichwörtern hinzufügen. Das Konzept der Ergänzungsbände ist noch in Entwicklung. Anregungen sind willkommen.
- Das Subskriptionsangebot gilt bis 30. September 1984. Die Subskription verpflichtet zur Abnahme des Gesamtwerks.
Ausgabe in frz. Broschur: Subskription 19,80 DM pro Band (später 24,-),
Leinwandausgabe: 29,80 DM (später 34,-).

Pressestimmen

- »Dieses Wörterbuch bereichert beträchtlich die verfügbaren Mittel einer seriösen Kenntnis des Marxismus.« Lucien Séve in »Le Monde«
- »... liest sich so spannend wie ein Geschichtsbuch.« Libération
- »Kurz, eine Summe, die man unbedingt in den Händen haben muß, wenn man die Welt des Marxismus verstehen will. Nicht nur ein Wörterbuch, sondern ein Ganzes, das es bis heute noch nicht gab.« La gazette
- »... ein unentbehrlicher Instrumentenkasten für die 80er Jahre« Frieder O. Wolf in »Moderne Zeiten«

Fordern Sie den ausführlichen Sonderprospekt zum Kritischen Wörterbuch des Marxismus an.

ARGUMENT-Verlag, Tegeler Str. 6, D-1000 Berlin 65, Tel. 030/4619061

**Gespräch mit Vertretern
der palästinensischen Linken**

Krise und Ausweg der PLO (Teil 1)

Im Vorfeld des 17. Palästinensischen Nationalrats (Exilparlament), der ursprünglich im April d.J. tagen sollte, fanden in Algier Dialogrunden zwischen den wichtigsten Kräften des palästinensischen Widerstands statt. In ihren Treffen vom April/Mai d.J. wurde das ernsthafte Bemühen beider Seiten sichtbar, die Einheit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) wiederherzustellen und sie aus der im Herbst 1983 eskalierten Krise herauszuführen. Die Verhandlungen zwischen Repräsentanten der stärksten PLO-Organisation Al-Fatah (Vorsitz Yassir Arafat) und den palästinensischen Linksorganisationen – der Demokratischen Front (DFLP, N. Hawatmeh), der Volksfront (PFLP, G. Habbash), der Palästinensischen Kommunistischen Partei (PCP, gegr. 1982, noch kein offizielles Mitglied der PLO) und der Palästinensischen Befreiungsfront (PLF, Abspaltung von A. Jibrils PFLP-Generalkommando) – zielen darauf, einen gemeinsamen Nenner für die beiderseits angestrebte Nationalratstagung zu finden.

Die Linke hatte sich Ende März d.J. in Aden auf eine einheitliche Grundposition geeinigt (siehe Aden-Kommuniqué). Darin wurde die Verteidigung der Einheit der PLO auf der Grundlage der Algier-Plattform vom Februar 1983 (siehe AIB 4/1983, S. 28ff.) und ein umfassender innerpalästinensischer Dialog gefordert. Zwar erhielt man die Kritik an Arafats Kairo-Besuch und dem Annäherungskurs der Fatah gegenüber Ägypten aufrecht, doch ließ man die ursprüngliche Vorbedingung von PFLP und DFLP, Arafat habe zunächst einmal zurückzutreten, fallen.

Bei einer ersten Begegnung Anfang April d.J. in Aden legten die beiden führenden Linksorganisationen und die Fatah zwei Arbeitspapiere als Diskussionsgrundlage vor. Das Fatah-Papier definierte die strittigen Beziehungen zu Ägypten derart, daß man sich auf der Basis des Fes-Planes (vom September 1982, siehe AIB 11-12/1982) Ägypten in dem Maße annähern solle, wie es sich vom Separatabkommen von Camp David (September 1982) wegbewege. Das Verhältnis zu Syrien müsse sich auf die Respektierung der unabhängigen palästinensischen Entscheidung, jenes zu Jordanien auf das gemeinsame Kommuniqué Arafats und Husseins vom März 1984 gründen. In diesem Dokument waren ausdrücklich der Fes-Plan und das Alleinvertretungsrecht der PLO als Verhandlungsgrundlage festgehalten worden. Das PFLP/DFLP-Papier hob das Erfordernis des kollektiven Handelns und Führungsstils hervor und suchte den Beziehungen zu Ägypten und Jordanien einen engeren Rahmen abzustechen.

In der ersten Dialogrunde von Algier vom 17.-22. April d.J. einigten sich beide Seiten, daß die Einheit der PLO aufgrund der Plattform des letztjährigen Nationalrats und ihrer völligen Entscheidungsfreiheit zu erfolgen habe. Weiter stimmte man überein, daß jene palästinensischen Kräfte, die den Bruderkrieg von Tripoli zu verantworten haben, nicht am 17. Nationalrat in Algier beteiligt sein sollten. Ungeklärt blieben zu Beginn der zweiten Dialogrunde am 10. Mai insbesondere das Verhältnis zu Ägypten und die Frage der kollektiven Führung bzw. der Reformen. Der Südjemen, Algerien und das sozialistische Lager (UdSSR, DDR, Bulgarien und Kuba) machen unterdessen ihren Einfluß auf die verschiedenen PLO-Strömungen und Syrien geltend, um den Annäherungsprozeß zwischen der Fatah, der palästinensischen Linken und dieser zu Syrien weiter voranzubringen.

Über Aspekte der PLO-Krise und ihrer Überwindung sprach in Damaskus für das AIB Ivesa Lübben-Pistofidis mit Führungsmitgliedern der palästinensischen Linksorganisationen. Wir bringen Auszüge dieses Gesprächs mit den Leitern der Informationsabteilungen der DFLP und PFLP, Jamil Helal und Bassam Abu Scharif sowie mit dem PCP-Zentralkomiteemitglied Salim Al-Majdalawi. Die Selbstdarstellung der Fatah-Position, deren 4. Kongreß unmittelbar bevorsteht, soll folgen.



Abzug der PLO-Truppen aus Beirut 1982

Zu den Ursachen der PLO-Krise

J. HELAL (DFLP): Es gibt vielerlei Gründe für die Spaltung und die Krise innerhalb der Fatah, die inzwischen auf die PLO als Ganzes übergegriffen hat. Zunächst einmal müssen wir uns den Charakter der PLO vor Augen führen. Die PLO ist eine breite nationale Front, die sich aus allen politischen und gesellschaftlichen Kräften zusammensetzt, die auch innerhalb der palästinensischen Gesellschaft existieren. Die PLO ist ein Bündnis, in dem Repräsentanten der Nationalbourgeoisie, der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums zusammenarbeiten.

Bislang wird die PLO von der Nationalbourgeoisie, repräsentiert durch Fatah, dominiert. Die Fatah hat immer alles versucht, damit keine Reformen innerhalb der PLO durchgesetzt werden, ihre Institutionen nicht demokratisiert wurden, da sie befürchtete, daß durch eine Demokratisierung ihre dominierende Stellung gefährdet werden würde. So hat die Fatah es immer abgelehnt in den verschiedenen Körperschaften und Institutionen der PLO eine proportionale Repräsentation aller politischer Kräfte einzuführen.

Der zweite Faktor, den wir in Erwägung ziehen müssen ist, daß nach dem Abzug des palästinensischen Widerstandes aus dem Libanon und insbesondere aus Beirut und dem Südlibanon (1982; d. Red.) die Möglichkeit der PLO, ihre Eigenstän-



Palästinensischer Bürgerkrieg von Tripoli 1983

digkeit zu wahren, beeinträchtigt war. Dadurch wurde es verschiedenen arabischen Staaten noch leichter möglich, Einfluß auf die Politik der PLO auszuüben.

Auch der dritte Faktor steht in Verbindung mit unserem Abzug aus Beirut. Denn nach dem Abzug kam die rechte Führung in der PLO zu dem Schluß, daß der Nahe Osten mehr oder weniger voll unter Kontrolle der USA geraten sei und daß deshalb jeder Versuch, irgendetwas für die Palästinenser zu erreichen, nur über die proamerikanischen Staaten, vor allem Saudi Arabien, Jordanien und Ägypten möglich sei. Ihre Theorie ist, daß diese proamerikanischen Staaten in der Palästinafrage Druck auf die USA ausüben könnten.

So kam es, daß sich die Widersprüche

innerhalb der Fatah und innerhalb der PLO bis zu einem solchen Grad zuspitzten, daß eine Rebellion (unter Abu Musa und Abu Saleh ab Mitte 1983; d. Red.) als Reaktion gerechtfertigt erschien.

Aber statt weiter für Reformen zu arbeiten und zwar unter Aufrechterhaltung der Einheit der PLO, griff die Opposition zu Staatsstreich-Methoden, besetzte Büros, wandte militärische Gewalt an, vertrieb die Kämpfer Arafats und zog ihre Einheiten im Nordlibanon zusammen, was schließlich zur Bombardierung der Lager um Tripoli führte. Wir waren gegen solche Methoden.

S. AL-MAJDALAWI (PCP): Nach dem Abzug aus Beirut und als Folge der israelischen und amerikanischen Aggression befand sich die PLO in einer sehr schwierigen Situation. Der Libanon war die

Lunge für die PLO. Es war natürlich, daß sich unter solch schwierigen Bedingungen die Divergenzen innerhalb der verschiedenen Abteilungen der palästinensischen Nationalbewegung verschärften. Versuchen wir die Dinge von einem Klassenstandpunkt aus zu analysieren: Man kann sagen, daß seit Anfang der 80er Jahre und besonders nach der amerikanischen-israelischen Aggression im Libanon bestimmte Teile der palästinensischen Bourgeoisie, die eine bestimmende Rolle in der Führung der PLO einnahmen, zu signalisieren begannen, daß sie nicht mehr in der Lage sind, den Kampf bis zu Ende zu führen. D.h. sie wären bereit, eine Lösung zu akzeptieren, die sich unterhalb der Forderung nach einem unabhängigen palästinensischen Staat in der Westbank und im Gazastreifen bewegt.

In dieser Situation war es den Repräsentanten der kleinbürgerlichen Schichten, die ebenfalls einen integralen Bestandteil der Fatah bilden, nicht länger möglich mit dieser Tendenz, die bestimmte Ermüdungserscheinungen aufweist, innerhalb einer solchen Frontorganisation zu koexistieren. In diesem Sinne stellte sich die Frage einer Spaltung.

Aber nach dem Abzug aus dem Libanon, nach dem Verlust dieser Basis, die der Libanon darstellte, nach dem Verlust dieses „Staates im Staate“ explodierten die Widersprüche.

B.A. SCHARIF (PFLP): Externe Faktoren kamen hinzu und trugen dazu bei,

V. r. n. l. PLO - Linke Habbash, Hawatmeh, Libvens Ghaddafi, Y. Arafat



Aden-Kommuniqué der palästinensischen Linken

In der Zeit vom 23. bis 26. März 1984 fand in Aden (Demokratische Volksrepublik Jemen) ein ausgedehntes Treffen statt, an dem Delegationen der Vereinigten Führung der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas (DFLP) und der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), der Palästinensischen Befreiungsfront (PLF) und der Palästinensischen Kommunistischen Partei (PCP) teilnahmen. Bei dieser Tagung waren auch eine Delegation der Jemenitischen Sozialistischen Partei (JSP) und Vertreter der Syrischen Kommunistischen Partei (SCP) und der Libanesischen Kommunistischen Partei (LCP) zugegen.

Auf dem Treffen wurden die gegenwärtige Situation innerhalb der PLO und die Gefahren, die ihr drohen, untersucht sowie die Möglichkeiten, die gegenwärtige Krise der palästinensischen Revolution so zu bewältigen, daß die Rolle und Einheit der palästinensischen Revolution und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) gewahrt bleiben und ihre Position als Avantgarde des Kampfes des palästinensischen Volkes und einzige legitime Vertreterin dieses Volkes und als eine fortgeschrittene Kraft innerhalb der nationalen arabischen Befreiungsbewegung gegen Imperialismus, Zionismus und ihre Marionetten gestärkt wird.

Abschließend erzielten die vier palästinensischen Organisationen völlige Übereinstimmung, einen umfassenden nationalen Dialog zwischen allen patriotischen palästinensischen Organisationen, Kräften und Persönlichkeiten zu initiieren, um die Krise auf folgende Grundlage zu lösen:

1) Sicherung der Einheit der PLO und ihrer Körperschaften auf der patriotischen, fortschrittlichen und antiimperialistischen, antizionistischen Basis, wie sie sich aus dem Festhalten an den von der 14. Sitzung des Palästinensischen Nationalrates (PNC) von 1979 und an den Beschlüssen der 16. Sitzung des PNC in Algier vom Februar 1983 ergibt.

2) Angehen gegen den Weg von Abweichung und Kapitulation in allen ihren Formen, insbesondere gegen den Besuch in Kairo und die darauf folgenden Schritte, unter Betonung der bestehenden Bindung an die Beschlüsse der PNC-Tagung in Algier, einschließlich der Ablehnung des Camp-David-Abkommens und des Reagan-Plans.

3) Entschlossenes Festhalten an der patriotischen Linie der PLO und ihren Beschlüssen, insbesondere denjenigen, die die Wiederherstellung von Beziehungen zum ägyptischen Regime ablehnen, bevor diese das Camp-David-Abkommen nicht aufkündigt und Vereitelung der fortgesetzten Versuche des jordanischen Regimes, das Recht der PLO, als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes aufzutreten, zu verletzen. Festigung der strategischen Bündnisbeziehungen mit den Kräften der nationalen arabischen Befreiungsbewegung, insbesondere mit Syrien und den nationalen libanesischen Kräften, den Kräften des Fortschritts und des Friedens in der Welt, angeführt von der Sowjetunion. Festhalten an den Grundsätzen zur Lösung der Palästinafrage, wie sie in den Beschlüssen der PNC-Tagung in Algier festgelegt sind.

4) Die Sicherung der Einheit der PLO erfordert die Einrichtung einer kollektiven Führung, die den Beschlüssen der PLO und ihrer



nationalen Linie verpflichtet ist, und in der alle patriotischen palästinensischen Organisationen und Kräfte vertreten sein werden.

5) Das Treffen begrüßt die (am 14.3.1984 in Damaskus veröffentlichte) sowjetisch-syrische Erklärung und insbesondere die Betonung, die diese Erklärung auf die Notwendigkeit legt, die Einheit der palästinensischen Widerstandsbewegung zu sichern, die Differenzen innerhalb der PLO schnellstens zu überwinden, die Einheit der PLO auf der Grundlage ihres fortschrittlichen, antiimperialistischen Weges zu festigen und die Beziehungen zwischen der PLO und Syrien zu verbessern und zu entwickeln.

Das Treffen hält diese Position für eine der wesentlichen Grundlagen für die Bemühungen um die Einheit der PLO und der palästinensischen Revolution.

6) Herstellung der breitestmöglichen nationalen Front innerhalb des Rahmens der PLO, um die Einheit der PLO zu sichern und ihre Institutionen und patriotische Linie zu bewahren, der Gefahr von Abweichung und Kapitulation entgegenzutreten und alle Versuche, die PLO zu spalten und zu zersplittern, zunichte zu machen.

Dieser Aufruf wendet sich an alle nationalen Organisationen, Vereinigungen und Persönlichkeiten. Er beinhaltet keineswegs die Gründung einer Alternative zur PLO oder die Einrichtung von Institutionen parallel zu denen der PLO.

Das Treffen billigte einen Aktionsplan für politische Schritte auf palästinensischer, arabischer und internationaler Ebene zur Umsetzung dieser Ziele.

Die vier an diesem Treffen beteiligten palästinensischen Organisationen betonten ihre hohe Wertschätzung der Führung der Jemenitischen Sozialistischen Partei unter der Leitung des Generalsekretärs des Zentralkomitees der JSP, Genosse Ali Nasser Mohammed, für die Beherbergung dieses Treffens und ihre konstruktive und positive Rolle, die zum Erfolg der Gespräche beigetragen hat. Die vier Organisationen sprechen auch den Vertretern der Syrischen Kommunistischen Partei, die durch die Mitwirkung dazu beigetragen haben, daß das Treffen zu den oben ausgeführten Ergebnissen gelangte, ihren Dank und ihre Wertschätzung aus.

27. März 1984

(Quelle: DFLP Bulletin. Special Issue, Nr. 34, 12. März 1984, S.1)

daß die Auseinandersetzungen ein solches Ausmaß annahmen und schließlich zu bewaffneten Zusammenstößen führten. Diese externen Faktoren sind die Einmischung verschiedener arabischer Regimes in die inneren Widersprüche: Libyen zum Beispiel, Syrien und Saudi Arabien, um ein drittes Beispiel zu nennen.

Jedes Regime hat seine eigenen Gründe für eine solche Einmischung: Die Libyer unterstützten die Gruppe um Abu Saleh, weil sie der Ansicht waren, daß die Konflikte durch den Kampf und durch Gewalt gelöst werden sollten. Zwischen Syrien und der offiziellen Fatah-Führung gab es politische Widersprüche. Die Syrer versuchten also ihre eigene politische Linie durch die Unterstützung der Gruppe um Abu Saleh durchzusetzen.



16. Nationalrat in Algier vom Februar 1983

Zur Rolle und Perspektive der Fatah-Rebellen

B.A. SCHARIF (PFLP): Für uns waren die Handlungen der Gruppe um Abu Saleh und ihrer Verbündeten ein Verbrechen an der PLO, ein Verbrechen an der Zukunft des palästinensischen Volkes, ein Verbrechen an der Sache der Palästinenser. Denn der Gebrauch von Waffen zur Lösung innerer Widersprüche ist destruktiv und eine Katastrophe für die PLO.

S. AL-MAJDALAWI (PCP): Es bleibt noch festzuhalten, daß auch die Dissidenten innerhalb der Fatah kein homogenes politisches Phänomen darstellen. Und unsere Partei wirft dieser Dissiden-

tenbewegung nicht nur die Methoden vor, die sie gewählt haben, um die politischen Widersprüche zu lösen, sondern ebenfalls ihre politischen Vorstellungen über die Lösung des Palästina-Problems, ihre negative Haltung gegenüber dem auf dem letzten palästinensischen Nationalrat in Algier im Februar 1983 beschlossenen Programm.

J. HELAL (DFLP): Wir haben heute eine Situation erreicht, wo es unmöglich ist, die Fatah wieder zu vereinigen. Jede der beiden Sektionen besteht darauf, daß sie die einzige Fatah ist und daß die andere Gruppe nicht existiert. Die Opposition behauptet das und Arafat meint sie ausschließen zu müssen, um mit dem Problem fertig zu werden.

Das, wozu wir aufgerufen haben, ist eine Art „demokratischer Scheidung“, die es

schläge und Projekte benötigt, um die Einheit wiederherzustellen, nicht aber Unternehmungen, die die Widersprüche nur noch verschärfen.

In diesem Sinne hat Arafat einen großen Fehler begangen. Arafat als Führer der PLO hätte nach den traurigen Ereignissen von Tripoli alles in seinen Möglichkeiten stehende tun müssen, um die Einheit der PLO wiederherzustellen und zu stärken und hätte nicht die Widersprüche innerhalb der PLO noch verschärfen dürfen.

Indem er nach Kairo ging, mißachtete Arafat alle Resolutionen, die demokratisch auf dem letzten Nationalrat in Algier beschlossen worden waren. Die Frage, ob Arafat weiter an der Spitze der PLO bleiben wird, ist eine Frage, die innerhalb der Institutionen der PLO geklärt werden muß.

Arafat wurde innerhalb der Institutionen der PLO gewählt, vom Palästinensischen Nationalrat. Und der Nationalrat muß demokratisch darüber entscheiden, ob Arafat in seiner Funktion bleibt oder nicht.

B.A. SCHARIF (PFLP): Die letzten Ereignisse nach Tripoli waren eine Katastrophe im politischen Sinne. Wir verurteilen Arafats Besuch in Kairo, da er eine klare Abweichung vom Programm der PLO darstellt. Nach unserer Einschätzung repräsentiert Arafat eine bestimmte Schicht der palästinensischen Bourgeoisie, nämlich den Teil der Bourgeoisie, der zu dem Versuch aufruft, eine Lösung auf dem von den Amerikanern vorgeschlagenen Weg zu erreichen, in Zusammenarbeit mit Jordanien und mit Ägypten.

Durch verschiedene Aktionen und Stellungnahmen dieser Schicht, die durch Arafat repräsentiert wird, wurde klar, daß sie die Entwicklung in die folgende Richtung treiben wollen: Dies ist unsere Linie und wir werden sie weiter verfol-



Eine Aussöhnung mit Fatah-Rebell Abu Musa scheint ausgeschlossen

gen. Diejenigen, die nicht mit dieser Linie einverstanden sind, können entweder innerhalb der PLO eine Oppositionsrolle spielen oder die PLO verlassen. Dies ist unsere PLO und dies ist unser Weg. Wir werden ihn fortsetzen. Das ist das, was im Moment vor sich geht.

Zum Erhalt der Einheit der PLO

J. HELAL (DFLP): Uns geht es darum, die PLO auf der Basis der Resolutionen des Palästinensischen Nationalrates von Algier im Februar letzten Jahres wieder zu einen.

Diese Resolutionen stellten einen gemeinsamen Nenner für alle Organisationen dar. Sie betonten die patriotische Linie der PLO. Sie betonten das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung und einen eigenen unabhängigen Staat. Sie betonten, daß die PLO der einzige legitime Vertreter des palästinensischen Volkes ist. Sie sagten „Nein“ zum Reagan-Plan, „Nein“ zu Camp David. Sie umrissen sehr sorgfältig die Beziehungen zu den verschiedenen arabischen Staaten, einschließlich Ägypten. Diese Resolution, die von Arafat verletzt wur-



beiden Fraktionen erlauben würde innerhalb des Rahmens der PLO weiter zu existieren. Wir werden unsere Anstrengungen in diese Richtung fortsetzen und hoffen, daß die nächsten Monate einige Ergebnisse bringen werden.

Zu Arafat und der Gefahr einer Spaltung der PLO

S. AL-MAJDALAWI (PCP): Unsere Partei hat vom ersten Moment an den Besuch Arafats in Kairo verurteilt.

Nach den Ereignissen von Tripoli, nach diesen Verlusten aufgrund des bewaffneten Konflikts zwischen verschiedenen Teilen der PLO hätte diese dringend Vor-



Rebell Abu Saleh (r.), hier mit Fatah-Führern Arafat und Abu Iyad (r.)

de, besagte, daß Beziehungen zu Ägypten dann entwickelt werden können, wenn sich Ägypten von den Camp-David-Abkommen entfernt und daß andererseits verstärkt Beziehungen zu den demokratischen und fortschrittlichen Kräften in Ägypten entwickelt werden sollen.

Was Jordanien betrifft, so wurde beschlossen, daß es keine Übertragung des Mandats und keine Teilung der Repräsentation gibt, und daß keine jordanische Delegation das Recht hat, im Namen der Palästinenser zu sprechen. Die Palästinenser haben die PLO, die die breiteste Unterstützung innerhalb der palästinensischen Massen genießt, und die PLO ist in der Lage die Interessen der Palästinenser zu repräsentieren. Wir brauchen keinen arabischen Staat, der uns repräsentiert.

Gleichzeitig akzeptierte der Nationalrat die Fes-Resolution. Er akzeptierte die sowjetische Initiative, d.h. den Vorschlag Breschnews (vom September 1982, siehe AIB 11-12/1982; d. Red.) und die Prager Resolutionen und rief zu einer internationalen Konferenz über die Situation im Nahen Osten auf, an der die PLO als gleichberechtigter Partner teilnehmen sollte. Es gab keinen Dissens über diese Fragen, keiner lehnte diese Beschlüsse ab.

Wir sind bereit, in den Gesprächen mit der Fatah eine gemeinsame Plattform zu entwickeln und organisatorische Maßnahmen einzuleiten, die eine kollektive Führung garantieren.

Ich denke, daß es dadurch auch den an-

deren Organisationen möglich sein wird, in der PLO zu verbleiben. Andere Organisationen, wie die PCP und der PLF (der Hauptflügel unter Talaat Yaquub), unterstützen unsere Initiative.

Auf die anderen Organisationen und auf Arafat werden wir hinsichtlich unseres Verbleibs in der PLO Druck ausüben müssen. Dann wird die Sitzung des Palästinensischen Nationalrates stattfinden können, bei der entsprechende politische und organisatorische Beschlüsse gefaßt und Maßnahmen gegen diejenigen eingeleitet werden können, die die Resolutionen des Palästinensischen Nationalrates verletzt haben.

B.A. SCHARIF (PFLP): Unsere Linie ist die folgende: Die PLO ist für alle Palästinenser da. Die PLO ist der Dachverband, der alle palästinensischen Organisationen umfaßt. Und die PLO ist die legitime Vertreterin des ganzen palästinensischen Volkes. Aus diesem Grunde werden wir die PLO nicht Arafat und seiner Linie überlassen.

Wir werden innerhalb der PLO weiterkämpfen, um den Weg zu korrigieren und eine neue Führung zu wählen, die Gewähr dafür bietet, daß die PLO der patriotischen politischen Linie in Zukunft verpflichtet bleiben und diese Linie verteidigen wird. Wir meinen, daß die Einheit der PLO nicht mehr durch Yassir Arafat als Vorsitzendem erreicht werden kann.

Nicht wir begannen die Spaltung. Wir werden sie bekämpfen und die PLO mit einer neuen Führung auf ihre patriotischen Grundlagen zurückbringen.

S. AL-MAJDALAWI (PCP): Wir als Kommunistische Partei versuchen alles uns mögliche zu unternehmen, um die Einheit der PLO zu wahren. Im Moment ist das das Hauptproblem.

Nach Jahrzehnten harten Kampfes hat unser Volk noch immer keinen materiellen Gewinn erzielt. Unsere einzige Errungenschaft in all den Jahren war die Gründung der PLO und die Stärkung ihrer Rolle. Die PLO wird heute auf arabischer und auf internationaler Ebene als einzig legitimer Vertreter des palästinensischen Volkes anerkannt.

In der PLO kristallisiert sich die unabhängige nationale Identität des palästinensischen Volkes. In ihr kristallisiert sich die Hoffnung unseres Volkes sowie auch aller anderen Völker in einem unabhängigen Staat zu leben. Um diese einzige Errungenschaft zu behalten, werden wir alles tun, um eine Spaltung zu verhindern.

Im Kampf gegen die rechte politische Linie und für den Erhalt der Einheit der PLO arbeiten wir eng mit unseren Genossen der Volksfront und der Demokratischen Front und mit allen patriotischen Kräften und Persönlichkeiten innerhalb und außerhalb der besetzten Gebiete zusammen. Wir halten auch den Kontakt mit dem Fatah-Zentralkomitee aufrecht, um einen nationalen Konsens herzustellen und die Einheit der PLO zu bewahren.

Denn wenn die PLO ihre Einheit verliert, so wird die palästinensische Nationalbewegung eine sehr kritische Zeit durchmachen. *Wird fortgesetzt*

horizont

Sozialistische Monatszeitung
der DDR für internationale
Politik und Wirtschaft

weltweit informativ konkret lebendig

Kupon

Ich möchte „horizont“ zum Jahresabonnement von 15,60 DM zzgl. Portogebühren von 2,40 DM beziehen.

Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplares.

Name, Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Wohnort _____



„horizont“ vermittelt Ihnen Interessantes und Wissenswertes aus allen Kontinenten

Journalisten aus der DDR und anderen Ländern informieren Sie in Tatsachenberichten, Reportagen und Dokumentationen zu Fragen der internationalen Politik und Weltwirtschaft.

Übersichten, Grafiken, Karten, Schaubilder und Diagramme ergänzen Ihre Nachschlagwerke.

Direktversand ab Berliner Verlag

Senden Sie den Kupon als Bestellung an
Gebr. Petermann
Buch + Zeitung international
Kurfürstenstraße 111
1000 Berlin 30
Ein Probeexemplar kann vom Verlag direkt angefordert werden.
Berliner Verlag
DDR - 1026 Berlin
Karl-Liebknecht-Straße 29

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde von mir geworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:

Licht ins Dunkel



Für 5,50 DM im Monat können Sie eine 100 Watt Birne 15 Tage lang brennen lassen. Licht ins Dunkel dieser Welt bringen Sie damit nicht. Für 5,50 DM im Monat sorgt die neue **Volkszeitung/die tat** dagegen für dauerhafte Aufhellung. Jede Woche Informationen und Hintergründe aus **Politik und Wirtschaft**, daß Ihnen ein Licht aufgeht, über den Tag hinaus. In der **Volkszeitung/die tat** kommen die zu Wort, die zur „Wende nach Rückwärts“ eine **demokratische Alternative** bieten. Zum Leben und Überleben braucht der Mensch **Kultur und Frieden**. Damit uns nicht eines Tages schwarz wird vor Augen:

Volkszeitung
die tat

weil zum Überleben mehr Nachdenken gehört.

Probeabo-Scheck

Bitte deutlich ausfüllen:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Beruf (wegen unseres Sonderpreisangebots für Studierende, Auszubildende, Arbeitslose, Soldaten, ZDL)

Thematisch interessiert mich besonders:

Ja, Ich möchte die **aktuelle Volkszeitung/die tat** kostenlos und unverbindlich kennenlernen. Drei Wochen lang.



Nicht jeden Tag lohnt die Zeitungslektüre. Aber einmal in der Woche sollten Sie sich die Zeit dafür nehmen. **Freitagserscheint die Volkszeitung/die tat.** Eine Fundgrube für Menschen, die Argumente brauchen. Die Wochenzeitung für die arbeitende Intelligenz und den intelligenten Arbeiter. Informationen über den Tag hinaus für Friedensbewegte, aktive Gewerkschafter, Frauen, die nicht länger stillhalten, Antifaschisten. Die Wochenzeitung für Leute, die wissen wollen, was die Rechte tut.

Volkszeitung/die tat, für jeden, der es wissen will.

- **Tabulose Diskussionen** zur 35-Stunden-Woche, Computertechnik, Strategie der Friedensbewegung
- **Streitbare Meinungen** über US-Kriegsstrategie, Abrüstungsverhandlungen, realen Sozialismus
- **Hautnahe Reportagen** über schweigende Mehrheiten und zum Schweigen verurteilte Minderheiten. Im Inland und im Ausland.
- **Unbequeme Wahrheiten** über unser Land, seine Politik und Politiker, über Freund und Feind. Über alte und neue Nazis.
- **Umfassende Informationen** über Kultur und Medien, über die Frauenbewegung

Jede Woche

Volkszeitung/die tat. Da ist der Verstand Vater des Gedankens.

Zu Wort kommen unter anderen:

Prof. Abendroth und Prof. Huffs Schmidt, Ingeborg Drewitz und Christoph Hein, F.J. Degenhardt und Alfred Hrdlicka, Jo Leinen und Otto Schily, Prof. Hickel und Christian Götz, Carl Amery und Erwin Ferlemann.

Jede Woche neu: Argumente und Meinungen von Persönlichkeiten der demokratischen Bewegung.

Volkszeitung/die tat, Wochenzeitung für Demokratie und Frieden



Werbeantwort

An den Leserservice
Volkszeitung/die tat
Röderberg-Verlag
Postfach 4129
6000 Frankfurt 1

Bitte liefern Sie mir die „Deutsche Volkszeitung/die tat“ ab _____

Ich wünsche folgende Form des Abonnements (bitte ankreuzen):

Zahlungsweise	normale Abonnementpreise	Sonderpreise für Schüler, Studenten, Soldaten etc.
---------------	-----------------------------	---

1/4jährlich DM 16,50 DM 13,50

1/2jährlich DM 33,-- DM 27,--

jährlich DM 66,-- DM 54,--

Mehrkosten für die Lieferung bei Streifband DM 4,50 pro Quartal – Auslandslieferung nur per Streifband möglich. Zahlung nach Rechnungserhalt, bzw. Abbuchung

Name, Vorname

Straße, Nr.

Postleitzahl, Ort

Beruf, ggf. Studienfach

Kündigungen müssen 6 Wochen vor Quartalsende beim Verlag sein.

Datum

Unterschrift

Vertrauensgarantie

Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb einer Woche nach Absendung gegenüber dem Röderberg-Verlag GmbH, Schumannstr. 56, 6000 Frankfurt, in schriftlicher Form zu widerrufen.

Datum

26

Rechtsverbindliche Unterschrift

Für's AIB werben lohnt sich!

Warum Bücher kaufen, wenn sie als Geschenk ins Haus kommen?
Für AIB-Abonnenten halten wir jeweils aktuelle Buchtitel als Geschenk bereit. Bücher, die für Dritte-Welt-Interessierte unentbehrlich sind. Unser Angebot wird alle zwei bis drei Monate aktualisiert.

Jeder AIB-Leser kann in den Genuß unseres Buchgeschenks kommen, wenn er

- das AIB bereits selbst abonniert hat,
- einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, und
- der neue Abonnent das Jahresabo bezahlt bzw. uns auf der Bestellkarte (siehe Heftmitte) eine Abbuchungsvollmacht erteilt hat.



K. D. Bredthauer (Hg.)
Sage niemand, er habe
es nicht wissen können
208 S., Pahl Rugenstein



Elisabeth Burgos
Rigoberta Menchú
Leben in Guatemala
256 S., Lamuv 1983

Weitere Buchprämien sind aus unserem Gesamtverzeichnis zu entnehmen. Gesamtverzeichnis anfordern bei:
AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1

Achtung:
Bestellkarte in der
Heftmitte benutzen!

Unser aktuelles Buchgeschenk

Nico Biver

Von der Verminung zur Invasion?

„Wollen wir in dieser Hemisphäre die Freiheit unterstützen oder nicht? Werden wir der Ausbreitung des Kommunismus vorbeugen oder nicht? Werden wir handeln, solange noch Zeit bleibt?“¹

Diese rethorischen Fragen, die Ronald Reagan am 9. Mai d.J. in einer Fernsehrede zu Mittelamerika stellte, beantwortete das Repräsentantenhaus bereits am darauffolgenden Tag im Sinne des US-Präsidenten. Mit 212:208 Stimmen bewilligte es 375 Mio Dollar Militärhilfe für Mittelamerika.

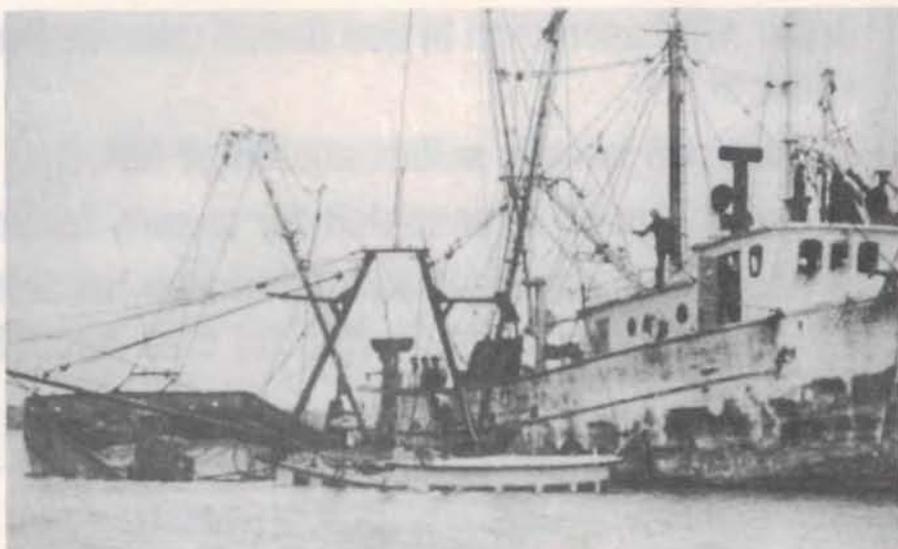
Dabei hatte der US-Präsident nach seinem üblichen Schema die Krise in Mittelamerika als großangelegten Versuch der Sowjetunion und Kubas hingestellt, auf dem amerikanischen Kontinent Fuß zu fassen.

Von Mittelamerika aus würde sich dann „die kommunistische Subversion ... nach Süden und Norden hin ausbreiten“.² Die sandinistische Staatsmacht bezeichnete er als „kommunistisches Terrorregime“, die konterrevolutionären Banden als „Freiheitskämpfer“.

Die „sowjetische Gefahr“

Die Beschwörung der „sowjetischen Gefahr“ und der „Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA“ hatte vor allem zum Ziel, die Unterstützung der Öffentlichkeit für seine kriegerische Politik zu gewinnen. Den Abgeordneten, die gegen seine Politik stimmen, soll das Odium der Nachgiebigkeit gegenüber der Sowjetunion angehängt werden, wenn sie Der Großteil der Gelder, denen der Senat bereits zugestimmt hat, sollen dieses und nächstes Jahr nach El Salvador fließen. Über weitere 21 Mio Dollar für die nikaraguanischen „Contras“ haben die Abgeordneten noch nicht entschieden. Im Falle ihres Neins aber kann Reagan ohnehin auf seinen präsidentialen Sonderfonds zurückgreifen.

Dieser neuerliche Schritt auf dem mittelamerikanischen Kriegspfad erfolgte vor allem unter dem Eindruck der Wahlen in El Salvador, wo der Christdemokrat Napoleon Duarte zum Präsidenten El Salvadors avancierte, und der Ansprache Reagans.



Wrack eines nikaraguanischen Fischerboots, das vor Corinto auf eine Mine lief

sich am 6. November d.J. zur Wiederwahl stellen.

Noch sind die Würfel für den Einsatz von US-Kampftruppen in El Salvador und Nicaragua nicht gefallen. Der Beschluß des Repräsentantenhauses sanktioniert aber Kriegsvorbereitungen gegen Nicaragua und das in den letzten Monaten deutlich gewordene direkte militärische Vorgehen der USA gegen Nicaragua.

Der „verdeckte Krieg“ gegen Nicaragua ist längst zu einem offenen Krieg geworden, auch wenn er sich noch immer unterhalb der Schwelle einer US-Invasion bewegt.

Anfang April d.J. war bekannt geworden, daß nicht die „Contras“, sondern der CIA vier Häfen Nikaraguas vermint hatte.

Von einem US-Kriegsschiff aus, das außerhalb der 12-Meilen-Zone blieb, hatten Schnellboote ca. 600 Minen plaziert. Insgesamt 11 Schiffe wurden dadurch beschädigt oder versenkt. Die Verminung der Häfen war im Februar dieses Jahres in der Planungsgruppe des Nationalen Sicherheitsrates der USA besprochen und noch im selben Monat begonnen worden, nachdem Reagan persönlich grünes Licht gegeben hatte.

Ziel der Aktion war es vor allem, den Außenhandel Nikaraguas zu behindern und die wirtschaftliche Lage Nikaraguas

zu verschlechtern. Diesem Ziel dienten bereits die Angriffe auf die Häfen Puerto Sandino und Corinto am 8.9. und 10.10.1983, die nicht wie ursprünglich angenommen von „Contras“, sondern von Kommandos des CIA durchgeführt wurden. Gleiches gilt auch für zwei Luftangriffe am 2. Februar 1984 und andere Angriffe von See her oder aus der Luft.³ Die direkte Beteiligung der USA am Krieg gegen Nicaragua löste nicht nur in der ganzen Welt, sondern auch in den USA selbst Proteste aus. Sowohl der Senat als auch das Repräsentantenhaus sprachen sich mit großen Mehrheiten gegen die Verminung aus. Erbst war man dort vor allem, weil CIA-Chef William Casey die Parlamentarier nicht über diese „Kriegshandlung“ – wie es der Vorsitzende des Geheimdienstausschusses des Senats, Barry Goldwater, nannte – informiert hatte.

Klage in Den Haag

Die internationale Reaktion war einhellig, wenn auch nicht besonders energiegelich. Die Beurteilungen reichten von „klarer Verstoß gegen das Völkerrecht“⁴ (Bürotagung der Sozialistischen Internationale) bis hin zu: „Das ist sehr gefährlich für den internationalen Schiffsverkehr“⁵ (Margaret Thatcher).

Auch die Bundesregierung beließ es dabei, die Gefährdung der freien Schifffahrt zu beklagen.

Frankreich bot sich gar an, bei der Räumung der Minen behilflich zu sein, falls andere westeuropäische Staaten ebenfalls mithelfen. Angesichts der Kritik der Reagan-Administration an dem Angebot Frankreichs blieb es jedoch bei den verbalen Protesten der Westeuropäer.

Zu einer Reaktion sah sich das Weiße Haus erst gezwungen, als am 8. April d.J. enthüllt wurde, daß erstmals Pläne ausgearbeitet wurden, die die Entsendung von Truppen nach Mittelamerika vorsehen, und als am Tag darauf Nicaragua die Angelegenheit vor den Internationalen Gerichtshof brachte.

Ohne auf die Verminung der nikaraguanischen Häfen einzugehen, erklärte das Weiße Haus am 10. April, daß keine Invasionspläne bestünden. Es würden lediglich „Verpflichtungen gemäß dem Vertrag von Rio aus dem Jahr 1947“, Vertragsverpflichtungen zur Verteidigung des Panamakanals und Notstandspläne für eine Katastrophenhilfe, für humanitäre Unterstützung oder Notevakuierungen bestehen.⁶ Eine nicht gerade überzeugende Rechtfertigung, kann doch jeder dieser Pläne und Verträge für einen Truppeneinsatz in Mittelamerika genutzt werden.

Zur Klage Nicaraguas vor dem internationalen Gerichtshof in Den Haag heißt es in der Erklärung: „Jetzt wird in zynischer Weise versucht, Verhandlungen dadurch auszuweichen, daß der Internationale Gerichtshof angerufen wird. Eine Regierung, die sich geradezu fanatisch der Intervention über die eigenen Grenzen hinaus verschrieben hat, sucht eine ehrenhafte internationale Institution zu benutzen, um sich vor den eigenen Bürgern zu schützen, die sich gegen diese Regierung wenden.“⁷

Aus diesem Grunde erklärt die US-Regierung, daß sie für 2 Jahre keine Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs zu Mittelamerika akzeptieren wird. Damit verstieß sie jedoch gegen ihre eigenen Verpflichtungen, denn bei der Gründung des Gerichtshofs im Jahr 1946 hatte sie erklärt, daß sie seine Kompetenz anerkenne außer bei Fällen, bei denen sie es 6 Monate vorher ankündige.

Obwohl offiziell nicht zugegeben wurde, daß die USA für die Verminung verantwortlich sind, bemühten sich einige Mitglieder der Reagan-Administration, sie zu rechtfertigen.

Die UN-Botschafterin Jeane Kirkpatrick erklärte, daß „das legalistische Herangehen an internationale Angelegenheiten“ unangebracht sei, um mit der Realität der kommunistischen Aggression und Subversion umzugehen.⁸ Langhorne A. Motley, Staatssekretär für Lateinameri-

ka, bezeichnete die Verminung der Häfen als „eine legitime Form der Selbstverteidigung“.⁹

Daß der Internationale Gerichtshof dieser Argumentation nicht folgen würde, war abzusehen. In einer Art „einstweiliger Verfügung“ forderte er am 10. Mai d.J. die USA auf, die Verminung einzustellen. Gegen die Stimme des US-Richters erklärte der Gerichtshof, daß „das Recht auf Souveränität Nicaraguas vollständig respektiert“ werden müsse.¹⁰ Er wandte sich gegen die paramilitärischen Aktivitäten und gegen die Drohung und Anwendung von Gewalt gegen Nicaragua.

Obwohl die US-Regierung erklärte, diese Verfügung stimme vollständig mit ihrer Politik überein, gehen die Kriegsvorbereitungen weiter.

In Honduras wurde am 1. April die Manöverserie fortgesetzt, die mindestens bis 1988 andauern soll. Die „Granadero I“-Übungen, an denen auch honduranische und salvadorianische Militärs beteiligt sind, dienen dem weiteren Ausbau der militärischen Infrastruktur der US-Armee. Zwei Flugpisten sollen an der Grenze zu El Salvador angelegt werden.

Invasionsübungen zuhaufl

„Nach Angaben von Militärspezialisten und Mitgliedern des Kongresses“, so die New York Times vom 23.4.1984, „ist das Pentagon heute in der Lage, in Mittelamerika Kampfaufgaben zu übernehmen, wenn Präsident Reagan es befiehlt.“

In einem 20seitigen Dokument erklärt der Staatssekretär für Verteidigung, William Taft, daß einige der militärischen Einrichtungen in Honduras zur Unterstützung von US-Truppen dienen würden, die im Falle der Anwendung des

Vertrages von Rio in die Region geschickt würden.¹¹

Daß Invasionspläne entgegen den Behauptungen des Weißen Hauses bestehen, haben ebenfalls die Manöver „Ocean Venture 84“ in der Karibik bewiesen, die nach 17 Tagen Anfang Mai d.J. zu Ende gingen. 32.000 Soldaten, 30 Schiffe und 250 Flugzeuge probten dabei eine Invasion in Mittelamerika.

Effektivierung der „Contras“

Doch bevor es zum Eingreifen der USA kommt, versuchen die „Contras“ unter mehr oder minder offener Beteiligung der USA Nicaragua sturmreif zu schießen. Im März d.J. begann ihre bisher umfangreichste Offensive, an der sich 8.000 Mann beteiligten, von denen 5.000 sich ständig in Nicaragua befinden.

Seit Beginn der Überfälle hat dies auf nikaraguanischer Seite zu 1.400 Toten, 3.000 Entführten und Verwundeten, 113.000 Vertriebenen und wirtschaftlichen Schäden in Höhe von 200 Mio Dollar geführt.¹²

Eine neue Qualität erreichten diese Angriffe vor allem dadurch, daß die Angriffe der von Honduras aus operierenden nikaraguanischen Demokratischen Kraft (FDN) und der Revolutionären Demokratischen Allianz (ARDE), die von Kostarika aus vorgeht, koordiniert erfolgten.

Der Grund dafür ist der, daß – so berichten am 22. April d.J. die New York Times und die Fernsehgesellschaft ABC – die ARDE sich mittlerweile ebenfalls vollständig unter Kontrolle des CIA befindet. Von El Salvador aus werden sie mit DC-3-Flugzeugen mit Waffen und Lebensmitteln versorgt.

Eines dieser Flugzeuge, das in den USA



Aus: Stern

zugelassen war, stürzte am 24. März d.J. über Kostarika ab. Darüber hinaus diktiert der CIA der ARDE, welche Ziele sie angreifen soll. Die kurzfristige Besetzung des Fischerdorfs San Juan del Norte war u.a. eine Bedingung, die der CIA an seine weitere Unterstützung knüpfte.

Eine größere Effektivität haben die „Contras“ auch dadurch erreicht, daß US-Flugzeuge täglich Aufklärungsflüge über Nikaragua durchführen.¹³ Die Erkenntnisse die durch diese Flüge, die von der Basis Palmerola in Honduras oder vom Howard-Stützpunkt in Panama aus erfolgen, gewonnen werden, werden an die „Contras“ weitergeleitet.

Bewaffnet werden sie jedoch nicht nur durch die USA, sondern auf deren Bitten auch von Israel. 25% der Bestände der FDN sind mittlerweile mit AK-47-Gewehren ausgerüstet, die Israel 1982 bei seinem Libanon-Feldzug erbeutet hatte.

Anstachelung Kostarikas...

Parallel zur Verstärkung der Überfälle der „Contras“ ist es Washington gelungen, die Spannungen zwischen Nikaragua und seinen Nachbarstaaten Honduras und Kostarika zu erhöhen.

An der kostarikanischen Grenze wurden mehrere Grenzzwischenfälle von „Contras“ oder Grenztruppen dieses Landes provoziert oder frei erfunden. Die Regierung in San José wurde anschließend von der Reagan-Administration gedrängt, energisch dagegen zu protestieren.¹⁴

Nach Informationen aus Regierungskreisen in Kostarika versuchen die USA die Gegner einer Neutralitätspolitik zu stärken und zu erreichen, daß Kostarika offen die US-Politik gegen Nikaragua unterstützt. Um dies zu erreichen, wurde Kostarika nicht nur mit Entzug der Wirtschaftshilfe gedroht (211,0 Mio Dollar im Jahr 1983). Nach den Protesten der kostarikanischen Regierung erklärte US-Botschafter Curtis Winsor, daß die USA stolz wären, „Kostarika zu helfen sich zu verteidigen“.¹⁵

General John Wesley, Vorsitzender des Vereinigten Oberkommandos der US-Streitkräfte, gab gar bekannt, daß Kostarika sein Interesse bekundet habe, mit den USA im Sommer d.J. gemeinsame Manöver abzuhalten, was jedoch in San José dementiert wurde.

Eine ähnliche Verschärfung der Lage hat auch an der nördlichen Grenze stattgefunden. Am 8. Mai d.J. hatten nikaraguanische Truppen einen honduranischen Hubschrauber abgeschossen, der tief auf nikaraguanisches Gebiet vorgedrungen war. Acht Personen fanden dabei den Tod.

Die honduranische Regierung nutzte den Zwischenfall, um seinen Botschafter aus

Managua abzuziehen und den nikaraguanischen Botschafter des Landes zu verweisen. Der neue Machthaber in Honduras, General Walter Lopez, der den am 31.3.1984 abgesetzten Oberkommandierenden der Streitkräfte, Alvarez Martinez, ablöste, hat damit klargemacht, daß sich an der Unterordnung unter die US-Politik nichts geändert hat (siehe Artikel zu Honduras in diesem Heft).

Die Zuspitzung auf militärischem Gebiet widerspiegelt sich ebenfalls auf der diplomatischen Ebene. Die Verhandlungsbemühungen der Contadora-Grup-



Milizionäre belegen Positionen der „Contras“ im Norden Nikaraguas mit Mörserfeuer

pe scheinen endgültig in der Sackgasse angelangt zu sein.

Eine Tagung, die die Außenminister der Contadora-Gruppe (Mexiko, Kolumbien, Panama, Venezuela) zusammen mit ihren Amtskollegen aus Kostarika, Nikaragua, Honduras, El Salvador und Guatemala am 30. April d.J. in Panama durchführten, blieb ohne Ergebnisse.

Am 10. September 1983 hatten alle Beteiligten einem 21-Punkte-Friedensplan zugestimmt, der u.a. vorsieht, alle ausländischen Militärberater und Armeeeinheiten aus der Region abzuziehen, die Waffenlieferungen dorthin einzustellen und keine oppositionellen Gruppen in anderen Ländern der Region zu unterstützen.

Auf der Tagung in Panama ging es jetzt um die Umsetzung dieser Absichtserklärung. Dies hätte aber für die USA zur Folge, daß sie ihre Unterstützung für das Regime El Salvadors und die „Contras“ einstellen und ihre Truppen aus Honduras abziehen müßten.

Aus diesem Grunde hatten Honduras, Kostarika und El Salvador in der Woche vor dem Treffen ein Papier veröffentlicht, in dem Nikaragua aufgefordert

wurde, der Aufrüstung durch Kuba und die Sowjetunion ein Ende zu bereiten und die konterrevolutionären Gruppen an den Wahlen teilnehmen zu lassen.

Letztere Forderung erheben die „Contras“ selbst im Einklang mit den USA, der inneren Opposition und der Kirchenhierarchie in Nikaragua.

Die einseitige Forderung an Nikaragua abzurüsten, wies der nikaraguanische Außenminister d'Escoto mit der Bemerkung zurück, daß sie von Ländern ausgehen würde, die von der Supermacht vorgeschickt worden seien, die einen Krieg gegen Nikaragua „vom Zaun gebrochen“ habe.¹⁶

Da die USA aus den erwähnten Gründen einer Verwirklichung der Vorschläge der Contadora-Gruppe nicht zustimmen können, versuchen sie, ihre Umsetzung zu verhindern oder sie einseitig gegen Nikaragua auszulegen. Die Erklärung des Weißen Hauses vom 10. April d.J., in der die Unterstützung der USA für den Contadora-Prozeß bekundet wird, stellt klar, was darunter zu verstehen ist: „Wir verpflichten den 21 Zielen der Contadora-Gruppe bei, mit denen die Forderung erhoben wird, daß Nikaragua den Export von Subversion einstellt, die Größe seines Militärapparates vermindert ... und für den Abzug des Militärpersonals des Sowjetblocks und Kubas sorgt.“¹⁷

Insgesamt deutet also alles darauf hin, daß die Reagan-Administration sich weder durch internationale Proteste noch durch Gerichtsurteile dabei beirren läßt, die Revolution in Nikaragua mit militärischen Mitteln rückgängig zu machen.

Der Krieg hat längst begonnen. Günstige Bedingungen für die Invasion versuchen die USA zu schaffen. Bleibt die Frage, ob die Reagan-Administration sich der nationalen und internationalen Konsequenzen bewußt ist, die eine Invasion zur Folge hätte.

Anmerkungen:

- 1) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.5.1984
- 2) Die Tageszeitung, Berlin-West, 11.5.1984
- 3) Siehe: International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 4.5.1984
- 4) Süddeutsche Zeitung, München, 27.4.1984
- 5) Le Monde, Paris, 12.4.1984
- 6) Amerikadienst. Dokumentation, Bonn, 18.4.1984
- 7) Ebenda
- 8) IHT, 14./15.4.1984
- 9) IHT, 9.5.1984
- 10) El Pais, Madrid, 11.5.1984
- 11) Siehe: ebenda, 13.5.1984
- 12) Angaben nach: Agencia Nueva Nicaragua, Managua, 16.4.1984
- 13) Siehe: IHT, 28./29.4.1984
- 14) Vgl.: IHT, 11.5.1984
- 15) Newsweek, New York, 14.5.1984
- 16) Frankfurter Rundschau, 2.5.1984
- 17) Amerikadienst, a.a.O.

Jacobo Paz

Machtwechsel auf US-Geheiß



Vlnr. Alvarez (gefeuert), Negroponte (Drahtzieher), Suazo Cordova (Aushängeschild)

Die Entfernung des Divisionsgenerals Gustavo Alvarez Martínez aus seinem Amt als Chef der honduranischen Streitkräfte am 31. März d.J. wurde von vielen als Erstarken der zivilen Kräfte und der Demokratie in diesem Land interpretiert.

Andere werteten sie als ein positives Ereignis, das den Weg zu Friedensverhandlungen mit Nicaragua eröffnet. Diesen Einschätzungen widersprechen jedoch einige Umstände unter denen der Machtwechsel stattfand.

Freiwilliger Verzicht Alvarez'?

Der angeblich freiwillige „Verzicht“¹ auf das Amt fand zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt statt.

Einen Tag vorher hatte der neue US-Sonderbotschafter für Mittelamerika, Harry W. Shlaudeman, das Land verlassen.² Einen Tag später begannen die gemeinsamen US-amerikanisch-honduranischen Militärmanöver „Grenadero I“.

Der Beschluß wurde vom Oberkommando der Streitkräfte bekanntgegeben und nicht vom Präsidenten der Republik oder vom Nationalkongreß, denen es

laut Verfassung obliegt, den Chef der Streitkräfte zu benennen oder des Amtes zu entheben.

Von den frühen Morgenstunden des 31. März 1984 an waren auf Befehl der Leitung der Streitkräfte alle 157 Radiosender gleichgeschaltet worden. Nachdem vier Stunden lang Marschmusik gesendet worden war, wurde der Rücktritt von Alvarez Martínez vom Luftstützpunkt Hernán Acosta Mejía aus bekanntgegeben. Der Präsident der Republik, Suazo Cordova, konnte sich erst am Abend desselben Tages an die Öffentlichkeit wenden.

Während der Bekanntmachung der Nachricht wurde die Hauptstadt Tegucigalpa von drei Flugzeugen des Typs Super Mystère überflogen, die vom Luftstützpunkt Palmerola aus gestartet waren.

Der US-Botschafter John D. Negroponte erklärte am selben Tag, daß die neue Situation in keiner Weise die Durchführung der Militärmanöver beeinträchtigen würde.³ Gleichzeitig mit Alvarez Martínez wurden drei der fünf Brigadegeneräle des Landes abgesetzt: José Abdenego Bueso Rosa (Chef des Oberkommandos des Heeres), Daniel Balí Castillo

(Chef der Sicherheitskräfte FUSEP) und Rubén Humberto Montoya (Befehlshaber der Marine). Später wurde General Antonio Rosales Abella (Generalinspekteur der Streitkräfte) seines Amtes enthoben.

Die Veränderung in der Leitung der Streitkräfte entspricht Interessen, die über denen einer vermeintlichen „zivilen Macht“ stehen, welche als solche praktisch nicht existiert.

Sie zeigt den Verbündeten des Imperialismus die Unsicherheit ihres Schicksals, das von den Bestrebungen der USA abhängig ist.

In der US-Botschaft in Tegucigalpa arbeiten unter Führung von J.D. Negroponte,⁴ einem Veteranen der Vietnamdiplomatie, mehr als 600 Beamte. Die Botschaft ist augenblicklich das Hauptquartier des CIA für Mittelamerika.

Heimlicher Präsident Negroponte

J.D. Negroponte wurde im November 1981 als Botschafter eingesetzt, um die somozistischen Gruppen an der Grenze zu Nicaragua zu organisieren und zu leiten. Er sollte das beginnen, was später als „verdeckte Operation“ gegen die nikaraguanische Regierung bekannt werden sollte.⁵

Gleichzeitig hatte er die Aufgabe, dem neuen Regime aus Liberalen und Militärs in Honduras die Richtung anzuzeigen. Im Verlauf seiner Arbeit stieß er wiederholt auf den Widerstand von Alvarez Martínez, der die Leitung der somozistischen Gruppen übernehmen und sich als neuer Champion des Antikommunismus in Mittelamerika hervortun wollte.

Die Einmischung der US-Botschaft in die honduranische Innenpolitik wurde nicht verheimlicht. Der Vertreter der Botschaft leistete sich sogar den Luxus, öffentlich Entscheidungen bekanntzugeben, die noch nicht von der Regierung getroffen worden waren.

Die honduranische Marionettenarmee weist eine Reihe von Widersprüchen auf, die auch mit dem „Rücktritt“ von Alvarez Martínez nicht aus der Welt geschaffen sind.

Eine Gruppe von Offizieren wendet sich gegen eine Zusammenarbeit mit dem salvadorianischen Heer, solange die Grenzunklarheiten zwischen beiden Ländern, die 1969 Anlaß für eine bewaffnete Auseinandersetzung waren, nicht beseitigt sind. Diese Widersprüche lebten besonders nach den Erklärungen des Chefs der salvadorianischen Armee Vides Casanova, daß El Salvador nicht von seiner Position im Grenzkonflikt abrücken werde, wieder auf.

Für weitere Unruhe in der Armee sorgen die Korruption in Verbindung mit dem



Permanente Besetzung durch US-Truppen

Schmuggel von Drogen und anderen Waren sowie die Beförderungspraxis, die oftmals Veteranen jungen Offizieren, die von der Militärakademie kommen, entgegenstellt.

Außerdem bestehen Differenzen darüber, wie man sich angesichts der politischen Entwicklung und der Unterdrückung der Volksbewegung verhalten soll.

Zivilregierung: reine Fassade

Alvarez Martínez stand nicht außerhalb dieser Gegensätze. Seine Wahl zum Oberkommandierenden der Streitkräfte im Januar 1982, als 2 Jahre bevor er rechtlich Anspruch auf einen solchen Posten hatte, rief wütende Proteste bei großen Teilen des Militärs hervor.

Diese führten zur Ausweisung seines schärfsten Konkurrenten Oberst Leonidas Torres Arias. Zwei weitere Oberste, die Anspruch auf seinen Posten hatten, wurden ins diplomatische Exil geschickt. Alvarez Martínez versuchte von Anfang an, seine Position in der Armee zu festigen, im vollem Bewußtsein, daß er mit der Unterstützung der US-Botschaft rechnen konnte. Innerhalb kurzer Zeit umgab er sich mit seinen engsten Mitarbeitern, indem er sie auf hohe Posten beförderte und zu Generälen ernannte.

In seiner Position nutzte er, wie alle hohen Offiziere, das „Wohlwollen“ der US-Militärhilfe und die Möglichkeiten, die die Macht ihm verlieh, voll aus, um sich zu bereichern. Gleichzeitig versuchte er politischen Einfluß zu gewinnen. 1982 wurde er zum Präsidenten der Ver-

einigung für den Fortschritt von Honduras (APROH) gewählt, eines besonderen Gremiums aus Unternehmern der konservativsten Sektoren, die keinen Hehl aus ihren kriegerischen und faschistoiden Bestrebungen machen.⁶

Die Entstehung der gegenwärtigen militärisch-liberalen Regierung war Antwort sowohl auf innere als auch auf äußere Umstände.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der repressiven, unfähigen und korrupten Militärdiktatur erforderte einerseits die Rückkehr der Militärs in ihre Kasernen. Andererseits ergaben die äußeren Umstände für die USA die Notwendigkeit, einen neuen Gendarmen aufzubauen, der die nikaraguanische Nationalgarde, die durch die sandinistische Revolution gestürzt wurde, ersetzen und als Speerspitze der mittelamerikanischen Konterrevolution dienen sollte (vgl. AIB 2/1984, S.7).

Die Wahl von Roberto Suazo Córdova zum Präsidenten von Honduras im November 1981, inmitten eines nie dagewesenen Aufschwungs des Klassenkampfes in Mittelamerika, kennzeichnet den Beginn einer instabilen Doppelherrschaft einer formalen Macht – der Liberalen Partei – und einer realen Macht – der Marionettenarmee.

Beide entstanden als Teile derselben Interventionspolitik des Imperialismus und tragen in sich eine Eigendynamik: das Erstarken des Heeres bestimmt fast automatisch die Schwächung der sog. zivilen Macht und somit den Verschleiß der Liberalen Partei, der sozialen Basis dieses Herrschaftssystems.

In dem Maße, in dem das Militär an Macht gewinnt, wachsen auch die Zerset-

zung und die innere Spaltung der Liberalen Partei und die Unzufriedenheit großer Teile des Volkes, die ihre Hoffnungen auf ein Ende der Militärdiktatur enttäuscht sehen.

Heute ist die innere Krise der Liberalen Partei praktisch unkontrollierbar. Im Zusammenhang mit der umfassenden Korruption und dem politischen Sektierertum des gegenwärtigen Regimes zeigt dies die Zerbrechlichkeit des Herrschaftsmodells, das das Weiße Haus in Honduras vorantreiben will.

Die Instabilität des Regimes ist aber auch Folge der Aktionen der Volksbewegung. 1982 wurde die Regierung der ersten Feuerprobe unterworfen. Die in der Einheitsfront der Lehrer von Honduras (FUMH) zusammengeschlossenen Lehrer forderten Lohnerhöhungen, die Anerkennung des „Statuts der Lehrenden“ sowie die Verstaatlichung eines großen



Teils der Gymnasien, die sich in privaten Händen befinden.

Die damals neue Regierung reagierte mit der Entlassung der an der Spitze der Vereinigung stehenden Lehrer und militarisierte die Lehrgremien. Mit diesen Aktionen gegen die Volksbewegung ließ das Regime zum ersten Mal die Maske fallen und zeigte seinen wahren Charakter.

Trotz der intensiven Repression, die die beiden ersten Jahre der Regierung kennzeichneten, verstärkte sich der Kampf der Gewerkschaften und der Organisationen der Bauern, Studenten, Lehrer und Elendsviertelbewohner.

Die ersten Anzeichen eines neuen Aufschwungs der Volksbewegung zeigten sich im Dezember 1983. Damals unterzeichneten 27 Volksorganisationen eine Protesterklärung, die sich gegen die Intervention wandte, den Abzug der ausländischen Truppen aus Honduras und ein Ende der Provokationen gegen das sandinistische Nicaragua forderte.⁷

Im Februar 1984 begannen die stärksten Proteste der Massenbewegung. Eine der aktivsten Bewegungen war die der Eltern und Schüler, die vom Mangel an Räumen in den Schulen der Primär- und Sekundärstufe betroffen sind. Zusammen mit der Besetzung von Schulen wiederholten die Schüler die Forderung nach Beendigung der gemeinsamen Militärmanöver mit den USA „Big Pine II“.

Außerdem gingen mehr als 1.800 Mitglieder der nördlichen Sektion der Gewerkschaft der Arbeiter der Nationalen



Im Ministerium für Kommunikation und Transportwesen kam es zu Zusammenstößen zwischen der FUSEP und Arbeitern, als diese versuchten, aus Protest gegen die Entlassung von 400 Arbeitern dieser Behörde, das Gebäude zu besetzen. Auch in den Fleischkonservenfabriken kam es zu Massenentlassungen, nachdem sowohl national als auch international der Absatz gesunken ist.⁸

Der Präsident der militärisch-liberalen Regierung sah sich zum ersten Mal innerhalb von 2 Jahren gezwungen, sich mit den Vertretern der beiden größten Gewerkschaften des Landes, der reformistischen Konföderation der Arbeiter von Honduras (CTH) und der christdemokratischen Allgemeinen Konföderation der Arbeiter (CGT) zu treffen. Letztere übergab bei dieser Gelegenheit eine 10-Punkte-Erklärung mit wirtschaftlichen und politischen Forderungen.⁹

In der Woche vom 18.-24. März d.J. wurde der Protest der Arbeiter in besonderem Maße herausgefordert durch das Verschwinden der Gewerkschaftsführer Rolando Vindel, Präsident der STENEE und von Gustavo Morales, Vizepräsident der Gewerkschaft der staatlichen Behörde für Familienplanung.

Massenproteste gegen Repression...

Mehr als 15.000 Menschen nahmen an einer Massendemonstration in den Straßen von Tegucigalpa teil. Sie forderten die Freilassung der Gewerkschaftsführer und machten von der Armee geleitete paramilitärische Banden für ihr Verschwinden verantwortlich.

Diese Protestbewegung wurde von den Streitkräften hart unterdrückt. Innerhalb von 2 Tagen wurden 600 Arbeiter verhaftet und ihre Gewerkschaft ihrer Leitung beraubt. Angesichts dieser Situation rief die fortschrittliche Einheitsföderation der Arbeiter von Honduras (FUTH) zu öffentlichen Protestaktionen auf, die von der CTH und später von der CGT unterstützt wurden.¹⁰ Die STENEE erreichte nach einwöchigen Streiks und Protestaktionen die Freilassung von 12 Gewerkschaftsführern. Sie kündigte jedoch an, die Protestaktionen so lange weiterzuführen bis Rolando Vindel freigelassen würde.

Die Repressalien durch Einheiten der FUSEP gingen nichtsdestoweniger weiter und es gab neue Massenverhaftungen von Gewerkschaftern.

Das Verschwinden von R. Vindel und G. Morales und die Welle der Unterdrückung durch die Repressionskräfte der militärisch-liberalen Regierung machte die Widersprüche der doppelköpfigen Regierung, die von der US-Botschaft eingesetzt wurde, sichtbar.

Diese Aktionen stellen einen der wichtigsten Faktoren dar, die von den Offizieren der Streitkräfte genutzt wurden, um General Alvarez Martínez abzusetzen. Die Volksorganisationen ließen jedoch erkennen, daß der Wechsel an der Spitze des Militärs den Kurs, den der Kampf der Massen eingeschlagen hat, nichts ändern wird.

...und die US-Militärpräsenz

Mehr noch, am 5. April d.J. kam es zu einer erneuten Demonstration, an der 15.000 Menschen teilnahmen. Sie forderten nicht nur die Freilassung der politischen Gefangenen und ein Ende der Unterdrückung gegen die Gewerkschaften, sondern auch den Abzug der US-Truppen.

Und am 1. Mai folgten 100.000 dem Aufruf der Gewerkschaften und demonstrierten in Tegucigalpa und San Pedro Sula.

Auch andere soziale Gruppen haben ihre Unzufriedenheit mit der von der Regierung entfesselten Gewalt Ausdruck gegeben und sich gegen den Verkauf der Souveränität des Landes an die US-Truppen gewandt. Mitte März d.J. protestierten mehr als 125 Intellektuelle und Politiker in einer Erklärung gegen die ausländische Besetzung des nationalen Territoriums. Sogar die katholische Kirche drückte in einem Hirtenbrief ihre Besorgnis über die aktuelle politische Entwicklung in Honduras aus.

Es ist demzufolge zu erwarten, daß die honduranische militärisch-liberale Regierung sich in naher Zukunft neuen Protestaktionen gegenüber sieht, die sich grundsätzlich gegen die Besetzung des Landes durch US-Truppen, die Unterdrückung durch die Regierung und die kriegerische Politik gegenüber dem revolutionären Nicaragua richten.

Anmerkungen:

- 1) In Erklärungen gegenüber der Presse Kostarikas hat General Alvarez Martínez abgestritten, irgendeine Verzichtserklärung unterschrieben zu haben. Siehe: Diario Tiempo, San José, 5.4.1984
- 2) Harry W. Shlaudeman war der leitende Direktor („Executive Director“) der sog. Kissinger-Kommission und 1973 in der US-Botschaft in Chile tätig.
- 3) Siehe: Frankfurter Rundschau, 2.4.1984
- 4) Vgl. Jerrold L. Schechter, The Education of a Hawk, in: Washington BRIEFING. Honduras Update, Nr. 4/Januar 1984
- 5) Vgl. ebenda
- 6) Siehe: CEDOH, Honduras Boletín Informativo. Especial, Tegucigalpa, Nr. 9/März 1984
- 7) Siehe: Honduras Informationsblatt, Münster, Nr. 5/Januar 1984
- 8) Siehe: CEDOH, Honduras Boletín Informativo, Tegucigalpa, Nr. 34/Februar 1984
- 9) Vgl. ebenda
- 10) Siehe: ebenda, Nr. 35/März 1984

Gesellschaft für Elektroenergie (STENEE) auf die Straße, um gegen die Weigerung der Regierung, einen neuen Tarifvertrag zu unterzeichnen, zu protestieren. Danach führten die Arbeiter dieser Gewerkschaft Protestversammlungen in den Betrieben im ganzen Land durch. Zum gleichen Zeitpunkt lebten die Widersprüche in den Gewerkschaften, die von Anhängern des Regimes kontrolliert werden, verstärkt auf. Die Auswirkungen der Krise, die die Massen der Arbeiter und Bauern in Mitleidenschaft zieht, traten mit besonderer Deutlichkeit im März d.J. zutage.

Der Kampf gegen das Apartheidregime wird vor allem im Innern Südafrikas geführt. Und im Lande selbst wird die Entscheidung fallen. Das gilt nicht erst seit dem südafrikanisch-mozambikanischen Nichtangriffsabkommen (siehe AIB 5/1984, S. 4ff.), durch das die südafrikanische Befreiungsbewegung Positionseinbußen im Exil zu verkraften hat.

(...) Die unumstritten führende Kraft des breiten Spektrums der südafrikanischen Opposition ist gegenwärtig der Afrikanische Nationalkongreß (ANC). Verboten im Jahr 1960, arbeitet der ANC jetzt im Untergrund innerhalb Südafrikas und aus dem Exil unter seinem Vorsitzenden, Oliver Tambo.

Der Panafrikanische Kongreß (PAC), eine Abspaltung vom ANC aus den Jahren 1958/59, der ebenfalls 1960 verboten wurde, wurde von inneren Konflikten zerrissen, die bis zum heutigen Tag unter seinem neuen Vorsitzenden, John Pokela, anhalten.

Folgerichtig war er nicht in der Lage, irgendeine bedeutende Organisation innerhalb oder außerhalb des Landes aufzubauen, geschweige denn irgendeine Bedrohung darzustellen.

Und die ins Exil getriebenen Anhänger des Schwarzen Selbstbewußtseins, die sich nicht unter den ungefähr 4.000 befanden, die der ANC-Exilmission nach dem Soweto Aufstand von 1976 beitraten, und die seitdem die Bewegung des Schwarzen Selbstbewußtseins (Azania) bilden, haben keine diplomatische Anerkennung, keine bewaffneten Kräfte und haben sich vornehmlich mit Streifzügen durch die marxistische Theorie befaßt.

Belebung der ANC-Aktivitäten

ANC und PAC sind noch immer beide durch die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) als Befreiungsbewegungen anerkannt. Die Frontstaaten jedoch nahmen auf ihrem Treffen in Maputo im März 1981 den Standpunkt ein, daß der ANC einen Status ähnlich dem erhalten solle, den die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) in Namibia besitzt. Die Frontstaaten erklärten ihre volle Unterstützung des „Kampfes in Südafrika unter Führung des ANC“.

Die Unterstützung für verschiedene Gruppen innerhalb Südafrikas ist unter den Bedingungen der Unterdrückung schwierig zu bewerten. In den Jahren nach 1976 gab es jedoch eine massive Belebung der Aktivitäten des ANC und der Unterstützung des ANC.

Howard Barrell

Widerstand im Innern

ANC-Fahnen werden oft öffentlich gezeigt. Seine Führer werden bei öffentlichen Versammlungen der Schwarzen in Liedern und Sprechchören gepriesen. Seine Freiheitscharta beherrschte die programmatischen Debatten in den letzten Jahren. Und Versuche des Staates, diese offenen Erklärungen zu unterbinden, sind gescheitert.

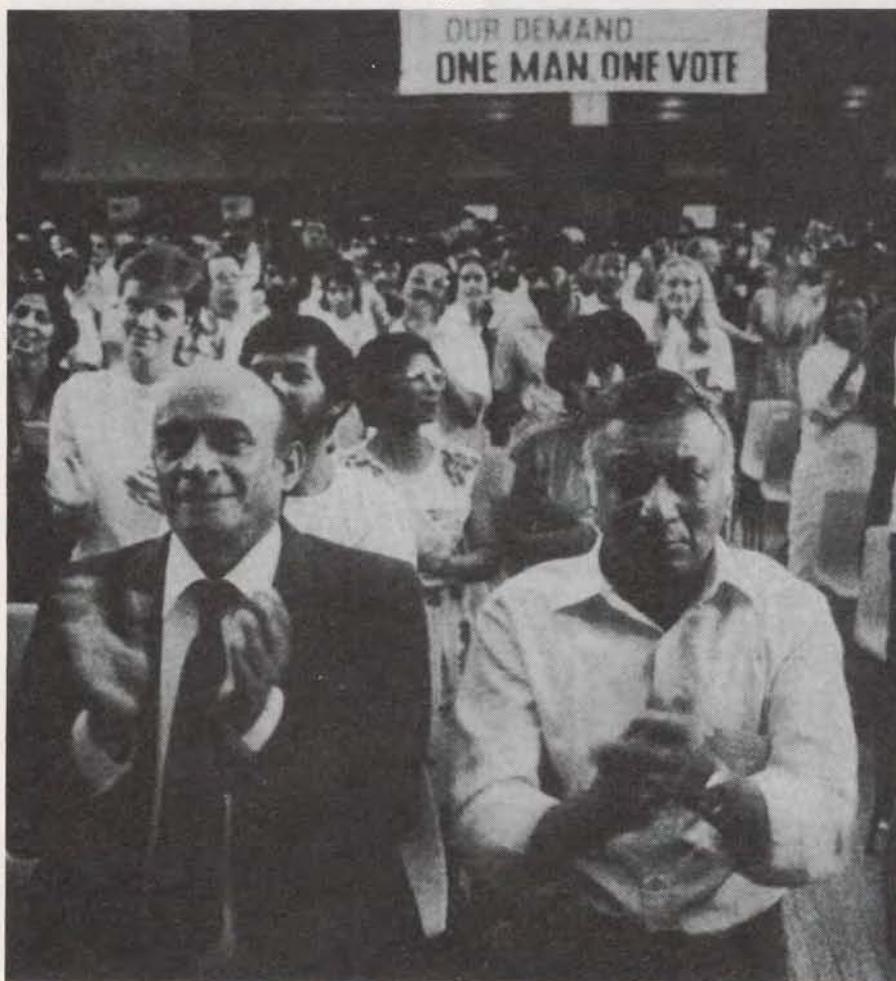
Die Versuche des PAC, seine Organisation in der Heimat wieder aufzubauen, sind, soweit das feststellbar ist, ohne Erfolg geblieben. Mehrere Führer des PAC wurden nach einem als „Bethal-Tribunal“ bekanntgewordenen Prozeß – benannt nach der Stadt, in der er Mitte der 70er Jahre durchgeführt wurde – ins Gefängnis geworfen.

Und seitdem gab es keine Anzeichen dafür, daß sich die Organisation in der schwarzen Politik im Inland bemerkbar machen konnte.

Das als organisiert erkennbare Schwarze Selbstbewußtsein um die Azanische Volksorganisation (AZAPO), die eine enge Beziehung zur Bewegung des Schwarzen Selbstbewußtseins (Azania), BCM(A), hat, erfuhr während des letzten Jahres nach der Haftentlassung von 8 Führern des BCM(A), die 1976 inhaftiert worden waren, so etwas wie eine Wiederbelebung im Innern.

Die AZAPO war kürzlich die Hauptkraft hinter der Einberufung eines Nationalen Forums, das etwa 200 Gruppen zusammenbrachte, um zu diskutieren, wie der

Stehender Beifall für ANC-Führer bei der UDF-Gründung 1983



Kampf vorwärtsgebracht werden könne. Aber ihre Fähigkeit, sich selbst zu behaupten und ein klares Aktionsprogramm zu entwickeln, ist gegenwärtig zweifelhaft.

Meinungsumfragen, die von einer Reihe von Zeitungen und Forschungseinrichtungen unter der schwarzen Bevölkerung durchgeführt wurden, haben auf eine wachsende Unterstützung für den ANC hingewiesen.

Im Jahre 1981 befragte die Johannesburg-er Tageszeitung *The Star* Afrikaner in Johannesburg, Durban und Kapstadt, wie sie bei Parlamentswahlen im Fall einer Kandidatur des ANC, des Inkatha von Häuptling Gatscha Buthelezi, der AZAPO und des PAC abstimmen würden. Der ANC erreichte in allen Städten, bei allen wichtigen afrikanischen Sprachgruppen und unter allen Altersklassen die Spitze.

Wachsende Unterstützung für ANC

Je jünger und besser gebildet die Befragten waren, desto größer war die Unterstützung für den ANC. Andere Studien haben diesen Trend bestätigt (detaillierte Angaben in: *The Star*, Johannesburg, 23.9.1981. Ausführlicher Helga Brandt in: AIB 1/1982, S. 47-49; d. Red.).

Ähnliches zeigte die Gründung der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) im August letzten Jahres, einer nationalen Dachorganisation zum Kampf gegen die neue Verfassung. Die UDF hat jetzt etwa 560 schwarze Organisationen als Mitglieder. Die UDF-Versammlung wurde ständig unterbrochen durch Lieder und Sprechchöre aus dem Auditorium, in denen Oliver Tambo und ein anderer ANC-Vertreter, der von der Regierung üblicherweise für ANC-Guerillaangriffe beschuldigt wird, Joe Slovo, gepriesen wurden.

Eine Unterstützungsbotschaft von Nelson Mandela, die an die Nationale Gründungsversammlung der UDF übermittelt wurde, bewirkte stehende Ovationen und das Singen eines Liedes, das „Wir werden ihm folgen“ bedeutet.

Mandela, der erste Oberbefehlshaber des bewaffneten Arms des ANC, Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation), verbüßt zusammen mit anderen ANC-Führern eine lebenslange Freiheitsstrafe. Aber er und andere eingekerkerte ANC-Führer und -Mitglieder wurden zu Schirmherren der UDF gewählt.

Der Umkhonto ist zu diesem Zeitpunkt die einzige Guerillaarmee auf dem Kampfplatz. Und es scheint, daß das so bleiben wird.

Die Angriffe seit 1976 auf Südafrikas erstes Atomkraftwerk in der Nähe von Kapstadt, auf die strategischen Kohleverflüssigungsanlagen und das wichtigste

Militärhauptquartier der Regierung bei Voortrekkerhoogte zeigen seine zunehmende Abgeklärtheit.

Es wird angenommen, daß die Zahl der formell ausgebildeten Guerillakämpfer mindestens 7.000 beträgt (einige Schätzungen sprechen von 12.000).

Unter ihnen befinden sich mehr als 1.000, von denen angenommen wird, daß sie innerhalb des Landes in einer Reihe von Funktionen aktiv sind – darunter Nachschub, Nachrichtendienst und Gefecht. Der Standard der Ausbildung wird sogar nach Aussagen der südafrikanischen Polizei als hoch angesehen.



MK-Guerillero im südafrikanischen Busch

Berichte aus zuverlässigen Quellen haben im letzten Jahr darauf hingewiesen, daß sich der ANC im Exil umstrukturiert hat, um dem Unkhonto unter Befehlshaber Joe Modise und Politikommissar Christ Hani mehr Stärke zu geben. Sein darauf folgender Angriff auf Pretorias Luftwaffenhauptquartier im Mai 1983, bei dem 19 Personen getötet und mehr als 200 verletzt wurden, unterstrich eine deutlich aggressivere Herangehensweise.

Neuere Aussagen von ANC-Führern deuten darauf hin, daß der ANC jetzt militärische Ausbildungseinrichtungen innerhalb des Landes aufgebaut hat. Aber der Umfang dieser Einrichtungen und ihre Wirksamkeit sind natürlich unbekannt. (...)

In diesem Stadium ist es klar, daß die südafrikanische Regierung den ANC als die größte, wenn nicht einzige revolutionäre Bedrohung betrachtet.

In Übereinstimmung mit der normalen Struktur nationaler Befreiungsbewegungen, faßt der ANC ein weites Spektrum von Anschauungen zusammen – von herkömmlichen afrikanischen Nationalisten bis zu Sozialdemokraten und Kommunisten. Als solcher führt er eine Allianz mit der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) und dem Südafrikanischen Gewerkschaftskongress (SACTU) an.

Seine verschiedenen ideologischen Strömungen werden um zwei Hauptprogramme vereinigt: die Freiheitscharta, die 1955 auf dem Volkskongreß bei Johannesburg angenommen wurde, und seine Strategie und Taktik im Exil in Tanzania 1969.

Beide Dokumente sind im südafrikanischen Kontext revolutionär. Obwohl sie selbst nicht sozialistisch sind, würde ihre Durchführung sehr weit hin zur Schaffung von Bedingungen führen, unter denen der Sozialismus aufgebaut werden könnte (zur Geschichte und Programmatik des ANC siehe: AIB-Sonderheft 2/1981; d. Red.).

Der ANC folgt einer nicht rassistischen Linie und nimmt weiße Mitglieder auf, von denen er einige hat. Aber im Mittelpunkt seines Programms steht der Vorrang der schwarzen nationalen Befreiung und die Führung durch die Arbeiterklasse zur Erreichung dieses Ziels. Und er betrachtet den bewaffneten Kampf als nur eine Form des politischen Kampfes. Auf diplomatischem Gebiet hat der ANC die Leistung vollbracht, Unterstützung von konservativen und radikalen Staaten Afrikas zu erhalten, von liberalen westeuropäischen Regierungen und dem sowjetischen Block (Warschauer Vertragsstaaten; d. Red.). Bezeichnenderweise besuchte Tambo letztes Jahr China, wo er das Versprechen einer Wiederaufnahme militärischer und anderer Hilfe erhielt.

Der Löwenanteil der militärischen Kampfausrüstung des ANC kommt aus dem Sowjetblock.

Der ANC nimmt Versuche übel, ihn gegen den PAC auszuspielen. Er glaubt, daß es keine Grundlage für einen Vergleich gibt.

Angebote aus dem PAC

Er hat das Durcheinander, das sich im PAC ausgebreitet hat, mit augenscheinlich echtem Kummer beobachtet und nicht mit Freude über den Niedergang von jemandem, den manche als seinen „Rivalen“ bezeichnen würden.

Der ANC hatte es, Gewährsleuten zufolge, mit Annäherungsversuchen von höheren PAC-Führern – einige davon sind immer noch in hervorgehobenen PAC-Leitungspositionen – zu tun. Sie versuchten, ihren Weg in die Reihen des ANC anzubahnen, indem sie Angebote machten, vertrauliche PAC-Dokumente und Informationen zu liefern. Der ANC bekam auch Angebote zur „Einheit mit dem PAC“ – und hatte einige Schwierigkeiten, herauszufinden, welche Gruppierung des PAC das Angebot machte, um seine Bedeutsamkeit einschätzen zu können.

Höheren PAC-Vertretern zufolge (die

jeder für sich keine Gewissensbisse zeigen, Dinge zu enthüllen, die normalerweise vertrauliche Einzelheiten über Schwierigkeiten in ihrer Organisation wären) leidet der PAC zur Zeit unter einer Spaltung in drei Fraktionen.

Die vorherrschende Gruppierung besteht um den neuen PAC-Vorsitzenden John Pokela, den vormaligen Insassen von Robben Island, der zu Anfang des Jahres 1981 in die Führerrolle gedrängt wurde, als einzige verfügbare Person von Bedeutung, die nicht von den früheren gegenseitigen Zänkereien belastet war, welche die Führung unter dem abgesetzten und ausgeschlossenen vorherigen Vorsitzenden Potlako Leballo gekennzeichnet hatten.

Die Hauptfiguren in diesen Gruppierungen sind der Vertreter bei der UNO Gora Ebrahim, der PAC-Verwaltungsassistent Benny Sondlo, der Vertreter in London, Hamilton Keke, ein früher in Lesotho angesiedelter Exilant, Elliot Mfaza, und der gelegentliche Verwaltungssekretär und amtierende Direktor für auswärtige Angelegenheiten Joe Mkwanazi.

Die größere rivalisierende Gruppierung hat Templeton Ntantala zum Mittelpunkt.

Er ist ein früherer Führer des militärischen Flügels der PAC, der Azanischen Volksbefreiungsarmee (APLA), der von Leballo ausgeschlossen und 1981 mit etwa 70 Anhängern bedingt wieder in den PAC aufgenommen worden war. Eine Bedingung für Ntantalas Wiederaufnahme war, daß er nicht sofort im Zentralkomitee sitzen konnte.

Mitglieder seiner Gruppierung sind u.a. John Mvelase (alias Zulu), Chef der APLA-Abteilung „Operationen“ und andere „Militärs“. Ntantala selbst hat während des letzten Jahres beträchtlich an Boden verloren, und er wurde kürzlich unter nebulösen Umständen von seinem Posten als Repräsentant in Zimbabwe „für eine lange Ruhezeit“ zurückgezogen.

Fraktionskämpfe ohne Ende

Eine ziemlich isolierte dritte Gruppe umgibt Vos Make, der Joshua Nkomo (Führer der zimbabweschen Befreiungsorganisation ZAPU; d. Red.) ähnlich sieht und nominell Pokelas Stellvertreter war.

Nach der Absetzung von Leballo 1978 führte Make zunächst den PAC als Mitglied eines aus drei Personen bestehenden Präsidenschaftsrates, dem auch der ermordete David Sibeko und der nun unbedeutende Elias Ntloedibe angehörten, und dann als Nummer 1, bis Pokela im Exil ankam. (...)

Diese Spannungen machten es dem PAC unmöglich, seit Pokelas Ankunft jegliche

operative Fähigkeiten in den Frontgebieten zu entwickeln.

Die ohnehin gesplante Präsenz in Lesotho wurde 1982 auseinandergerissen, als das in Dar-es-Salaam residierende Zentralkomitee den PAC-Präsidenten in Lesotho, Naphtalie Sidzamba, entließ, der den fortgesetzten Fraktionskämpfen unter Pokela kritisch gegenüberstand. Verschiedene PAC-Gruppen gingen gewalttätig gegeneinander vor.

In Botswana ist die kleine PAC-Gemeinschaft durch innere Zänkereien gespalten. Moçambique, Angola und Sambia dulden keinerlei offizielle Präsenz des PAC.

Zimbabwe neigt einem Kabinettsmini-



PAC-Fraktionsführer Vos Make (l.) und John Pokela

ster zufolge der Ansicht zu, daß allein der ANC seine Unterstützung bekommen sollte. Und in Swasiland zerstörte der Vorsitzende Leballo 1978 die Basis seiner eigenen Organisation, als er ihre führenden Mitglieder als Bedrohung seiner weiteren Führerschaft ansah.

Mvelase, dessen Ziel es ist, Operationen zu starten, hat Einreiseverbot in vielen der Frontstaaten. PAC-Führer lassen durchblicken, daß keine operativen Strukturen mit irgendeiner Konsequenz in diesen Gebieten errichtet wurden.

Dieses andauernde Chaos hat den PAC zum Gegenstand von einigem Spott im Befreiungskomitee (der OAU; d. Red.) gemacht. Es gab, dem PAC und anderen afrikanischen Gewährsleuten zufolge, Aufforderungen (zeitweilig ad acta gelegt), den PAC die Anerkennung als Befreiungsorganisation zu entziehen oder zumindest eine unabhängige Untersuchung seiner Angelegenheiten durchzuführen.

Diese PAC-Gewährsleute enthüllten, daß der PAC nach mehr als 20 Jahren Lip-

penbekenntnissen zum bewaffneten Kampf nicht mehr als 120 Guerillakämpfer in der APLA hat. Und aus Tansania tauchen seit kurzem Geschichten des Inhalts auf, daß nichtmilitärische PAC-Mitglieder dazu gezwungen werden mußten, an APLA-Paraden teilzunehmen, um den Anschein einer halbwegs beträchtlichen Stärke zu erwecken.

Wenn PAC-Führer in ihrer offiziellen Eigenschaft auf das Fehlen sichtbarer APLA-Operationen innerhalb Südafrikas angesprochen werden, behaupten sie, daß ihre Streitkräfte in der Heimat in Bereitstellung sind.

Sie fügen hinzu, daß sie „unsichtbar“ seien, weil sie eine andere Art von Gueril-

lataktik anwenden als die des ANC, welche sie anklagen, „sensationshaschend“ zu sein. Privat jedoch räumen sie ein, daß es keine APLA-Streitkräfte innerhalb des Landes gibt.

Kürzlich gab es Berichte von PAC-Gewährsleuten (die niemals hätten Journalisten erreichen sollen), wonach eine Gruppe von ungefähr 12 APLA-Leuten, die gerade von einem Ausbildungskursus zurückgekommen waren, eingeschleust werden sollten. Bis jetzt ist jedenfalls noch nichts dabei herausgekommen.

Als Leballo 1979 vom PAC ausgeschlossen wurde, ließ er in Tabora, Tansania, kaum mehr als 100 Gefolgsleute zurück. Eine Anzahl ist, diesen PAC-Gewährsleuten zufolge, danach dem ANC beigetreten. Einige sind nach Kenia geflohen, und andere versuchten, mit sehr begrenztem Erfolg, in die USA einzuwandern. Die meisten befinden sich immer noch ohne Hoffnung in Tansania.

Im Jahr 1981 erlitt der PAC einen ersten diplomatischen Rückschlag, als sein gebogter Repräsentant bei den Verein-

ten Nationen, Henry Isaacs, ein früherer Vorsitzender der verbotenen Organisation Südafrikanische Studenten (SASO), die das Schwarze Bewußtsein verbreitete, von seinem Amt zurücktrat.

Isaacs sandte eine Anklageschrift an das Zentralkomitee, die ausführliche Beschuldigungen der Korruption, Unfähigkeit und Spalerei enthielt. Wie viele andere vertrauliche PAC-Dokumente seither, fand sie ihren Weg in die Hände von Journalisten und Diplomaten (vgl. AIB 9/1982, S. 39; d. Red.).

Diese Verantwortungslosigkeit veranlaßte unlängst einen PAC-Mann einzustehen, daß seine Organisation so etwas sei wie „ein alkoholabhängiger Onkel — er ist eine furchtbare Peinlichkeit, aber er ist mein“.

Unter Pokela hat der PAC eine diplomatische und propagandistische Offensive begonnen, die sich auf zwei Programmpunkte stützt: erstens, daß er jetzt in einem neuen Gefühl der Entschlossenheit vereinigt sei, und zweitens, daß er von den Frontstaaten ernsthaft als Befreiungsbewegung behandelt werde.

Bei seiner Gründung 1958/59 stellte der PAC eine konservative afrikanistische Abspaltung vom ANC dar. Seitdem haben sich die verschiedensten Tendenzen in seinen Reihen entwickelt, einige davon erheben den Anspruch, vom Marxismus-Leninismus abgeleitet zu sein.

Aber das Kernstück ist die mystische Behauptung, daß das „Land“ in Südafrika den „eingeborenen Einwohnern“ gehöre. Von diesem Standpunkt ausgehend hat sich keine klare PAC-Strategie und -Taktik entwickelt.

Der Schwarzen Exklusivität — einem weiteren PAC-Eckstein — ist in gleicher Weise von BCM(A) und AZAPO mehr Form und Inhalt gegeben worden. Diese beiden Organisationen, die sich einer engen Beziehung zueinander erfreuen, lehnen jede demokratische weiße Beteiligung in ihren Reihen mit der Behauptung ab, alle Weißen seien Mitglieder der einheitlichen „herrschenden Klasse“. Und sie üben am ANC wegen dessen Zulassung der Anwesenheit von weißen Revolutionären herbe Kritik.

BCM(A) und AZAPO haben in ihren Redewendungen in den letzten Jahren einen scharfen Schwenk nach links gemacht. Gemäßigte sozialdemokratische Wendungen wie „schwarze Gemeinschaftlichkeit“, die von früheren Führern wie z.B. Steve Biko unterstützt wurden, wurden über Bord geworfen und durch schrille ultralinke Polemiken ersetzt. Es wird abzuwarten sein, ob diesem neuen Standpunkt eine organisatorische, d.h. wirkliche Bedeutung gegeben werden kann.

Übergang zum Volkskrieg

Der südafrikanische Befreiungskampf wird gegenwärtig an allen Fronten entwickelt — auf der Ebene der nationalen Politik durch den ANC und andere Gruppen, in der Wirtschaft durch die Gewerkschaften, in den abgetrennten schwarzen Vorstädten durch eine breite Vielfalt von Gemeinschaftsorganisationen, auf dem Land durch den Widerstand gegen Apartheid-Bevölkerungsumsiedlungen

und Bantustan-Führer, auf kulturellem Gebiet durch Schauspiele, Romane und Gedichte sowie auf militärischem Gebiet durch den Umkhonto.

Die Regierung steht nicht vor ihrem Sturz. Aber sie sieht sich einer wachsenden Krise gegenüber, deren Ausmaß durch die neue Verfassung gekennzeichnet ist, die noch in diesem Jahr Realität werden soll. Diese Verfassung ist, in einem sehr realen Sinn, eine Antwort auf diese Krise (vgl. AIB 1/1984, S. 44-45; d. Red.).

Die neue Verfassung als solche stellt einen geringfügigen taktischen Rückzug der Regierung dar, der bis zu einem gewissen Grad den stufenweisen Rückzug widerspiegelt, den Ian Smith in Rhodesien begonnen hatte. Die Regierung hat immer noch viele Wahlmöglichkeiten über diese kleine Anpassung hinaus — nicht zuletzt kann sie ihre beträchtliche militärische Macht von der Leine lassen, um vieles von ihrer kämpferischen Opposition zu zerstören. Sie befindet sich jedoch, jedenfalls auf politischem Gebiet, gegenwärtig im Rückzug.

Bis jetzt war der Charakter des südafrikanischen Befreiungskampfes weitgehend der des Widerstands. Was nun in Aussicht zu stehen scheint, ist eine Offensive der größeren organisierten Abteilungen der breiten Befreiungsbewegung.

Im Fall des ANC, der diese Kräfte anführt, wird jetzt von der Eröffnung eines „Volkskrieges“ gesprochen, in dem jeder Südafrikaner, der die Apartheid ablehnt, zum Kämpfer wird.

(Quelle: New African, London, April 1984, S. 18-22)

Kündigt das Kulturabkommen mit Südafrika!



Broschüre des Komitees für die Kündigung des Kulturabkommens Bundesrepublik Deutschland — Südafrika

Inhalt: Wortlaut des Kulturabkommens, Offener Brief des Komitees an Außenminister Genscher, Kritik der bundesdeutschen Kulturpolitik gegenüber Südafrika, Stellungnahmen der Parteien, Gedichte, Fotos, Aktionsvorschläge.

Bezug: AAB, Blücherstr. 14, 53 Bonn 1

Preis: 3,- DM plus Versandkosten

THE TIME HAS COME FOR A

newoutlook

middle east monthly

- ★ For 26 years **newoutlook** has believed that there is someone to talk to and something to talk about
- ★ If you are interested in up-to-date news, analysis, and new approaches to the quest for Israeli-Arab peace

Subscribe to **newoutlook** middle east monthly

SUBSCRIBE NOW:
20% DISCOUNT
special offer: only \$23

newoutlook middle east monthly
107 Hahashmonaim St., Tel Aviv, Israel 67011

Name

Address

..... Zip

Enclosed is my check for \$23. Bill me.
 Send me a sample copy — free of charge.

Jürgen Ostrowsky

„Sie sind unsere Führer“ Die Verurteilten von Rivonia 1964

Ihre Namen sollten aus der Erinnerung getilgt, der Widerstand des Volkes durch ein Exempel erstickt, ihr eigener Mut hinter Zuchthausmauern gebrochen werden – es war eine Fehlkalkulation.

Am 11. Juni 1964 sprach ein Gericht des südafrikanischen Rassistensystems seine Urteile im sog. Rivonia-Prozeß: achtmal „lebenslänglich“ hieß es gegen sechs Afrikaner, einen Inder und einen Weißen. Für schuldig, zahlreiche Sabotageakte begangen und den Sturz des Apartheidregimes angestrebt zu haben, wurden befunden:

Nelson Mandela, geboren 1918, Führer der Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongreß (ANC) und ihrer Guerillaorganisation Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation – MK); Govan Mbeki, geboren 1910, Journalist und Wissenschaftler; Raymond Mhlaba, geboren 1920, Gewerkschafter; Andrew Mlangeni, geboren 1926, Angestellter; Elias Motsoaledi, geboren 1924, Gewerkschafter; Walter Sisulu, geboren 1912, Arbeiter; Ahmed Kathrada, geboren 1929, seit 1946 in der Widerstandsbewegung aktiv; Dennis Goldberg, geboren 1933, Ingenieur, Kommunist.

Schlag gegen den Umkhonto

Die sechs Erstgenannten gehörten alle dem ANC in führenden Positionen an. Zusammen mit Ahmed Kathrada schaffte man sie auf die Zuchthausinsel Robben Island. Dennis Goldberg, den Weißen, warf man in das Gefängnis der Hauptstadt Pretoria.

Allen gemeinsam war jedoch eins: Sie zählten zur Führungsspitze des MK, der den bewaffneten Kampf für ein demokratisches, nicht-rassistisches Südafrika aufgenommen hatte, so wie es der Volkskongreß von 1955, eine Versammlung von Delegierten aller ethnischen Gruppen Südafrikas, in seiner Freiheitscharta gefordert hatte.

20 Jahre nach dem Urteil sind die Häftlinge nach wie vor Volkshelden und Vorbilder. Zusammen mit denen, die heute den Kampf des ANC und seiner Verbündeten anleiten, sind sie als Führer anerkannt – von den Älteren wie von denen, die 1964 noch ungeboren oder Kleinkinder waren.

„We stand by our leaders“ (Wir stehen zu unseren Führern; d. Red.) oder „Free Mandela“ (Laßt Mandela frei; d. Red.) lauten zahlreiche Transparente oder Wandparolen. 82% der Bewohner des Afrikaner-Gettos Soweto bei Johannesburg, so eine Umfrage der Zeitung The Star vom November 1983, stehen hinter Nelson Mandela. Dem ANC wäre bei freien Wahlen eine klare Mehrheit sicher. Doch seit dem 30. März 1960 ist der ANC verboten. Am 16. Dezember 1961 nahm der MK den bewaffneten Kampf auf. „Nicht, weil wir einen solchen Kurs einzuschlagen gewünscht hatten“, wie Mandela im Rivonia-Prozeß begründete, „sondern allein deshalb, weil uns die Regierung keine andere Wahl gelassen hatte.“



N. Mandela und W. Sisulu im Gefängnishof von Robben Island

Die Sabotageaktionen, zu denen die MK-Kämpfer griffen, verunsicherten das Regime erheblich. Doch am 11. Juni 1963 gelang ihm ein schwerer Schlag gegen die MK-Führung. Auf der Liliesleaf-Farm im Johannesburg Vorort Rivonia überraschte die Geheimpolizei ein Treffen, an dem die meisten der späteren Angeklagten teilnahmen. Nelson Mandela war bereits am 5. August des Vorjahres festgenommen worden.

Blamierte Ankläger

193 Sabotageakte legte man den ursprünglich 10 Angeklagten zur Last.

Die Verteidigung führte Bram Fischer, ein brillanter Anwalt und Sproß einer renommierten burischen Sippe. Zwei Jahre später verurteilte ihn ein Apartheid-Gericht selbst zu lebenslanger Haft – wegen Verschwörung zur Sabotage und Verstoßes gegen das „Gesetz zur Unterdrückung des Kommunismus“. Bram Fischer starb im Mai 1975, erst kurz zuvor aufgrund seines todkranken Zustandes und nach internationalen Protesten aus der Haft entlassen.

Der Prozeß wurde zum Tribunal über die Apartheid. Mit Sarkasmus und Überlegenheit verwiesen die Angeklagten ihre Ankläger auf deren Niveau: das von Schergen. Gericht: „Und Sie haben auch die Aufgabe, die Menschen davon zu überzeugen, daß sie unterdrückt seien, ist das so?“ Walter Sisulu: „Wenn dem so ist, so weiß ich nicht, ob

das einfach eine Frage dessen ist, die Menschen davon zu überzeugen. Es wäre doch seltsam, wenn die Afrikaner in Südafrika die einzigen Menschen wären, die nicht wissen, daß sie unterdrückt werden...“

Ahmed Kathrada, auf die Vorhaltung des Anklägers, ob er nicht eine gewalttätige Sprache führe, wenn er die Regierung als „Verbrecher“ bezeichne: „Ich nenne sie Verbrecher, weil es das ist, was sie sind.“

Weltbekannt wurde Nelson Mandelas Erklärung von der Anklagebank, in der er zu den Fragen des Befreiungskampfes und seinen persönlichen Motiven Stellung bezog. Sie endet mit den Worten: „Mir hat stets das Ideal einer demokratischen und freien Gesellschaft vorgeschwebt, in der alle Menschen harmonisch und mit gleichen Möglichkeiten zusammenleben können. Es ist ein Ideal, von dem ich hoffe, daß ich dafür leben und es erreichen kann. Aber wenn es sein muß, ist es ein Ideal, für das ich bereit bin zu sterben.“

„Ein Ideal, für das ich bereit bin zu sterben.“

Internationaler Druck hinderte das Regime daran, die Führer des Befreiungskampfes tatsächlich zu liquidieren.

Oliver Tambo, Mandelas Freund, amtierender Präsident des ANC, organisierte zusammen mit anderen die internationale Solidarität. Die UN-Vollversammlung verurteilte mit 106:1 Stimmen den Rassistensprozeß. Aber auf Robben Island, der Felseninsel nördlich

von Kapstadt, sollten die MK-Führer sozusagen lebendig begraben werden.

Die kleine Insel, im Sommer schattenlos heiß, im Winter neblig und naßkalt, hatte schon den Holländern als Verbannungsort für asiatische Fürsten gedient, die in ihren Kolonien Aufstände organisiert hatten. Im 19. Jahrhundert hatten die Engländer Führer des afrikanischen Widerstandes dorthin deportiert, darunter Makanda, einen Xhosa-Führer, den vielleicht ersten afrikanischen Nationalisten. 1819 kam dieser bei einem Fluchtversuch in der stets gefährlichen See um die Insel um. 1959 beschloß das Apartheidregime den erneuten Ausbau der Insel zu einem Zuchthaus.

Die extreme Lage der Insel verschlimmert die für politische Gefangene ohnehin schlechte Situation: sie werden durchweg härter behandelt als „gewöhnliche“ Häftlinge. Zu diesen besonderen Schikanen gehören rigorose Informationssperren gegen die Außenwelt, scharfe Zensur des Briefverkehrs, Behinderung der kargen Besuchsmöglichkeiten Angehöriger, Isolierung bestimmter Häftlinge.

So stellte ein Bericht von amnesty international 1978 fest, daß die Unterbringung der „Rivonia-Häftlinge“ in Einzelzellen eines getrennten Trakts nicht besserer Behandlung diene, sondern eher dazu, „ihren Einfluß über andere Gefangene minimal zu halten und sicherzustellen, daß sie nicht im Gefängnis die Art von Führerschaft übernehmen, die sie vorher draußen ausübten“. Gerade damit scheiterte das Regime.

S.R. „Mac“ Maharaj, selbst zusammen mit anderen MK-Führern vom Dezember 1964 bis Dezember 1976 Häftling auf der Insel, hatte die Zelle neben der Mandelas.

Er berichtete: „Er (Mandela) hatte eine derartige Moral, daß er alle, die mit ihm in Berührung kamen, inspirierte. Er ist nicht der einzige von dieser Art, ... aber Nelson ragte heraus. Er besaß das Vertrauen aller Gefangenen, gleich welcher politischen Überzeugung, und war von allen als Sprecher der gesamten Häftlingsgemeinschaft akzeptiert.“

Mandela ragt heraus

Zur Unbeugsamkeit der Eingekerkerten kam internationaler Druck. So wurden etliche Erleichterungen der Haftbedingungen von den Insassen erkämpft – durch Petitionen, Hungerstreiks, bewußtes Langsamarbeiten. Und allen Bemühungen der Gefängnisverwalter zum Trotz vermochten Mandela und seine Mitkämpfer immer wieder Nachrichten nach draußen zu schmuggeln, erhielten sie Informationen über die Entwicklung des Befreiungskampfes.

Im Sommer 1980 gelangte ein Brief Mandelas in die Freiheit. In ihm bekräftigte er das Gebot der Einheit aller, die gegen Apartheid kämpfen: „Unser Volk – Afrikaner, Inder, Farbige und Weiße – muß zu einer einzigen massiven und festen Widerstandswand vereint sein, zu vereinter Massenaaktion.“ Und er wiederholte das Bekenntnis zur Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes, das er 1964 vor Gericht abgelegt hatte: „...die Gewehre, die der Apartheid dienen, sind nicht unbesiegbar. Die sich mit dem Gewehr erhalten, sollen durch das Gewehr untergehen!“

Das Regime gestand die Niederlage seiner Isolierungsversuche 1982 ein. Mandela und seinen Haftgenossen war es gelungen, ein Bildungsprogramm für ihre Mitgefangenen

zu organisieren (505 politische Gefangene befanden sich damals auf der Insel). Im April jenes Jahres wurden er, Mhlaba, Nlangeni und Sisulu auf das Festland verlegt, ins Pollsmoor-Gefängnis in der Nähe Kapstadts, um den Zusammenhalt der sieben zu zerstören. Was damals gerüchtweise geäußert wurde, ein baldiges Entlassungsangebot an Mandela, wurde zu Beginn dieses Jahres Realität.

Die Regierung Botha bot dem ANC-Führer die Entlassung an, wenn er sich in das für „unabhängig“ erklärte „Homeland“ Transkei begeben würde. Das Manöver war durchsichtig. Mandela lehnte jedes bedingte Freilassungsangebot ab und erklärte zudem, sich keinesfalls in irgendeines dieser „Homelands“ begeben zu wollen.

Der mißlungene Versuch stellt auch eine Reaktion auf die anhaltende Kampagne für die Freilassung Mandelas und aller anderen politischen Gefangenen in Südafrika dar. Schon 1964 hatte Dr. Martin Luther King Mandela und andere Führer des südafrikanischen Befreiungskampfes in seine Rede anlässlich der Entgegennahme des Friedensnobelpreises eingeschlossen.

Mikrokosmos Südafrikas

In Südafrika initiierte die Zeitung Sunday Post im März 1980 eine Unterschriftenkampagne für Mandelas Freilassung; sie erbrachte binnen weniger Wochen Zehntausende von Unterschriften. Inzwischen versucht das Regime die Kampagnenorganisation („Release Mandela Campaign“) durch Veranstaltungsverbote und Erwählungsverbote zu behindern. Umsonst. Sogar die Studentenschaften weißer Universitäten – Natal und Pietermaritzburg – boten Mandela die Kanzlerschaft ihrer Hochschulen an.

International ist die Zahl der Unterschriften für die Kampagne auf weit über 1 Mio gestiegen. Hohe Auszeichnungen und Ehrungen – z.B. 1980 der „Jawaharlal-Nehru-Preis“ Indiens und 1983 der „Simon-Bolívar-Preis“ (zusammen mit Spaniens König Juan Carlos) – sorgen für wachsenden weltweiten Druck auf das Rassistensregime.

Die Verurteilten von Rivonia stellen wie die Historikerin des ANC, Mary Benson, 1966 schrieb, einen „Mikrokosmos“ der südafrikanischen Gesellschaft dar. Ihr gemeinsames Schicksal ist Symbol für das in der Freiheitscharta (ANC-Programm von 1955; d. Red.) umrissene Ziel eines künftigen befreiten Südafrika.

Daß auch Weiße den Freiheitskampf zu ihrer Sache gemacht haben, läßt das Regime zu drakonischen Reaktionen greifen. 1982 wurde Barbara Hogan zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt, im November 1983 waren es Carl Niehaus und Johanna Lourens, die 15 bzw. 10 Jahre erhielten – alle wegen ihrer Unterstützung für den ANC.

Wie weit der von Mandela in seinem Aufruf von 1980 geforderte Einigungsprozeß gekommen ist, verdeutlichte die Bildung der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) im August vergangenen Jahres, eines Bündnisses von über 400 Organisationen aller Bevölkerungsgruppen. Auf ihrer Gründungsverammlung wählten die über 12.000 Delegierten neben einer Anzahl anderer bedeutender Persönlichkeiten des Befreiungskampfes die Verurteilten von „Rivonia“ zu Schirmherren der neuen Dachorganisation: Dennis Goldberg, Ahmed Kathrada, Nelson Mandela, Govan Mbeki, Raymond Mhlaba, Andrew Mlangeni, Elias Motsoaledi und Walter Sisulu – Führer eines freien Südafrika.

Englisch Amerikanische Studien

Zeitschrift für Unterricht, Wissenschaft & Politik



1/84

Deutsch-amerikanische Beziehungen I

Gert Raeithel Antiamerikanismus als Funktion unterschiedlicher Objektbeziehungen · Wolfgang Kreuter, Joachim Oltmann Coca Cola statt Apfelmöste. Die Amerikanisierung westdeutscher Lebensweise · Hans Borchers, Eva-Maria Warth Hakenkreuz und Petrodollars. Die Fernsehserien »The Winds of War« und »Denver Clan« · Norbert Kersken »300 Jahre Deutsche in Amerika« – Geschichte und Politik

... und ein Archiv »Deutsch-amerikanische Arbeiterkultur in Chicago« und Unterrichtsmaterialien Sekundarstufe I »Deutsche Einwanderer in die USA«

Außerdem ...

in 1/84: Aufsätze zur Sozialgeschichte des englischen Schauerromans, zur Gewaltdarstellung in britischer Massensliteratur, »Songs about War and Peace«, Kommentare und Kritiken zur Stones-LP »Undercover«, zu George Orwell, zur Ausstellung »Das andere Amerika«, zu »Denver Clan« und »The Day After«.

»Deutsch-amerikanische Beziehungen« Teil II in Heft 2/84 (Juni): US-Gegenwartsroman, »Re-Education«, Randy Newman u.a.

Themenschwerpunkte 1983

Grammatik (1) · Friedenserziehung (2/3) · Lehrwerkkritik · Grenada (4)

Themenschwerpunkte 1984

Deutsch-amerikanische Beziehungen (1 und 2) · Gesprächslehre (3) · Theatre-in-Education (4)



4x im Jahr · über 600 Seiten

Wer jetzt abonniert, erhält als Prämie: Heinrich W. Ahlfmeyer, Bernd Greiner: *We Shall Overcome*. Die Amerikanische Friedensbewegung in Selbstzeugnissen (1982).

Ich bestelle gegen Rechnung

Jg '83 1/83 2,3/83 4/83
DM 36,- DM 12,- DM 18,- DM 16,-
 Abo ab 1/84 2/84 kostenfrei
Jg '84 44,- DM 14,- DM 14,- Probeheft

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Diese Bestellung kann ich innerhalb einer Woche widerrufen.
Englisch Amerikanische Studien
Postfach 2565 · D-4400 Münster

Peter Schütt

Agostinho Neto Poesie und Politik

Im modernen Afrika sind Literatur und Politik eins.

Die Vorkämpfer der antikolonialen Befreiung waren zugleich die Pioniere der zeitgenössischen Dichtung: Yomo Kenyatta, Leopold Senghor und Patrice Lumumba haben zuerst als Schriftsteller ihre Stimme gegen Ausbeutung, Unterdrückung und koloniale Abhängigkeit erhoben. Sie haben mit Worten gekämpft, ehe sie andere Waffen des Widerstandes ergriffen.

Schriftsteller als Politiker

Auch für die zweite Schriftstellergeneration im nachkolonialen Afrika gilt die Einheit von literarischem und politischem Engagement. Um nur einige international anerkannte Repräsentanten zu nennen:

In Nigeria setzt sich Chinua Achebe trotz Militärdiktatur und vielfältiger Einmischung der westlichen Multis für den Aufbau der Volkserrettungspartei ein, um die Volksmassen für ihre eigenen sozialen und politischen Ziele zu mobilisieren.

Der Kenianer Ngugi wa Thingo wurde von der neokolonialen Regierung seines Landes ins Gefängnis geworfen und später ins Exil geschickt, weil sie die marxistischen Ausgangspunkte seiner Gesellschaftskritik und die kulturrevolutionäre Praxis seiner Theaterarbeit in den proletarischen Vierteln Nairobis fürchten mußte.

Mongo Beti, der bedeutende Romanschriftsteller Kameruns, lebt bereits seit zwei Jahrzehnten in der Verbannung und unterstützt im Exil in Frankreich die stärker werdende Oppositionsbewegung. Sein Landsmann René Philombe wurde in Yaounde wegen seiner antikolonialen Lyrik, seiner Theaterstücke und Romane wiederholt inhaftiert oder unter Hausarrest gestellt.

Die Volksrepublik Kongo, die derzeit die größten Alphabetisierungserfolge in ganz Afrika aufzuweisen hat, zählt be-

deutende Autoren zu ihren führenden Politikern, so Henry Lopes und Tohi-caya U'Tamsi.

Im Süden des Kontinents gehört die Einheit von literarischem und politischem Kampf zum Wesensmerkmal der Befreiungsbewegung. Der breite Volkswiderstand gegen das Apartheidregime wäre ohne literarische Protagonisten, ohne Namen wie James Matthews, Athol Fugard, Breyten Breitenbach, Nadime Gordimer, Lindiwe Mabuza oder Zindzi Mandela, schwer vorstellbar.

Noch manifester tritt die Aktionseinheit von Schriftstellern und Politikern in der Geschichte und der Gegenwart des angolanischen Befreiungskampfes in Erscheinung.

Der vor 5 Jahren allzu früh gestorbene erste Präsident des befreiten Angola, der längst vor seiner Wahl in das höchste Amt des Staates international anerkannte Lyriker und Essayist Agostinho Neto, verkörpert die Verbindung von Poesie und Politik geradezu idealtypisch, aber er ist nicht der einzige Autor mit konkreten politischen Aufträgen und Funktionen. Im Zentralkomitee der Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA) haben derzeit vier Schriftsteller wichtige Ämter.

Grüne Felder

Die grünen Felder, Bergeskette, zarten Seen
im stillen Land sind meinen Augen dargebracht,
sie schauen, bis die wirren Ängste mir vergehen,
die unter hartem Lehm wie Glut sich angefacht,

so rissig ward die süße Hoffnung, als sie schwand,
so unerlöschlich jede Liebe, die ich fand,
so hingeopfert den Bedrückern, so im Bluten
erinnernd an die Raubtierstärke ihrer Knuten.

Auf grünen Feldern, Bergeskette, zarten Seen
entflammen Feuerbrände, brüllen rote Meere,
die funkeln Haß und lächeln zärtliches Verstehen.

Das ist der Chor, der Frieden sucht, denn es ist Zeit,
denn nach Epochen der Erschöpfung und der Leere
sprengt uns ein Wort die Lippen: Unabhängigkeit!

Alube-Gefängnis in Lissabon
September 1960

Die moderne angolische Literatur ist seit mehr als 100 Jahren eng mit den antikolonialen Widerstandsbewegungen verbunden. Zwischen 1880 und 1890 entstanden, zumeist im Untergrund, die ersten literarischen Zeitschriften.

1901 veröffentlichte eine Gruppe angolischer Autoren unter dem Titel „Die Stimme Angolas aus der Wüste“ eine erste Sammlung von Gedichten und Anklageschriften gegen Rassismus und Kolonialismus. Die Afrikanische Nationalliga gab in den 20er Jahren in Luanda die Zeitschrift Leuchtfener heraus, in der die Ideen der panafrikanischen Be-



Agostinho Neto (m.) im Unabhängigkeitskrieg

wegung ihren Widerhall fanden.

1948 fanden sich junge Autoren unter der Losung „Laßt uns Angola entdecken“ zusammen und benutzten fortan die Lyrik als wichtigstes Mittel, um die oft noch analphabetischen Volksmassen für die Ziele der Befreiungsbewegung zu gewinnen. Sie benutzten zwar überwiegend die portugiesische Sprache, nahmen aber viele Elemente aus dem Alltag, der Kultur und den Sprachen der einheimischen Bevölkerung in ihre Dichtkunst auf.

Die literarische Bestätigung der nationalen und kulturellen Identität wurde für die heranreifende politische Revolution in Angola lebensnotwendig.

Das Organ der angolischen Lyriker, Mensagem, wurde von den Kolonialherren verboten, die Autoren des Landes verjagt. In Portugal gelang es einigen von ihnen, sich neu zu organisieren. Zu den Initiatoren des Zentrums für afrikanische Studien gehörten Intellektuelle und Studenten aus allen portugiesischen Kolonien, so auch Amílcar Cabral (Gui-

nea-Bissau; d. Red.). Aber die führenden Köpfe waren die Angolaner, unter ihnen die exilierten Lyriker Antonio Jacinto, Luandino Vieira und Agostinho Neto. Trotz der Zensur und trotz hoher Gefängnisstrafen gelang es ihnen, im Untergrund kleinere Lyriksammlungen herauszubringen, die auch nach Angola verschifft werden konnten. Netos erste Auswahl patriotischer Gedichte hatte unter den Veröffentlichungen die entschieden stärkste Wirkung – bei Freund und Feind.

Agostinho Neto wurde 1922 in einem Dorf südlich von Luanda als Sohn eines



protestantischen Pfarrers geboren. Sein Ziel war es, Medizin zu studieren, und 1947 erhielt er nach langem Mühen einen Studienplatz an der Universität von Coimbra.

1951 wurde er verhaftet, weil er Unterschriften für den Stockholmer Friedensappell gesammelt hatte. 1955 wurde er ohne Gerichtsurteil für fast 2 Jahre von der portugiesischen Geheimpolizei ins Gefängnis geworfen. In der Haft entstand seine erste Gedichtsammlung.

Weltweiter Protest, unter anderem von Jean Paul Sartre, Louis Aragon, Nicolas Guillen, Diego Rivera und Anna Seghers, erzwang schließlich 1957 seine Freilassung. 1959 kehrte Agostinho Neto in sein Heimatland zurück, wurde Sprecher der MPLA in Luanda und arbeitete als Arzt für seine Landsleute. Bereits 1960 wurde er vom portugiesischen Geheimdienstchef persönlich festgenommen.

Neto wurde nach Portugal und später auf die Kapverdischen Inseln deportiert. Die MPLA wählte den verbannten Schriftsteller zu ihrem Ehrenpräsidenten. 1962

– ein Jahr nach dem ersten Volksaufstand in Luanda – gelang es der MPLA im Bunde mit einer internationalen Solidaritätsbewegung, Neto freizukämpfen. Der erste Nationalkongreß der angolischen Befreiungsbewegung im Exil in Kinshasa wählte ihn 1962 zu ihrem Vorsitzenden. Netos Dichtkunst erlangte inzwischen Weltruhm. Die vierte Konferenz der afroasiatischen Schriftsteller zeichnete ihn 1970 mit ihrem Lotos-Preis aus.

Die 1977 bei Reclam in der DDR und bei Röderberg in der Bundesrepublik zugleich erschienene Auswahl von Neto-Gedichten ist bisher die einzige repräsentative deutschsprachige Ausgabe geblieben. Die Anthologie ergibt, im Zusammenhang gelesen, eine lyrisch-agitatorische Chronik nicht nur der angolischen Befreiungsbewegung.

Die Nacht ist das immer wiederkehrende Bild der frühen Gedichte: die Nacht in den unbeleuchteten und schmutzigen Elendsvierteln von Luanda, das Dunkel der Gefängniszelle, die Düsternis der Unwissenheit, die Schatten der Sklaverei oder die Finsternis der Tyrannei werden beklagt.

Später wird der Himmel über Netos Poesie erkennbar heller. Widerstand, Kampf und Hoffnung rücken in den Mittelpunkt seiner politischen Lyrik. Bei allem Überschwang, aller Revolutionsbegeisterung und allafrikanischer Völkerverbundenheit verfällt er jedoch nie in das hohle Pathos eines Senghor. Er bleibt, literarisch wie politisch, ein Realist und übersieht, auch nach der Erringung der politischen Unabhängigkeit Angolas, nicht die Mühen der Ebenen, der tagtäglichen Kleinarbeit und des Wiederaufbaus nach einem halben Jahrtausend kolonialer Ausplünderung.

Netos Lyrik handelt immer wieder vom Leid seines Volkes wie aller Völker, die vom Imperialismus und Kolonialismus unterdrückt werden, sie klagt Hunger, Unwissenheit und Barbarei an, aber sie ist niemals sentimental.

Kein Platz für Tränen

Ähnlich wie bei anderen literarischen Protagonisten des Befreiungskampfes in den Ländern der Dritten Welt, bei dem Vietnamesen To Huu, bei Pablo Neruda oder Gabriel Marquez, ist in seinem Werk kein Platz für Selbstmitleid und Tränen, die als Zeichen der Unterwürfigkeit abgelehnt werden. Die Zukunft muß „Mit trockenen Augen“ errichtet werden: so lautet der Titel einer späteren Gedichtauswahl.

Neto besingt die Schönheit seiner afrikanischen Heimat, die Kraft seiner wilden Tiere, die Strömung seiner Flüsse, das hohe Dach der Regenwälder, aber er

hütet sich vor jeder Nostalgie und jeder „Negritude“-Romantik. Industrie, Technik und Wissenschaft werden in den Kosmos seiner Dichtkunst einbezogen. Er ist Angolaner, bekennt sich als Afrikaner und bleibt doch durch und durch Internationalist. Seine Vision ist eine Welt der geschwisterlichen Solidarität, in die sein Volk frei und mit gleichberechtigter Stimme eintreten will:

Hier unsere Hände
geöffnet der Brüderlichkeit der Welt
der Zukunft der Welt
in Gewißheit vereint
für Recht für Eintracht für Frieden...

Aufbruch zur Zwangsarbeit

Das Gesicht ist ein Bildnis der Seele
geknetet durch Leid

In der Stunde da man weint
in dieser blutgetränkten Abendstunde
ging Manuel
ihre Liebe
ging fort nach São Tomé
hinter das Meer

Bis wann?

Am fernen Horizont
eilig ertränkt
Sonne und Schiff
das Meer
verfinstert
den Himmel verfinstert die Erde
und die Seele der Frau

Nirgends ist Licht
nirgends ein Stern im finsternen Himmel
nichts als Schatten trägt die Erde

Nirgends ist Licht
nirgends ein lenkender Stern in der Seele der Frau

Finsternis
Nur Finsternis...

Agostinho Neto ist mehr als der Nationalpoet des befreiten Angola. Seine Werke gehören zur revolutionären Weltliteratur unserer Epoche und sind inzwischen in über 40 Sprachen übersetzt. Sie machen Schule und wirken namentlich in Afrika auf die neue Generation von Schriftstellern, die den Volksmassen die entscheidende Rolle bei der Veränderung der politischen wie der literarischen Verhältnisse zusprechen. So hat Chinua Achebe kürzlich ein Sonderheft der von ihm herausgegebenen Zeitschrift *Okike* allein Agostinho Neto gewidmet und darin Zeugnisse von jungen Autoren aus allen Teilen Afrikas gesammelt. Sie alle sehen in dem angolischen Dichterpräsidenten ihren Lehrmeister und betrachten die von Neto vorgelebte Verbindung von Literatur und Politik als gegenwärtig einzig gangbaren Weg, um die Kluft zwischen Schriftsteller und Volk zu überwinden und dem literarischen und künstlerischen Schaffen die Aufgabe zurückzugeben, die ihm beim Aufbau neuer und freier Gesellschaftsordnungen zukommt.

Symposium „Bildung zur Befreiung“

Es war ein geschichtsträchtiges Datum, das sich die Organisatoren zur Eröffnung des Symposiums „Education for Liberation“ (Bildung zur Befreiung) ausgesucht hatten: Genau auf den Tag vor 100 Jahren, am 24.4.1884, hatte Reichskanzler Bismarck die deutschen Ansprüche auf Namibia und damit den offiziellen Beginn deutscher Kolonialpolitik in alle Welt hinausdelegiert.

Mit der Bremer Konferenz wollte man nun aus deutscher Sicht eine Art Wiedergutmachung, einen Beitrag zur Dekolonialisierung leisten. Und was sich dort drei Tage lang im Bremer Überseemuseum abspielte, hatte durchaus auch historische Qualität. Einmal, weil neben den deutschen Mitorganisatoren (Namibia-Projekt der Uni Bremen, terre des hommes, Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung) die drei Befreiungsbewegungen Afrikanischer Nationalkongress (ANC), Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) und Front zur Befreiung von Sagua el-Hamra und Rio de Oro (Frente POLISARIO) zum ersten Mal auf bundesdeutschem Boden ein gemeinsames Seminar veranstalteten.

Zum anderen war der eigentliche Anlaß des Symposiums selbst ein Ereignis besonderer Art: In mehrjähriger deutsch-namibischer Zusammenarbeit sind zwei sozialkundliche Schulbücher zur Geschichte Namibias entstanden, die jetzt der Öffentlichkeit vorgestellt wurden.

„Lernbuch Namibia“

Die englische Fassung „Our Namibia. A Social Studies Text Book“ ist für den Einsatz an namibischen Schulen, heute noch vor allem in den großen Flüchtlingslagern in Angola und Sambia, später, d.h. nach der Unabhängigkeit Namibias, als offizielles Schulbuch konzipiert. Die deutsche Version – die sich notwendigerweise von der namibischen Ausgabe unterscheidet – „Lernbuch Namibia. Ein Lese- und Arbeitsbuch“ ist für den Gebrauch an bundesdeutschen Sekundarstufe-I-Schulen bestimmt. Die Autoren von „Our Namibia“ sind im wesentlichen – und dies hat es noch nie gegeben – Schwarze aus Namibia. Namibische Lehrer, Kirchenleute und Politiker haben zur Zusammenstellung der Texte beigetragen. Die Projektleitung auf namibischer Seite lag bei dem UNO-Institut für Namibia (UNIN) in Lusaka (Sambia), in Bremen vertreten durch den stellvertretenden Direktor und Leiter der Erzie-

hungsabteilung, Billy Modise.

Das 1976 eröffnete UNIN ist eine bisher einzigartige Einrichtung der Vereinten Nationen. Durch seine Tätigkeit, d.h. in erster Linie durch die vorhandenen Ausbildungskapazitäten dieses Instituts sollen strukturelle und personelle Voraussetzungen für eine namibische Infrastruktur und Verwaltung geschaffen werden, die nach der Unabhängigkeit benötigt werden. Deutscher Projektpartner war die Arbeitsgruppe „Politische Landeskunde Namibia“ an der Universität Bremen unter der Leitung des Völkerrechtlers Prof. Dr. Manfred O. Hinz.

Kooperation wurde von Anfang an ernst und wörtlich genommen. Das bedeutete vor allem für die deutschen Autoren sich auf einen bewußt gesuchten Lernprozeß einzulassen und alle noch so verbrämten (neo-)kolonialen „Entwicklungs“-Ansätze, mit denen Bildung eindimensional von „hier“ nach „dort“ transferiert werden soll, rigoros über Bord zu werfen.

„Im Lernen voneinander kristallisierte sich das Verständnis heraus, daß diejenigen, die das Erbe der Kolonisierten zu tragen haben, unter einer Hypothek leiden, die nur um Akzente von der verschieden ist, die das Erbe der ehemals Kolonisierenden (also uns) bestimmt“ (Aus dem Vorwort des Lernbuch Namibia, S.3). Mit der Formel von der „Notwendigkeit einer doppelten Entkolonialisierung“ wurde diese Erkenntnis auf den Begriff gebracht und zur Forderung, die im Zentrum aller Diskussionen während des Symposiums stand.

Aus der Perspektive der Unterdrückten haben die Vertreter der Befreiungsbewegungen eindrucklich die sozialen Konsequenzen des „kolonialen Verhältnisses“ geschildert.

Die Bildungssituation für die Bevölkerungsmehrheit in Namibia ist katastrophal. 1981 besuchten 93% der schwarzen Schüler lediglich Primärschulen, von denen nur 17% die Primärausbildung beendeten. Nur wenige Hundert erreichen einen Abschluß, der zum Universitätsbesuch berechtigt.

Ein eklatanter Mangel an qualifizierten schwarzen Lehrern ist so auch eines der Haupthindernisse, das beim Aufbau eines befreiten namibischen Erziehungswesens überwunden werden muß, wie M. Tjitendero, Mitglied des Zentralkomitees der SWAPO, in Bremen erklärte. Doch obwohl der Unterricht oft nur von fortgeschritteneren Schülern geleitet wird, ziehen immer mehr Namibier diese Art von eigener und kollektiver Bildung dem heutigen



Vlinr. Konferenzteilnehmer M. Lamine, Dolmetscherin, M. Tjitendero

rassistischen Erziehungssystem in Namibia vor. Inzwischen besuchen beinahe 30.000 Schüler die Schulen in den Erziehungs- und Gesundheitszentren der SWAPO in Cuanza Sul (Angola) und Nyango (Sambia).

Nicht weniger kraß sind die Folgen der „Bantu-Erziehung“ in Südafrika. Während z.B. das Verhältnis Lehrer-Schüler bei den Weißen 1:20 beträgt, ist es bei den Afrikanern mit einem Durchschnitt von 1:47 mehr als doppelt so hoch.

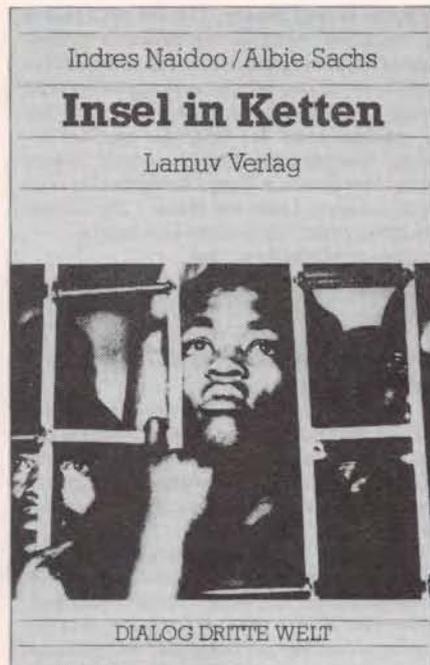
Immer wieder entzündet sich in Südafrika der politische Kampf gegen das Apartheidregime gerade an Bildungsfragen wie etwa 1976 in Soweto. Nicht zuletzt deshalb sei der Kampf an der „Bildungsfront“ ein Schwerpunkt der ANC-Politik, betonten W. Njobe, Vertreter des ANC-Bildungskomitees und S. Nkwe, ehemaliger Direktor des Solomon-Mahlangu-Freedom-College in Morogoro (Tansania). Projekte wie die ANC-Schule in Morogoro erlangen darum Bedeutung nicht nur durch die Ausbildung von qualifizierten Kadern, sondern in der praktizierten Vorwegnahme „befreiter“ Bildungsinhalte.

ALTER- NATIVEN ZU GLOBAL 2000		FIDEL CASTRO ... WENN WIR ÜBERLEBEN WOLLEN 296 SEITEN, 16,80 DM	Menschenleben vernichtet, sondern daß schon im Frieden Tag für Tag Menschen sterben müssen, weil das Geld nicht für ihre Ernährung, sondern für immer perfektere Waffensysteme verpulvert wird. „Uns bleibt keine andere Wahl als zu kämpfen und dabei auf die gewaltige moralische und geistige Kraft der Menschheit zu vertrauen, wenn wir die Hoffnung auf das Überleben hegen wollen.“ Fidel Castro
		Der kubanische Staatschef Fidel Castro und ein Team hochkarätiger Wirtschaftswissenschaftler haben in ihrem Bericht, der auf der VII. Gipfelkonferenz der Nicht-paktgebundenen weltweit Aufmerksamkeit erregte, die Auswirkungen der sozialen und wirtschaftlichen Krise auf die unterentwickelten Länder untersucht. Die Autoren belegen auf dramatische Weise, daß Rüstung nicht erst im Krieg	
		Postfach 789 46 Dortmund	

Augenzeuge von Robben Island



W. Njobe (Foto: U. Bauer)



Auch unter den extrem ungünstigen Bedingungen des Krieges und der natürlichen Gegebenheiten sei die allmähliche Etablierung eines alternativen Bildungssystems in den Wüstenlagern ein fest integrierter Bestandteil des anticolonialen Kampfes der Frente POLISARIO, versicherte M. Lamine, Erziehungsminister der Demokratischen Arabischen Republik Sahara. Aufhebung der Benachteiligung der Frau und Förderung der Erwachsenenbildung hätten ein besonderes Gewicht bei der Umwandlung des Erziehungswesens.

Die „Aktualität des kolonialen Verhältnisses“ auch bei uns wurde besonders in Beiträgen bundesdeutscher Wissenschaftler thematisiert (u.a. H. Bley, D. Goldschmidt, L. Helbig, H. Melber). Mit dem „Lernbuch Namibia“ lag der Konferenz dabei ein Demonstrations- und Diskussionsobjekt vor, das beispielhaft aufzeigt, was „Entkolonialisierung des Denkens“ bedeuten kann.

Überhaupt keinen Zweifel ließen die Autoren daran, daß der Dekolonialisierungsprozeß Parteilichkeit erfordert, daß es den sog. „neutralen“ Standpunkt nicht gibt. So schreiben sie und dies ist für ein Schulbuch (in Bremen übrigens offiziell anerkannt) bemerkenswert: „Es (das Buch) bemüht sich allerdings auch und gerade um den Namibier, der irgendwann und irgendwo nicht mehr anders kann, als mit der Waffe in der Hand gegen die Unterdrücker zu kämpfen“ (S.4).

Dem Anspruch, ein Forum für weiterführende Diskussionen, und nicht vorrangig für Statements zu sein, konnte das Symposium nicht ganz gerecht werden. Angesichts der Bemühungen Südafrikas und seiner Verbündeten, ANC und SWAPO international zu isolieren, war es jedoch ein wichtiger und wirkungsvoller Beitrag, um genau diese Strategie zu durchkreuzen.

Beide Bücher sind zu bestellen bei Projekt „Politische Landeskunde Namibias“, Universität Bremen, 2800 Bremen 33

Ch. Sodemann

Sage niemand, selbst ein übles Machwerk wie John Waynes Vietnam-Heldenepos „Green Berets“ (über die gleichnamige US-Killertuppe) habe nicht auch seine guten Seiten: „An einem Punkt der Handlung sahen wir, wie vietnamesische Soldaten und Guerillas ein Dorf einnahmen; sie entfalteten ihre Flagge, hißten sie an einem Mast, und als sie anfang zu flattern, brachen wir spontan in Hochrufe aus und klatschten – jeder einzelne Häftling im Saal. In dem matten Licht konnten wir die Wärter sehen, die uns fassungslos anstarrten.“ „Wir“ – das sind schwarze, indische und „farbige“ Gefangene auf Südafrikas Zuchthausinsel Robben Island, überwiegend Mitglieder des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC). Einer von diesen war zehn Jahre – von 1963 bis 1973 – Indres Naidoo, einer der ersten Freiwilligen, die sich dem bewaffneten Kampf angeschlossen hatten, den der militärische Flügel des ANC 1961 aufgenommen hatte. Zusammen mit dem im Exil lebenden Südafrikaner Albie Sachs zeichnete der ehemalige Häftling 885/63 seine Erfahrungen und Erinnerungen sorgfältig auf, nachdem er selber vor dem erneuten Zugriff des Apartheid-Regimes ins Ausland geflohen war.

Indres Naidoo/Albie Sachs, *Insel in Ketten*, Lamuv-Verlag, Dialog Dritte Welt, Bornheim-Merten 1984, 280 Seiten, 18,80 DM

handelt vor allem von zwei bestimmenden Merkmalen des Lebens auf der Kapstadt vorgelegerten Insel. Da sind zum einen die Schikanen und Brutalitäten der Wärter, durch die sie versuchen, die Häftlinge zu erniedrigen und zu brechen. Und da ist die unaufdringliche Darstellung dessen, was das Überleben ermöglichte: Mut, Würde, Überlegenheit, Solidarität, subversive List, Humor.

Gerade letzterer steht in einem eigenartigen Kontrast zu den Schilderungen etwa der zermürbenden und quälenden Arbeit im Steinbruch der Insel. Aber er demonstriert die Überlegenheit der politischen Gefangenen über ihre Peiniger.

Über weite Strecken eröffnet sich dem Leser eine Hölle. Sie wird geschaffen nicht allein durch unmenschliche Zwangsarbeit, durch sadistische Exzesse von Wärtern, deren Brutalität erniedrigen und angebliche weiße Überlegenheit beweisen soll. Beklemmender sind vielfach diejenigen Details, die nicht mit offener Gewalt einhergehen. Wieviel bleibt etwa von der Würde eines Menschen, dem die grundlegenden sanitären Notwendigkeiten versagt werden? Oder es sind die Schikanen, die den grauen Alltag durchsetzen: „Nur dreimal am Tag ließ man uns hinaus, dann rannten wir wie die Verrückten unser Essen holen: Wir wußten, wenn man uns beim Sprechen schnappte, gab es nichts zu essen, wenn wir zu langsam liefen, gab es nichts zu essen, und wenn wir den hingestreckten Teller verpaßten, gab es nichts zu essen.“

Doch nirgendwo findet Selbstmitleid Platz in Naidoos Erinnerungen. Fast unterkühlt wird all dies berichtet, nur karg beschrieben. Ebenso wenig verklebt irgendwelches Pathos diejenigen Passagen, in denen vom Mut und vom Widerstand die Rede ist.

Die Gefangenen wehren sich gegen die Brutalität der Wärter. Sie organisieren den Widerstand, reichen Beschwerde um Beschwerde ein, führen Streikaktionen durch. Naidoo vornweg. Es bringt ihm mehrfach Einzelhaft ein. Aber die Streiks haben Erfolg. Allmählich erringen die Gefangenen Verbesserungen, die Brutalität geht zurück. Es sind Siege der Häftlinge, aber Naidoo konstatiert den Wert, den die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit hat.

Die Gefangenen organisieren eigene Bildungskurse in allen möglichen Fächern, ziehen mit Hingabe einen umfangreichen Ligasportbetrieb vom Fußball bis zum Schach auf, spielen Musik und Theater, veranstalten politische Diskussionen. Es kommt soweit, daß einzelne Wärter sich klammheimlich Nachhilfeunterricht geben lassen.

Die Gefangenen sind denen, die sich meist als ihre Herren dünken, nicht nur hierin über. Ihre Solidarität beeindruckt diejenigen, die angerechnet waren, sie zu brechen. Ihre Haltung führt die Apartheid ad absurdum, ihre Menschlichkeit demonstriert im „Gefängnis im Gefängnis“ (dem gesamten Südafrika) die bessere Zukunft für alle in Südafrika Lebenden, die in der Freiheitscharta des ANC proklamiert ist. Indres Naidoos Erzählweise ist nicht chronologisch, und er erlaubt sich kaum kommentierende oder bewertende Ausführungen. Die einzelnen Kapitel sind Episoden, Details, Facetten, die mitunter gerade eine Seite füllen. Sie ergeben insgesamt aber ein abgerundetes Bild, und die dargestellten Ereignisse und Verhältnisse sprechen für sich.

Und noch etwas fällt auf: Stehen auf der einen Seite Bösartigkeiten und Gemeinheit – was der ehemalige Häftling 885/63 aufzeichnete, verrät nirgendwo Haß oder Rachegefühle. Die Wärter, so wird immer wieder deutlich, sind selber die Opfer eines Systems, für dessen Beseitigung er seit der Entlassung wieder offen kämpft, was ihn zwang, ins Ausland zu fliehen. „Insel in Ketten“ ist so auch ein Dokument des Widerstands. Vor allem aber ist es – hervorragend lesbar, was einer gelungenen Übersetzung zu danken ist – ein Dokument der überlegenen Humanität der Freiheitskämpfer in Südafrika.

J. Ostrowsky



Mir hilft das AIB enorm

Hervorragend wieder Heft Nr. 5/84 des AIB! Als ganz normaler Verbraucher der Deutschen Medien, dem aufgrund vieler Ehrenämter wenig Zeit für Fachliteratur verbleibt, habe ich im AIB die Dritte-Welt-Zeitschrift gefunden, die mir die notwendigen Hintergrundinformationen liefert.

Bedrückend der Bericht über Guatemala, über den MIK, die Wahnsinnsstrategien des Pentagon! Als überzeugter Sozialdemokrat bin ich kein Mitläufer des bedingungslosen Antikommunismus aber auch kein Mitläufer des bedingungslosen Antiamerikanismus, sondern bilde mir ein, in Partei, Gewerkschaft, Stadtrat und Presse auf diese grauenhaften Auswüchse all dieser Militärverbrecher laufend aufmerksam gemacht zu haben und zu machen. Und dazu hilft mir das AIB enorm. Danke!

Stephan Boehm, Dillingen a.d. Donau
Stadtrat und DGB-OK-Vorsitzender

Mehr Diskussion und Kultur

Auch das neue AIB gefällt mir gut. Noch besser würde es mir vermutlich gefallen, wenn es mehr Platz für inhaltliche Diskussionen und für mehr Kultur (z.B. auf Kosten der „Kurzinformationen“) bieten würde.

L. Heinrich, Bonn

Anmerkung der Redaktion:

Mehr inhaltliche Diskussionen zu bringen, wie sie L. Heinrich wünscht, ist das Anliegen auch der AIB-Redaktion. Sie sollte unseres Erachtens nicht nur hier auf der Leserseite Platz ergreifen, sondern könnte zudem verstärkt anhand von Thesen oder in Form von Gesprächsrunden ablaufen. Letzteres taten wir 1983 mehrfach zum Themenkreis Frieden und Dritte Welt. In Kürze sollte man dies zum gleichen Thema und/oder zu den in Vorbereitung befindlichen Thesen Sowjetunion und Dritte Welt fortsetzen. Allerdings sind wir hierbei auf die Beteiligung unserer Leser angewiesen.

Mehr Kultur zu bringen, ist gleichfalls unser ureigenes Anliegen. Unsere Arbeitskonferenz 1983 plädierte für Kulturbeiträge in jedem Heft. Nur stoßen wir dabei hin und wieder auf eine Sperre, die da heißt, zu wenig qualifizierte Schreiber (wir können prinzipiell keine Honorare oder Autorenerlöse zahlen!) und zu geringe Eigenkapazitäten der Redaktion.

Antiimperialistisches Symbol

Ich finde es sehr schade, daß ihr das Symbol der Solidarität nicht in den neuen Zeitschriftenkopf übernommen habt. Für mich drückt dieses Symbol aus, daß der antiimperialistische Kampf alle Völker dieser Erde betrifft und daß wir solidarisch an der Seite der um ihre Befreiung kämpfenden Völker stehen. Diesen Aspekt, der gerade in Euren Artikeln zum Ausdruck kommt, kann der Name „Die Dritte-Welt-Zeitschrift“ allein nicht verkörpern.

Ansonsten: Macht weiter so!

G. Nickel, Offenbach

Pershing II gegen 3. Welt?

Die Analysen und Dokumentationen zur AirLand Battle 1986 und 2000 erscheinen mir höchst wichtig, weil damit die logistische Stützung des NATO-Interventionismus gegenüber den Staaten der Dritten Welt aufgezeigt werden.

Es wird damit die militaristische Erpressung der armen Länder vorbereitet, die zur imperialistischen Expansion vernichtungstarker konventioneller Kräfte rational erscheint, aber der entscheidende Mechanismus der Aufrüstungsstrategie in den atomaren Pershing II Massenvernichtungswaffen, die als Systeme mobil ausgelegt sind und dennoch in der Zielplanung auf die Sowjetunion fixiert sind, erklärt sich nicht aus einer möglichen Drittweltkonfrontation.

In Mutlangen befinden sich 36 Pershing II Lafetten, von denen jeweils die Hälfte in Alarmstellungen im freien Gelände stationiert sind. Bekannt sind bisher Stellungen in Straß und Merklingen, weitere fest ausgemessene Feuerstellungen versucht die Friedensbewegung erst zu eruieren. In Schwäbisch Gmünd in der Bismarck Kaserne ist das Hauptquartier

der 56th US Field Artillery Brigade etabliert, über deren Aktivitäten in der Umsetzung der AirLand Battle bisher selbst den Anwohnern noch zu wenig bekannt ist.

Es wäre für mich dringendst notwendig zu erfahren, inwieweit die Zielplanung dieser Atomraketen flexibel ist, ob Dislozierungspläne bestehen und wem die primäre Bedrohung gilt. Die Koppelung an Luft-Interventionen, die durch permanente Übungsflüge mit 20 Bell Hubschraubern geprobt wird, ist offensichtlich.

G. Wahl, Schwäbisch Gmünd

Anmerkung der Redaktion: Sicherlich ist es möglich, die Zielplanung der Pershing II zu verändern. Von bundesdeutschem Boden aus können sie nicht nur die Sowjetunion, sondern auch Ankara, Tripolis und Algerien erreichen. Sie sind jedoch zuallererst Teil der Erstschlag- bzw. Enthauptungsstrategie gegenüber der Sowjetunion. Bezüglich der Dritten Welt haben sie vor allem die Funktion, die UdSSR im Falle einer US-Intervention in Schach zu halten.

Eine direkte Bedrohung der Dritten Welt sind jedoch die in der BRD und besonders die in Comiso (Italien) und auf US-Schiffen, Flugzeugen und U-Booten stationierten Cruise Missiles, die über eine größere Reichweite verfügen. Die Marschflugkörper in Comiso bedrohen sowohl den Nahen und Mittleren Osten, als auch das nördliche Afrika. Näheres zu diesem Thema im AIB-Sonderheft 2/1984 „AirLand Battle und die Rolle der Bundesrepublik“.

Anmerkung der Redaktion

Je kürzer ein Brief ist, umso größer ist die Chance, daß er auf dieser Seite veröffentlicht wird. Wir behalten uns gegebenenfalls Kürzungen vor.

Zeitschriftenschau

Blätter des iz3w, Nr. 117/Mai 1984

Nachrichten und Berichte zu: Nicaragua, Chile ● Brennpunkt Moçambique ● Destabilisierungspolitik in Moçambique ● Wir haben Mais gesät, aber es ist nichts gewachsen... ● Dringende Hilferufe ● Die Verfassungsreform in Südafrika ● BRD - Entwicklungspolitik ● Register ● BUKO-Kampagne ● BUKO - Aufruf ● Aktion - Vegetarische Woche ● Verbot politischer Literatur ● Umweltverschmutzung in der 3. Welt ● Tigray-Interview
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Brasilien-Nachrichten, Nr. 81/1984

Schwerpunkt: Rüstungsexportland: Die Entwicklung Brasiliens zum größten Waffenexporteur der 3. Welt ● Kernwaffenstaat mit Hilfe der Bundesrepublik Deutschland ● Durch Rüstungsexporte heraus aus der Unterentwicklung ● Chronik Brasilien 1983 ● Priester und Possesio frei ● WER ist WER in der brasilianischen Wirtschaft? ● Vorwürfe gegen VW-Farm: Was ist es, was VW so blind macht? ● Chronik der Konflikte um die VW-Fazenda ● Bericht des PT-Abgeordneten Expedito Soares über den Besuch auf der VW-Fazenda „Vale do Rio Cristalino“ ● Bischof Hanrahan: „Wir klagen Volkswagen des Mangels an Verantwortungsbewußtsein an“ ● Volkswagen, von der Zusammenarbeit des 21. Jhd. mit dem 18. Jhd. ● Volkswagen Wolfsburg antwortet ● Gedicht ● Bücher/Tonbildreihe.
Einzelpreis 7 DM; Abo 28 DM
Bezug: Brasilien-Nachrichten, Lichtenbergstr. 1, 4500 Osnabrück

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 2/März 1984

Schwerpunkt: MOSAMBIK: Frontstaat unter Druck ● Krieg und Hunger: Rahmenbedingungen mosambikanischer Entwicklungspolitik ● Abkommen zwischen Mosambik und Südafrika ● Abkommen kein Sieg für Pretoria ● „Wir haben Mais gesät, aber es ist nichts gewachsen“: Dürre und Überschwemmung treffen Mosambik hart ● Eine umstrittene Kampagne: Überlegungen zur 'Operação Produção' ● Alphabetisierung in Mosambik ● Das Wort 'Frau' kommt nicht vor ● Die neugegründete mosambikanische Gewerkschaft ● Kaum Vorteile, aber keine Nachteile: Die Bedeutung der Lomé-Konvention für Mosambik ● Lennestadt-M'Kondeze: Eine Schulpartnerschaft ● Die Südafrika-Politik der Bundesregierung
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: ISSA, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 77/März 1984

8. BUKO: „Zwischen Button und Blockade.“ Entwicklungspolitische Aktionsformen in der Diskussion. Aufruf, Programm, Anmeldung ● Jetzt auch in Bremen ein Dritte Welt Haus ● BUKO-Kampagne „Stopp den Rüstungsexport“, Koordinationsstelle in Bremen hat ihre Arbeit aufgenommen ● Teile für Brasiliens Atombombenfabrik im Neustädter Hafen ● Solidaritätsbewegung fordert sofortige Abberufung R. Jägers aus der UN-Menschenrechtskommission ● Protokoll der KA-Sitzung vom 17.-19.2. ● Agro-Rundbrief ● Pharma-Brief ● Stellungnahme des KA zur Beendigung des Nestlé-Boikotts an INBC ● Rückzieher der TAZ? ● Freire-Brief ● Material und Medien
Einzelpreis 3 DM; Abo 36 bzw. 50 DM
Bezug: FEA-Verlag, Ruhstr. 14, 4040 Neuss 21

Türkei-Kampagne

Sechs demokratische Organisationen der Türkei und Türkisch-Kurdistan – BIRLIK YOLU, DIBAF, FIDEF, GERCEK, KKDK, KOMKAR – haben sich am 9. April d. J. geeinigt eine Kampagne für eine Generalamnestie aller politischen Gefangenen in der Türkei und in Türkisch-Kurdistan durchzuführen.

Zur Durchsetzung dieser „vorrangig anzustrebenden Forderung“ wurde ein Aufruf und eine Unterschriftenaktion beschlossen. Entgegen den Behauptungen der Politiker und des Militärs über die „Rückkehr der Türkei zur Demokratie“ seien die Gefängnisse mit politischen Gefangenen überfüllt, Folter und Todesstrafen stünden nach wie vor auf der Tagesordnung. Ende April hatten türkische Militärgerichte 45 Todesurteile gegen politische Gefangene gefällt. Andere starben bereits ohne Gerichtsurteil während Hungerstreiks oder durch Folter. Die im Rahmen der Kampagne gesammelten Unterschriften werden dem Europarat übergeben. Kontaktadresse: Pol. Gef., Hauptpostlagernd, 5000 Köln 1.

Chile-Bundestreffen

Am 7. April d.J. fand in Frankfurt ein bundesweites Treffen von Chile-Solidaritätskomitees statt. Einmütig wurde sich auf diesem Treffen, an dem auch ein Mitarbeiter der nationalen Leitung der Demokratischen Volksbewegung (MDP) aus Santiago teilnahm, dafür ausgesprochen, alle politische und materielle Solidarität auf die MDP zu konzentrieren.

Weiterhin wurde beschlossen, am Tag des Generalstreiks in Chile, der zur Zeit vorbereitet wird, auch in der BRD einen Solidaritätstag durchzuführen. In möglichst vielen Städten sollen Infostände, Solidaritätsveranstaltungen und Aktionen stattfinden. Gewerkschaftsgremien, Parteien, Verbände und Kirchen werden gebeten, Solidaritätserklärungen nach Chile zu senden.

Außerdem fordern die Chile-Komitees weiterhin die Freilassung aller politischen Gefangenen sowie das Recht auf Rückkehr für alle im Exil lebenden Chilenen. Solidaritätstelegramme können an folgende Adressen gerichtet werden: Movimiento Democrático Popular, Huerfanos 1373, of. 709, Santiago, Chile und Comando Nacional de Trabajadores, Mac-Iver 283, 5 piso, Santiago, Chile.

Aktion gegen BRD-Interventionsbeteiligung

Eine bundesweite Unterschriftensammlung gegen die zunehmende Einbeziehung der BRD in die Militärkonflikte des Nahen Ostens eröffnen die Palästina-, Libanon- und Nahostkomitees. Unterstützt werden sollen folgende Forderungen an die Bundesregierung:

- zu unterbinden, daß das Pentagon vom Boden der Bundesrepublik aus, in Stuttgart, Kriegseinsätze plant, organisiert und kommandiert!
- ihre Zustimmung zur Stationierung der atomaren Erstschnitzwaffen Pershing II und Cruise Missile rückgängig zu machen und die bereits stationierten Raketen abbauen zu lassen!
- zu verhindern, daß die USA die Bundesrepublik als „Drehscheibe“ des Einsatzes ihrer

„Schnellen Eingreiftruppe“ im Nahen Osten und als Nachschublager für entsprechendes militärisches Material mißbrauchen!

- sich von dem Kriegführungskonzept „AirLand Battle 2000“ und der Unterzeichnung seines Vorwortes durch Heeresinspekteur Glanz zu distanzieren!

- allen Überlegungen und Plänen für ein direktes oder indirektes Engagement der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes im Nahen Osten eine unzweideutige Absage zu erteilen!

- sich dafür zu verwenden, daß der Bundestag den Titel 686 26 im Einzelplan 05 – „Friedenssichernde Maßnahmen in Nahost (Libanon)“ – steicht und den dort vorgesehenen Betrag von 7 Mio DM dem Titel 686 24 desselben Einzelplanes zuführt – „Besondere deutsche Hilfe zur Linderung der Flüchtlingsnot im Nahen Osten im Zusammenwirken mit der UNRWA“ (Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge)!

Unterschriftenlisten anfordern bei: K.D. Fischer, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt/M. 1

Guatemala

Die Guatemala-Gruppe Münster hat die Koordination einer bundesweiten Boykottkampagne gegen Coca Cola übernommen.

Anlaß für diese Aktion ist der erneute Versuch des Getränke-Multis, die Gewerkschaft der Coca-Cola-Arbeiter in Guatemala zu zerschlagen (siehe AIB-Sonderheft 3/1984 „Guatemala“, S. XIXf.). Der bundesdeutsche Boykott, der Teil einer weltweiten Kampagne ist, wurde auf dem Treffen der Guatemala-Gruppen im Juni d.J. beschlossen.

Kontaktadresse: Guatemala-Gruppe, Kardinal-von-Galen-Ring 45, 4400 Münster, Tel. 0251/89503

Hungerhilfe für Äthiopien

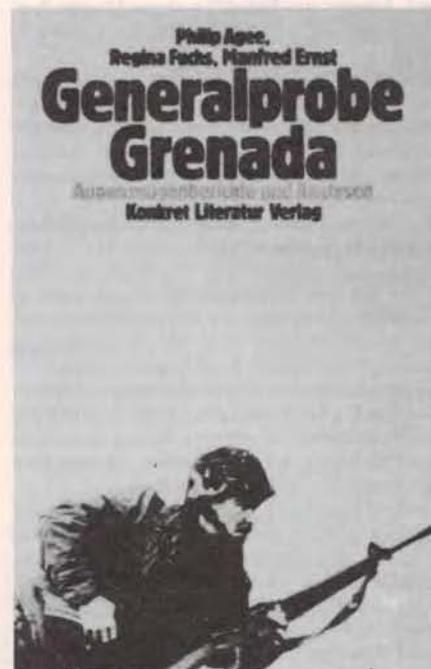
Mit einem dringenden Appell zur Unterstützung wandte sich am 16.4.1984 in Bonn ein Vertreter der äthiopischen Hilfsorganisation 'Relief and Rehabilitation Commission' (RRC) an die bundesdeutsche Öffentlichkeit. Etwa 5,2 Millionen Menschen sind vor allem in den Provinzen Wollo, Sidamo, Tigray, Gondar und Eritrea von der gegenwärtigen Dürrekatastrophe betroffen. In manchen Regionen ist seit 1982/83 in drei aufeinander folgenden Ernteperioden kein Regen mehr gefallen. In anderen Gegenden wird die äußerst kritische Ernährungslage durch Pflanzenkrankheiten und schwere Hagelschäden verschärft.

Besondere Probleme bereitet die Versorgung der weit über eine Million Hungerflüchtlinge „internally displaced people“, der etwa 30.000 Rückkehrer aus Djibouti und der über 80.000 bzw. 300.000 Flüchtlinge aus Sudan und Somalia. Die meisten von ihnen leben in provisorischen Unterkünften und sind fast vollständig von organisierter Hilfe abhängig. Die RRC bittet deshalb um Spenden für Nahrungsmittel, medizinische Ausrüstung, Grundstoffe für die Landwirtschaft und den Aufbau von Lagerkapazitäten auf das Konto: Äthiopische Botschaft (Kennwort: Dürrekatastrophe), Dresdner Bank Bonn (BLZ 380 800 55), Konto Nr. 234 413 000.

Buchtipp: Grenada

Wenige Bücher sind knapp und umfassend, präzise und spannend zugleich. Eines davon ist soeben erschienen:

Ph. Agee, R. Fuchs, M. Ernst u.a.: **Generalprobe Grenada**, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1984, 192 Seiten, 18 DM.



Unter anderem enthält es Augenzeugenberichte über die Tage des Putsches gegen Maurice Bishop – samt Dokumenten der Putschisten – und der folgenden Invasion. Einer gut aufbereiteten Geschichte Grenadas folgt die Darstellung der Revolution, ihrer Ziele und Erfolge sowie Analysen der Beziehungen zu Kuba und den karibischen Nachbarstaaten. Beschrieben werden die Destabilisierungsversuche des CIA und die US-Pläne für Grenada nach der Invasion. Abschließend ist eine Rede Fidel Castros dokumentiert, in der dieser insbesondere die Putschisten eingeschätzt und die US-Propaganda über „kubanischen Revolutionsexport“ zerpfückt hat.

Bankenboykott zu Südafrika

Unter dem Titel „Banken und Apartheid. Unser Geld in Südafrika“ hat die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) eine Broschüre herausgegeben, die sich mit der Bedeutung der ausländischen Banken für das Apartheidregime befaßt. Zudem werden die bundesdeutschen Bankgeschäfte mit Südafrika bilanziert, sowie Bankenboykottaktionen vorgestellt.

Ein großes Gewicht wird den Kriterien des Ökumenischen Rates der Kirchen für den Bankenboykott zugemessen. Besondere Aktualität gewinnt diese Broschüre durch die Vergabe von zwei weiteren Krediten an die Regierung Südafrikas (75 Mio Dollar) und die ESCOM, die halbstaatliche Elektrizitätsgesellschaft (150 Mio DM) im April d.J. unter Federführung der Dresdner Bank.

Die Broschüre kann für 1,50 DM bezogen werden bei: AAB, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1.

Südliches Afrika

Am 28./29. April d.J. fand in Arusha (Tansania) eine Gipfelkonferenz der Staatschefs der südafrikanischen Frontstaaten (Angola, Botswana, Moçambique, Sambia, Tansania und Zimbabwe) statt. Thema der Konferenz war vor allem die neue Lage, die durch die Abkommen entstanden war, die Moçambique und Angola mit Südafrika abgeschlossen hatten (siehe AIB 4/1984, S. 11ff. und 5/1984, S. 4ff.).

Die Teilnehmer der Konferenz, bei der auch die Führer der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), Sam Nujoma, und des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), Oliver Tambo, anwesend waren, stimmten den Abkommen prinzipiell zu.

Sie erklärten jedoch, daß Frieden und Sicherheit in der Region mit Kolonialismus und Rassismus unvereinbar sind. Sie forderten Südafrika auf sich vollständig aus Angola zurückzuziehen, die Politik der Destabilisierung seiner Nachbarstaaten und die Unterstützung konterrevolutionärer Banden einzustellen.

Sie betonten, daß die Unabhängigkeit Namibias nur auf Grundlage der Resolution 435 des UN-Sicherheitsrats erfolgen könne und lehnten den Abzug der kubanischen Kontingente aus Angola als Vorbedingung ab.

Verhandlungen der SWAPO mit Vertretern der südafrikanischen Regierung die vom 11.-13. Mai d.J. in Lusaka (Sambia) stattfanden, scheiterten u.a. an dieser Frage. Die SWAPO hatte sich bereit erklärt ein Waffenstillstandsabkommen zu unterschreiben; wenn anschließend Namibia auf der Grundlage des UNO-Planes in die Unabhängigkeit entlassen würde. An den Verhandlungen nahmen außerdem 6 sog. „interne“ Parteien Namibias teil, die mit Südafrika zusammenarbeiten.

Panama

Nach 16jähriger Militärherrschaft wurde am 6. Mai d.J. in Panama ein neuer Präsident und ein Parlament gewählt. Zum Staatschef wurde mit einem Vorsprung von 4.106 Stimmen der Kandidat der Nationalen Demokratischen Union (UNADE), Dr. Nicolás Ardito Barletta, gewählt. Die UNADE, ein Bündnis aus sechs Parteien, das die Unterstützung der Nationalgarde genießt, beruft sich auf die Politik des 1981 verstorbenen Präsidenten Omar Torrijos. Die größte Partei dieser Koalition, die Revolutionäre Demokratische Partei (PRD), war von dem 1968 durch einen Putsch an die Macht gekommenen O. Torrijos gegründet worden. Sie stellte bisher die Regierung des Landes. Allerdings hat sich diese Partei von den anti-imperialistischen Prinzipien ihres Gründers abgewandt und verfolgt eine Politik der engeren Zusammenarbeit mit den USA.

Der wichtigste Gegenkandidat von N.A. Barletta war der Kandidat der Allianz der Demokratischen Opposition, Arnulfo Arias. Er war bereits dreimal Präsident und vertritt eine pro-imperialistische Politik.

Daneben nahmen noch zwei weitere Rechtsparteien und drei Parteien der Linken an den Wahlen teil. Die kommunistische Partei des Volkes Panamas (PPP), die Front des Vereinigten Volkes (FREPU) und die trotzkistische Sozialistische Arbeiterpartei (PST) kandidierten getrennt, nachdem Bündnisverhandlungen nicht zum Erfolg geführt hatten.

Bolivien

Vom 30. April bis zum 3. Mai d.J. protestierte der bolivianische Gewerkschaftsbund COB mit einem Generalstreik gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung.

Am 13. April hatte diese die bolivianische Währung um 75% abgewertet und durch Subventionsstreichungen die Preise für Güter des täglichen Bedarfs teilweise verfünffacht. Durch diese Maßnahmen soll die Gewährung eines neuen Kredits des Internationalen Währungsfonds erreicht werden.

Kurz vor dieser Entscheidung, am 11. April, war die sozialdemokratische Bewegung der Revolutionären Linken (MIR), der Regierung, die sie im Januar 1983 verlassen hatte, erneut beigetreten (siehe AIB 3/1983, S. 46). Ihr gehören außerdem Minister der Linken Revolutionären Nationalistischen Bewegung des Präsidenten Siles Suazo, der Kommunistischen Partei, der Christdemokraten und Unabhängigen an.

Weder die spontanen Proteste und die Demonstrationen nach Verkündigung der Sparmaßnahmen, noch der Generalstreik konnten die Regierung dazu bewegen die Löhne an die Preissteigerungen anzupassen. Die COB lehnte jedoch mehrheitlich einen unbegrenzten Streik ab, da, so ihr Präsident Juan Lechin, er „nur den Putschisten“ dienen würde. Trotzdem setzten einige Sektoren, besonders in der Hauptstadt La Paz den Ausstand fort. J. Lechin erklärte daraufhin aus Protest gegen diese „gewerkschaftliche Disziplinlosigkeit“ seinen Rücktritt.



Bolivien: Demonstration gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung Siles Suazo

Chile

Am 11. Mai d.J. kam es in Chile zu einem erneuten Nationalen Protesttag, der das öffentliche Leben des Landes weitgehend lahmlegte. Der Protesttag, der sich mit der ersten Aktion dieser Art im Jahr 1983 jährte, war am 28. April von 1.200 Delegierten aus 600 Gewerkschaften beschlossen worden. Gleichzeitig erklärten sie, daß innerhalb von 90 Tagen ein Generalstreik stattfinden werde.

Bereits am 1. Mai war es zu massiven Protesten gekommen. An einer Kundgebung in der Hauptstadt Santiago, die vom Nationalen Kommando der Arbeiter (CNT) veranstaltet

El Salvador

Am 6. Mai d.J. fand in El Salvador die Stichwahl zwischen dem christdemokratischen Präsidentschaftskandidaten José Napoleon Duarte und dem Ex-Major Roberto D'Aubuisson, dem Führer der ultrarechten Republikanischen Nationalistischen Allianz (ARENA), statt. Bei den Wahlen am 5. März d.J. hatte keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht (siehe AIB 5/1984, S. 42-44).

J.N. Duarte siegte mit 53,6% der abgegebenen Stimmen, auf R. D'Aubuisson entfielen 46,4%. Der Sieg von J.N. Duarte fiel allerdings geringer aus als erwartet. Wie bei den Wahlen am 5. März kam es auch diesmal zu Unregelmäßigkeiten, und der Kandidat der ARENA beanspruchte den Sieg für sich. In insgesamt 54 von 270 Wahlbezirken fand keine Wahl statt. J.N. Duarte, der das salvadorianische Regime international hoffähig machen soll, war auf Umwegen durch die Reagan-Administration unterstützt worden. Ein Meinungsforschungs- und Werbungsinstitut, das seinen Wahlkampf mitorganisierte, erhielt über die Konrad-Adenauer-Stiftung Mittel des CIA.

Die CDU-Abgeordneten Bernhard Lamers (Bundestag) und Marlene Lenz (Europaparlament), die als Wahlbeobachter im Lande weilten, forderten die Bundesregierung bzw. die EG auf, die wirtschaftliche Hilfe für El Salvador jetzt zu verstärken. Die Wahl Duartes, war am 10. Mai d.J. ebenfalls ein Anlaß für das US-Repräsentantenhaus die von Ronald Reagan beantragte Militärhilfe für das salvadorianische Regime zu bewilligen.

wurde, nahmen über 150.000 Menschen teil. Auch in anderen Städten, darunter Conception und Valparaiso kam es zu Massendemonstrationen. In Santiago wurde ein Jugendlicher von der Polizei erschossen, mehr als 100 Demonstranten verletzt und 129 festgenommen.

Die Repression geht unterdessen verstärkt weiter. Ende April haben die Militärstaatsanwälte 15 Todesurteile gegen Inhaftierte gefordert, die angeblich für die Erschießung mehrerer Angehöriger der Polizei und der Armee verantwortlich sind.

Ekuador

Bei den Stichwahlen zur Präsidentschaft in Ekuador konnte sich der Kandidat der rechten Front des Nationalen Wiederaufbaus (FRN), Febres Cordero, mit 47,2% der Stimmen durchsetzen. Für den Gegenkandidaten der sozialdemokratischen Partei der Demokratischen Linken (PID), Rodrigo Borja, entschieden sich lediglich 43,2% der Wähler. Fast 10% der Bürger enthielten sich der Stimme oder wählten ungültig.

Die Stichwahl war notwendig geworden, nachdem kein Kandidat bei den Wahlen am 29. Januar d.J. die absolute Mehrheit erreicht hatte (siehe AIB 3/1984, S. 51). R. Borja lag damals mit 28% der Stimmen vor F. Cordero (27%). Das Ergebnis war insofern unerwartet, als sechs Parteien der Mitte und der Linken sich im zweiten Wahlgang für R. Borja ausgesprochen hatten.

Der Unternehmer F. Cordero, der Ekuador „mit den Prinzipien des freien Marktes regieren“ will, beabsichtigt die Agrarreform zu beenden und Auslandskapital ins Land zu holen. Ob er diese Politik allerdings durchsetzen kann, ist mehr als zweifelhaft. Er wird sowohl auf den Widerstand des Parlaments stoßen, das von der Opposition kontrolliert wird, als auch auf den des kämpferischen Gewerkschaftsbündnisses Einheitsfront der Arbeiter (FUT) (siehe AIB 1/1983, S. 53).

Brasilien

Der von den brasilianischen Oppositionsparteien eingereichte Gesetzentwurf für die Direktwahl des Präsidenten ist am 25. April d.J. im Parlament gescheitert (vgl. AIB 4/1984, S. 59). Die notwendige Zweidrittelmehrheit (320 Stimmen) wurde um 22 Stimmen verfehlt. Die Abgeordneten der Oppositionsparteien befürworteten geschlossen die Direktwahl. Von der regierenden Demokratisch-Sozialen Partei (PDS) stimmten lediglich 65 gegen den Gesetzentwurf, 55 dafür und 112 Abgeordnete entzogen sich der Abstimmung durch Abwesenheit.

Der Abstimmung über die Direktwahl des Präsidenten war eine breite Protestbewegung vorausgegangen, an der sich mehr als 20 Mio. Brasilianer beteiligt hatten. Der derzeitige Staatspräsident, General Joao Figueiredo, machte unter dem Eindruck der massiven Proteste der Opposition ein Kompromißangebot. Es sieht die Möglichkeit einer Direktwahl zur Präsidentschaft für 1986 und die Bildung einer Übergangsregierung vor. Außerdem sollen die Bürgermeister der großen Städte nicht mehr durch den Präsidenten ernannt, sondern gewählt werden.

Während Teile der Opposition gegen den Parlamentsentscheid demonstrieren, erklärten sich Führer der oppositionellen Partei der Demokratischen Bewegung Brasiliens (PMDB) bereit, über das Kompromißangebot Figueiredos zu verhandeln.

**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**

Dominikanische Republik

In der Dominikanischen Republik kam es ab dem 23. April d.J. zu spontanen Protesten, nachdem die Preise für Grundnahrungsmittel um 80% erhöht worden waren.

Die Repression gegen die Streikenden und Demonstranten forderte nach offiziellen Angaben 55 Tote nach Aussagen des Menschenrechtskomitees jedoch ca. 200.

Die Regierung des sozialdemokratischen Präsidenten Jorge Blanco hatte die Streichung von Subventionen für Güter des täglichen Bedarfs verfügt, um so einen Kredit über 459 Mio. Dollar vom Internationalen Währungsfonds (IMF) zu erhalten. J. Blanco machte in einer Fernsehansprache einen Teil der rechten Reformistischen Partei, die Linke und ehemalige Militärs für die spontanen Proteste verantwortlich.

Die fünf Gewerkschaftszentralen des Landes hatten am 24. April mit einem Generalstreik gegen die Sparmaßnahmen der Regierung protestiert. Sie forderten die Preiserhöhungen rückgängig zu machen, die Verhandlungen mit dem IMF abzubrechen und die Mindestlöhne auf 75 Dollar zu verdoppeln. Bereits innerhalb der letzten zwei Jahre waren die Reallöhne um 50% gesunken. Trotz einiger Zugeständnisse des Regimes setzten die Gewerkschaften ihre Proteste fort. Am 1. Mai ruhten für 6 Stunden alle Aktivitäten im Land. Am 9. Mai begann ein erneuter Generalstreik um die Regierung zum Einlenken zu bewegen.

Afghanistan

Ende April d.J. brachten die afghanischen und sowjetischen Streitkräfte den moslemischen Rebellen eine schwere Niederlage bei. In einer großangelegten Offensive, die am 20. April begann, gelang es ihnen das 80 km nördlich der Hauptstadt Kabul gelegene Pandjir-Tal zu erobern. Das mehr als 100 km lange Tal war seit Dezember 1979 von 5-10.000 Rebellen gehalten worden.

Der Angriff gegen diese wichtige Bastion der Gegner der revolutionären Regierung in Kabul wurde von einer Offensive in der gesamten Region begleitet. Somit wurde verhindert, daß sich die Rebellen in angrenzende Gebiete zurückziehen konnten. Der Erfolg der Operation konnte auch dadurch nicht verhindert werden, daß Mitglieder anderer Rebellenorganisationen den Bedrängten zur Hilfe eilten.

Iran

Am 15. April d.J. fanden im Iran Wahlen zum Islamischen Parlament statt. 1.161 Kandidaten hatten sich um 270 Sitze beworben. Trotz intensiver Bemühungen und mehrfacher Verschiebung des Wahltermins hatten die Vertreter der verschiedenen Fraktionen des Regimes sich nicht auf eine „Einheitsliste“ einigen können.

Den Angaben von Mitgliedern der Wahlkommission zufolge wurden insgesamt 10-15% ungültige Stimmen abgegeben. In der Hauptstadt Teheran boykottierten 50% der Wahlberechtigten die Abstimmung, obwohl diejenigen, die keinen Wahlstempel in ihrem Ausweis haben mit schweren Konsequenzen rechnen müssen. U.a. können ihnen die durch staatliche Stellen verteilten Lebensmittelrationen entzogen werden.

Die Islamisch-Republikanische Partei (IRP), auf die sich das Regime stützt, mußte eine schwere Niederlage hinnehmen. Unter den 130 im ersten Wahlgang gewählten Kandidaten, befinden sich mehrheitlich Personen die keiner Partei angehören. Neben der geringen Wahlbeteiligung und dem hohen Anteil ungültiger Stimmen ist dies ein Zeichen für die Unzufriedenheit großer Teile der Bevölkerung mit der Politik des Regimes.

Die illegalen Organisationen der Volksmodjahedin, der Volksfedayin (Mehrheit) und der Tudeh-Partei hatten aufgerufen die Wahlen zu boykottieren, bzw. ungültige oder weiße Stimmzettel abzugeben.

MOZ
MODERNE ZEITEN

Ausgabe Mai '84

**Neue
Wirtschaftsprogramme —
alte Politik**

mit Beiträgen von
M.-E. Poerksen,
P. Rieckmann,
U. Tischer
u. H. Wiesenthal

★ ★ ★

**Frauen/Politik
Interview
mit Antje Vollmer**

★ ★ ★

25 Jahre ARGUMENT

★ ★ ★

**Manuel Kiper:
Gentechnologie**

★ ★ ★

Ich bestelle:

- Das Einzelheft 4/84 für
DM 5,- plus DM 1,- Porto
- Das Jahresabonnement
(12 Ausgaben) für DM 60,-

Name

Straße

Wohnort

MODERNE ZEITEN

Am Taubenfelde 30, 3000 Hannover 1
Tel.: (05 11) 32 34 17

D 7426 E
Postvertriebsstück
Zeitungs-Gebühr bezahlt
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Ich steh' auf AIB...



... weil im deutschsprachigen Raum nur das AIB Monat für Monat verlässlich über unsere Sache in der Dritten Welt berichtet. Und weil es unsere Befreiungsbewegungen selbst zu Wort kommen läßt. Außerdem finde ich: Das AIB deckt auf, daß die Friedens- und Solidaritätsbewegung bei Euch und unsere Befreiungskämpfer reichlich gemeinsame Interessen haben. Zum Beispiel, daß die Raketenstationierung in Westeuropa und die Interventionen in der Dritten Welt Teil einer Globalstrategie desselben Gegners, des US-Imperialismus, sind. Gut ist auch, daß das AIB dem bundesdeutschen Neokolonialismus auf die Finger schaut. Und daß es etwas gegen ihn tut. Gründe genug, meine ich, um zur Verbreitung des AIB beizutragen, um es selbst zu verkaufen, um AIB-Freiverkäufer zu werden.

Schlag doch mal Deinem Solidaritätskomitee oder Deiner sonstigen Gruppe vor, das AIB regelmäßig im Freiverkauf, auf Büchertischen, vor Veranstaltungen usw. zu vertreiben. Oder nimm den Verkauf selbst in die Hand.

Die AIBler in Marburg – so wurde mir versichert – unterstützen Dich gerne mit Flugblättern, Plakaten und Probeheften. Und sie gewähren Dir 33% Rabatt. Bis dann also

Euer Walid

Unser Freiverkaufsangebot: Bei regelmäßiger Abnahme von 5 Exemplaren des AIB gewähren wir 33% Rabatt auf die einzelnen Hefte. Nicht verkaufte Hefte können gegen Verrechnung zurückgesandt werden. Porto wird nicht berechnet. Benutzt bitte die Bestellkarten in der Heftmitte.

Ich tu was – als Freiverkäufer!